



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

Die Sowjetunion und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten

Eine Analyse sowjetischer Gesprächsprotokolle und
Pressemeldungen

verfasst von / submitted by

Barbara Danek

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the
degree of

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt / A 190 313 362
degree programme code as it
appears on
the student record sheet:

Studienrichtung lt. Studienblatt / Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde, Polit.Bildg.
degree programme as it appears
on
the student record sheet:

Betreut von / Supervisor: Univ.-Prof. Dr. Sybille Steinbacher

Danksagung

Meinen herzlichsten Dank richte ich an all jene, die das Entstehen dieser Arbeit von ihren Anfängen bis zu ihrer Fertigstellung begleitet haben. Besonders Univ.-Prof. Dr. Sybille Steinbacher sei hier erwähnt, die mir in beratender Funktion jederzeit zur Seite stand. Ebenso hilfreich erschienen mir die Anregungen und Betrachtungsweisen meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem DiplomandInnenseminar.

Zuletzt möchte ich meinen Eltern und meinem wunderbaren Freund Fabian danken, die als Erst- und Korrekturleser tätig waren und deren Meinung für mich unendlich wertvoll ist.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung.....	3
1. Einleitung.....	7
2. Gorbatschow – frischer Wind an der Spitze	18
2.1. Das Neue Denken und seine Auswirkungen	23
2.2. Glasnost und die neue „Wahrheit“	27
2.3. Perestroika – wie sie gedacht war	33
3. Zehn Punkte sorgten für Aufregung	37
3.1. Die Sowjetunion und die Stabilität Europas.....	41
3.2. Frankreich und der Elysée-Vertrag	44
3.3. Großbritannien und der Status Quo.....	45
3.4. Die USA und die Loyalität.....	46
3.5. Was die DDR dazu meinte.....	48
3.6. Kritik aus den eigenen Reihen.....	48
4. Die Suche nach einem sowjetischen Weg	49
4.1. Wie Deutschland vereint werden könnte.....	50
4.2. Gegenstimmen.....	54
4.3. Gorbatschow zwischen zwei Stühlen	55
5. Die vier „Schlüsselgespräche“.....	57
5.1. Modrow ging einen Schritt voraus	57
5.2. Gysi und die blanke Wahrheit	64
5.3. Baker und der amerikanische Einfluss	67
5.4. Kohl und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker	76
6. Die Sowjetunion am Verhandlungstisch.....	85
6.1. „2+4“ oder „4+2“? Alles eine Frage der Formel.....	85
6.2. Ungünstige Bedingungen	90
6.3. Frankreich und die Sowjetunion: eine Zweckbeziehung?	95
6.4. Der „abfahrende Zug“ und die sowjetische Kompromissbereitschaft	103
7. Was Gorbatschows Entscheidung beeinflusste.....	107
7.1. Das Hemd ist uns näher als der Rock: Innenpolitik und Wirtschaft	108
7.2. Eine Frage der Stabilität: Sicherheitspolitik.....	112
7.3. Was der Wille des Volkes bewirkt: Einflüsse aus der DDR	115
7.4. Die politischen Akteure: Persönlichkeiten	118
7.5. Aus dem Fokus: Aktualitätsverlust	121

8.	Einschätzung, Gewichtung und Ausblick	131
9.	Literatur- und Quellenverzeichnis	144
9.1.	Literatur	144
9.2.	Quellen.....	147
10.	Anhang.....	148
10.1.	Zusammenfassung	148
10.2.	Abstract.....	149
10.3.	Selbstständigkeitserklärung	150

1. Einleitung

Der Fall der Berliner Mauer und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten symbolisieren das Ende des Kalten Krieges und sind somit wesentliche Eckpunkte der neuesten deutschen Geschichte, aber auch der Geschichte ganz Europas. Besonders die Vereinigung beider deutscher Staaten markierte das Ende der Spaltung des Kontinents und die Auflösung der sich feindlich gegenüberstehenden Militärblöcke. Aber nicht nur für Europa, sondern auch für die Sowjetunion ist diese Zeit von besonderer Bedeutung. Die späten 1980er und frühen 90er Jahre stehen für den Zerfall der ehemaligen Großmacht, für den Verlust ihrer Machtposition, für wirtschaftliche Stagnation aber gleichzeitig auch für den Wandel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – markiert durch die Schlagworte Perestroika und Glasnost. In diese Problemlage eingebettet findet sich die deutsche Frage als eines der Themen, mit denen sich die sowjetische Außenpolitik zu befassen hatte. Welchen Stellenwert sie tatsächlich einnahm bleibt herauszufinden. Jedenfalls war sie eines der zentralen Probleme, denen sich der amtierende Generalsekretär der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion), Michail Sergejewitsch Gorbatschow, stellen musste. Auf welche Weise er dies tat, welche Überlegungen, Einflüsse und Bedingungen sein Handeln beeinflussten und welches Bild seiner Einstellung er im Westen und im eigenen Land verbreitete, wird in dieser Arbeit untersucht. Die Sowjetunion scheint im Umgang mit den aufkommenden globalen Problemen, zu denen das Wettrüsten zwischen Ost und West im Kalten Krieg und die zunehmende Gefahr eines Atomkrieges zu zählen sind, einen Sonderweg gegangen zu sein. Deshalb ist ein Blick auf sie von besonderem Interesse. Von welchem Sonderweg ist die Rede? Oldenburg erklärt, dass Lehren der internationalen Beziehungen bislang davon ausgegangen waren, dass derartig starke Adaptionen der Außenpolitik eines Staates, wie sie in der Sowjetunion umgesetzt wurden, als Konsequenz einer militärischen Auseinandersetzung auftreten. Die Aufgabe des sowjetischen Herrschaftsbereiches und die Zusage zur deutschen Einheit erfolgten aber im Zuge einer friedlichen Anpassung der sowjetischen Führung.¹ Welche

¹ Vgl. Fred Oldenburg: Die Erneuerung der sowjetischen Deutschlandpolitik in der Phase der Wiedervereinigung, Köln 1998, 7.

Auswirkungen dieser friedliche Sonderweg auf das Verhalten der Sowjetunion in der deutschen Frage hatte wird ebenfalls thematisiert.

Die deutsche Wiedervereinigung ist auf Grund ihrer immensen Bedeutung für die Einheit in Europa, den Frieden auf dem Kontinent und die großen Veränderungen, die sie herbeigeführt hat, bereits 25 Jahr nach ihrem Vollzug sehr gut erforscht. Eine Vielzahl an Publikationen widmet sich dem Ablauf der Ereignisse, die 1990 endgültig zur Einheit führten. Das Vorgehen des Bundeskanzlers Helmut Kohl und des bundesdeutschen Auswärtigen Amtes wurden durch Protokolle und Aufzeichnungen wie auch Publikationen der Beteiligten selbst belegt. Zahlreich sind, laut Karner, auch die Veröffentlichungen zur deutschen Einheit in den USA, Großbritannien und Frankreich.² Zur ostdeutschen Seite sei gesagt, dass sie mittlerweile sehr intensiv beforscht wurde und wird. Vor allem der Sammelband, der 2009 von Klaus Dietmar Henke herausgegeben wurde, soll hier erwähnt werden.³ Er beschäftigt sich mit verschiedensten Perspektiven auf die Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland, geht auf die Positionen der Alliierten Mächte ein, beschreibt welch unglaubliche Dynamik die Ereignisse in der DDR (Deutsche Demokratische Republik) entwickelten und welche Rolle der sich langsam abzeichnende Verfall der Sowjetunion einnahm. Die Vielfalt der präsentierten Zugänge macht diesen Sammelband zu einem unverzichtbaren Standardwerk zum Thema der deutschen Einheit.

Über die sowjetische Sichtweise ist hingegen weniger bekannt. Das mag einerseits damit zusammenhängen, dass in Europa der Fokus bislang auf der Erforschung der westlichen Vorgehensweisen lag, wobei auch der DDR in diesem Zusammenhang immer mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Andererseits spielen das Vorhandensein und die Zugänglichkeit adäquater Quellen eine wesentliche Rolle. So wurden die deutschen Quellen, auf Grund der großen emotionalen Bedeutung dieser Zeit für die Geschichte Deutschlands, bereits sehr früh zugänglich gemacht, während eine Einsichtnahme in sowjetische Quellen bis heute schwierig oder gar unmöglich ist. Hinzu kommt das Sprachenproblem. Nur wenige Quellen liegen bislang übersetzt vor.

² Vgl. Stefan Karner [Hrsg.]: Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990, Berlin 2015, 7.

³ Klaus-Dietmar Henke: Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009.

Gorbatschow selbst hat in einigen Publikationen über das außen- und innenpolitische Denken der sowjetischen Führungsspitze während seiner Zeit als sowjetischer Generalsekretär und Präsident die deutsche Frage zwar immer wieder aufgegriffen, sie spielte bei ihm aber nie eine herausragende Rolle.⁴ In seinen „Erinnerungen“⁵ die erst 1995 veröffentlicht wurden, räumte er ihr mehr Platz ein und ging auf bestimmte Verhandlungssituationen ein. Mittlerweile erschienen auch Werke von ehemals engen Mitarbeitern des Generalsekretärs, die sich im Laufe der Zeit von seiner Politik entfernt hatten und ihre Auffassungen bezüglich der damaligen Situation niederschrieben. Dazu zählt beispielsweise die äußerst kritische Darstellung von Valentin Falin aus dem Jahr 1997, in der er seine Zweifel an Gorbatschows Deutschlandpolitik präsentierte.⁶ Umfassendere, sachlichere Darstellungen zu den sowjetischen Sicht- und Vorgehensweisen sind jene von Rafael Biermann⁷ und Alexander von Plato.⁸ Sie stellen den allgemeinen Verlauf der Ereignisse jeweils sehr ausführlich dar und bieten gleichzeitig detaillierte Einblicke in die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage der Sowjetunion und die Vorgänge im Kreml, im Politbüro und dem ZK (Zentralkomitee) der KPdSU.

Von besonderer Bedeutung für die vorliegende Arbeit ist die von Galkin und Tschernjajew 2011 herausgegebene Edition sowjetischer Dokumente zur deutschen Frage.⁹ Die darin veröffentlichten Gesprächsprotokolle dienten als Grundlage der nachfolgenden Analysen. Sie bieten vielschichtige Einblicke in diverse Gesprächssituationen und ermöglichen es die unterschiedlichen Etappen zur deutschen Vereinigung in ihren Details nachzuvollziehen.

Zuletzt sei noch auf die aktuellste Darstellung zur deutschen Wiedervereinigung aus der Sicht des Kremls verwiesen. Stefan Karner gab diese 2015 heraus mit dem Hinweis, dass vor allem der „sowjetische Diskussionsprozess hinter den Kremlmauern“ (Karner, Kreml und Wiedervereinigung, 7.) noch nicht ausreichend

⁴ Vgl. Michail Gorbatschow: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1989. und Vgl. Michail Gorbatschow, Vadim Sagladin, Anatoli Tschernjajew: Das Neue Denken. Politik im Zeitalter der Globalisierung, München 1997.

⁵ Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995.

⁶ Vgl. Valentin Falin: Konflikte im Kreml. Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion, München 1997.

⁷ Rafael Biermann: Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Paderborn 1997.

⁸ Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die internen Gesprächsprotokolle, 3. Aufl., Berlin 2009.

⁹ Aleksandr Galkin, Anatolij Tschernjajew [Hrsg.]: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986-1991, München 2011.

behandelt wurde.¹⁰ Seine Darstellung versucht dem Abhilfe zu schaffen, unter anderem durch die Aufnahme bislang unveröffentlichter Dokumente aus dem Zentralkomitee der KPdSU.

Viele Publikationen zeigen Gorbatschows Meinungswandel von seiner Ablehnung der deutschen Vereinigung hin zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes bis zur Akzeptanz des NATO-Beitritts (North Atlantic Treaty Organization) Gesamtdeutschlands. Dieser Weg gestaltete sich langwierig. Der Generalsekretär ließ sich bis zum Schluss alle Wege offen, machte Andeutungen für seine Zustimmung, die er bei Pressekonferenzen wieder dementierte. Die Gründe für dieses Vorgehen und den Meinungswandel des Generalsekretärs per se werden in den Publikationen zur deutschen Vereinigung jedoch nur selten dargelegt. Wenn dies der Fall ist, beschränken sich die Darstellungen auf einige wenige Umstände, die Gorbatschows Entscheidung beeinflusst haben, oder sie werden nur am Rande erwähnt, sodass ihre Bedeutung für den Fortgang des deutschen Einigungsprozesses nicht deutlich wird. Genauso verhält es sich mit den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, welche zwar Erwähnung finden, deren Einfluss jedoch nicht spezifiziert wird.

Diese Erkenntnis eröffnet folgende Fragestellungen: Welche Umstände führten dazu, dass die Sowjetunion der Vereinigung nach langem Ringen schlussendlich zustimmte? Welche Bedingungen, Überlegungen, Einstellungen und Beziehungen wirkten sich auf Gorbatschows Entscheidung aus?

Daraus lassen sich weitere Unterfragen ableiten, wie etwa: Kam der Vorschlag Helmut Kohls zur Wiedervereinigung (Zehn-Punkte-Programm) überraschend oder wurde darüber in der Sowjetunion bereits nachgedacht? Gab es verschiedene Meinungen zur Wiedervereinigung innerhalb der KPdSU-Elite, also jenen Parteimitgliedern, die Einfluss auf Entscheidungen ausüben konnten? Welche Rolle nahm die Sowjetunion in den 2+4-Verhandlungen ein? Welche Rolle spielte die Persönlichkeit Gorbatschows? Inwieweit nutzte er die Medien zur Rechtfertigung seiner außenpolitischen Entscheidungen? Und damit zusammenhängend: Wie vertrat er seine Meinung zur deutschen Frage einerseits vor westlichem Publikum und andererseits in der sowjetischen Öffentlichkeit? Diese Frage ist insofern von Bedeutung, als dass die Darstellungen divergieren. Aus welchem Grund und

¹⁰ Vgl. Karner, Kreml und Wiedervereinigung, 7.

inwieweit dies mit dem Entscheidungsprozess des Generalsekretärs verknüpft ist, ist Gegenstand dieser Untersuchung. Und zuletzt: Ist das Einlenken Gorbatschows zurückzuführen auf das Streben der Sowjetunion nach friedlichen Strukturen in Europa, oder spielte doch politisches und vor allem ökonomisches Kalkül eine größere Rolle?

Ziel ist es, anhand der angeführten Fragen zu veranschaulichen, wie sich die Entscheidung Gorbatschows zur Akzeptanz der Vereinigung und schließlich zur Unterzeichnung des 2+4-Vertrages, welcher die Bedingungen der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten regelte, entwickelte. Der Fokus liegt dabei auf jenen Faktoren, die die Entscheidungsfindung beeinflussten. Die Vernetzung dieser darzustellen ist ein weiteres Anliegen, damit ein möglichst zusammenhängendes Bild der Entscheidungsstrukturen nachgezeichnet werden kann. Die Einzelfaktoren werden in übergeordneten Kategorien zusammengefasst, welche im Schlusskapitel nach ihrer Bedeutung gewichtet werden. Diese Gewichtung ist als begründete Stellungnahme der Autorin zu werten, in der versucht wird zu zeigen, welcher der angeführten Aspekte die Entscheidung Gorbatschows am maßgeblichsten beeinflusste.

Michail Gorbatschow stand in Bezug auf die deutsche Frage unter großem Druck. Die innenpolitische Lage der Sowjetunion war äußerst kritisch, die Probleme der Wirtschaft alarmierend und die Position Gorbatschows alles andere als gesichert. Seine Reformpolitik (Perestroika und Glasnost) stieß auf Widerstand, sein wohlwollendes Verhalten dem Westen gegenüber auf Ablehnung. Daher wurden folgende Vorannahmen getroffen: Gorbatschows liberale Einstellung eröffnete die Möglichkeit zur Wiedervereinigung, brachte aber gleichzeitig innerparteiliche Gegner auf den Plan, die den Prozess zu verlangsamen oder gar zu verhindern suchten. Der Generalsekretär war bemüht, über Zugeständnisse an den Westen, sowohl an finanzielle Unterstützung zur Rettung der sowjetischen Wirtschaft als auch an persönliche Hilfe zur Erhaltung und Fortführung seiner Reformpolitik zu gelangen. Insofern beeinflussten die Wirtschaftshilfen aus der BRD (Bundesrepublik Deutschland) seinen Entscheidungsprozess in der deutschen Frage. Doch auch das Entgegenkommen der NATO in Form ihrer Umstrukturierung war entscheidend. Zudem schwabte über all dem die Angst der Sowjetunion durch die momentane

Krisensituation politisch isoliert zu werden. Um seine Position an der Spitze der Sowjetunion nach innen abzusichern, nutzte Gorbatschow die Presse.

Diese Thesen können zwei Bereichen zugeordnet werden, welche Einfluss auf die Entscheidung Gorbatschows ausübten: Ein Außenpolitischer (Westen) und ein Innenpolitischer (Sowjetunion, KPdSU). Für Gorbatschow, so lautet die abschließende These, waren die Probleme der Innenpolitik sowie der eigene Machterhalt, nicht aber die Aufhebung der deutschen und damit europäischen Teilung, von primärer Bedeutung.

Die Besonderheit der vorliegenden Untersuchung besteht vor allem in der Auswahl ihrer Primärquellen. Diese beruht auf folgenden vier Bedingungen: Die herangezogenen Quellen müssen ...

1. möglichst im engsten Umfeld Gorbatschows entstanden sein und somit dessen persönliche Überlegungen zeigen.
2. auch die sowjetischen Gegenstimmen zu Gorbatschows deutschlandpolitischem Kurs deutlich machen.
3. aber auch die westliche Seite, deren Interpretation der Einstellung Gorbatschows, deren eigene Rolle und möglichen Einfluss darstellen.
4. die der sowjetischen Öffentlichkeit präsentierte Meinung Gorbatschows zur „deutschen Frage“ illustrieren.

Die Wahl fiel auf zwei sehr unterschiedliche Quellengattungen. Neben sowjetischen Gesprächs- und Verhandlungsprotokollen wurde die sowjetische Tageszeitung *Pravda* („Die Wahrheit“) in Originalsprache (Russisch) analysiert. Das ist insofern bemerkenswert, als dass eine Analyse der *Pravda* eine neue Perspektive auf die deutsche Frage im Allgemeinen sowie besonders auf Gorbatschows taktisches Vorgehen eröffnet und in der hier praktizierten Form, nämlich gebunden an die chronologische Darstellung des Vereinigungsprozesses, in keiner der herangezogenen Publikationen zu finden ist.

Somit umfasst diese Quellenauswahl zwei wichtige Bereiche: Einerseits die politisch-taktischen Überlegungen und das Verhalten der Führungsriege der Sowjetunion sowie anderer Verhandlungsteilnehmer. Andererseits die Informationen, die an die sowjetische Öffentlichkeit über das Medium Zeitung weitergegeben wurden.

Zu den Gesprächs- und Verhandlungsprotokollen gehören zum einen die, in der Edition von Galkin und Tschernjajew veröffentlichten, sowjetischen Protokolle zu den deutschen Vereinigungsverhandlungen, welche aus der Gorbatschow-Stiftung in Moskau stammen. Aus Gründen der Verfügbarkeit wurde die von Joachim Glaubitz übersetzte Ausgabe herangezogen. Hierbei ist zu bedenken, dass Übersetzungen den Charakter einer Sprechhandlung verändern können. Sie sind, auch wenn noch so nahe am Original gearbeitet wurde, Interpretationen des Gesagten, wie es der Übersetze verstanden hat. Die Wortwahl der Übersetzung kann daher über Bedeutungsnuancen entscheiden. Dem kann man zwar nicht entgegentreten, es soll jedoch in Anbetracht einer quellenkritischen Einstellung bewusst darauf aufmerksam gemacht werden.

Galkin und Tschernjajew präsentieren Aufzeichnungen von zumeist bilateralen Gesprächen. Viele davon führte der Generalsekretär unter vier Augen, andere fanden im Beisein der sowjetischen und jeweils angereisten oder empfangenden Delegationen statt. In den meisten Fällen waren zumindest die Berater beider Gesprächspartner anwesend. Weiters wurden in der Edition interne Besprechungen innerhalb des Beraterstabes Gorbatschows oder der führenden Mitglieder der KPdSU sowie Telefongespräche mit und Nachrichten von Verhandlungspartnern und Beratern aufgenommen. Das hiermit zugängliche Material bietet die Möglichkeit, Gorbatschows Einstellungen und Argumentationen in unterschiedlichen Situationen, zu unterschiedlichen Zeitpunkten und gegenüber unterschiedlichen Gesprächspartnern zu verfolgen und zu analysieren. Sie bieten Einblicke in das engste Umfeld Gorbatschows und zeigen, dass es auch Gegner seiner Deutschlandpolitik gab.

Dieses Quellenmaterial vermag jedoch nicht die Wahrnehmung der Verhandlungspartner aus dem Westen, vor allem aus der BRD, offenzulegen. Die Fragen, wie Gorbatschow seine Meinung ihnen gegenüber präsentierte, wie diese ihre eigene Rolle im deutschen Einheitsprozess definierten und wie sie ihren Einfluss darauf gegenüber der Sowjetunion darstellten, gehören ebenfalls zu dem zu beantwortenden Fragenkomplex.

Darum werden den sowjetischen Dokumenten die von Hilger herausgegebenen Protokolle aus dem bundesdeutschen Auswärtigen Amt¹¹ und die von Küsters und

¹¹ Andreas Hilger [Hrsg.]: Diplomatie für die deutsche Einheit: Dokumente des Auswärtigen Amts zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90, München 2011.

Hofmann veröffentlichten Akten des Bundeskanzleramtes¹² gegenübergestellt. Aus den sowjetischen und den deutschen Protokollbänden wurden jeweils die Aufzeichnungen derselben Gespräche untersucht, um etwaige Unterschiede in der Wahrnehmung der jeweils anderen Position ausfindig machen zu können. Der Vergleich betrifft folglich nur deutsch-sowjetische Gespräche. An dieser Stelle sei vorweggenommen, dass es zwar Unterschiede in den Aufzeichnungen gibt, sie haben auf die Fragestellungen dieser Arbeit aber kaum Auswirkungen. An entsprechenden Stellen wird dennoch darauf hingewiesen. Aus der sowjetischen und den bundesdeutschen Protokolleditionen, wurden Dokumente aus dem Zeitraum von Dezember 1989 bis September 1990 ausgewählt.

Die sowjetischen Pressemeldungen wurden herangezogen, um herauszufinden, inwieweit Gorbatschow die sowjetischen Medien, genauer gesagt die *Pravda*, als bedeutendste sowjetische Tageszeitung,¹³ für seine Zwecke nutzte. Eine Analyse zeigt, worüber, wie ausführlich und mit welchen Intentionen im Zusammenhang mit der deutschen Frage berichtet wurde. Bearbeitet wurde der Zeitabschnitt von Dezember 1989 bis September 1990. Die Monate Dezember bis Juni wurden stichprobenartig durchsucht. Das heißt es wurden jene Ausgaben der *Pravda* gesichtet, die kurz vor bis einige Tage nach einem, für die deutschen Vereinigungsverhandlungen wichtigen, Ereignis gedruckt wurden. Von Juli bis September wurde hingegen jede Ausgabe der *Pravda* nach relevantem Material untersucht. Diese detaillierte Bearbeitung ermöglicht es die letzte und wichtigste Phase der Entscheidungsfindung Gorbatschows mit Hilfe der Artikel nachzuvollziehen, da in diesen Monaten grundlegende Inhalte in Bezug auf die deutsche Einheit geklärt und vertraglich fixiert wurden.

Die Wahl eines geeigneten Mediums für diese Untersuchung fiel nicht nur aus praktischen Gründen auf die *Pravda*, die als gedruckte Quelle immer noch rezipierbar ist. Das alleine zeichnet sie nicht aus. Ihre Sonderstellung liegt begründet in der Auffassung Lenins, nach der die sowjetischen Medien drei Funktionen zu erfüllen hatten. Sie sollten als Propagandisten, Agitatoren und Organisatoren handeln. Um diese Aufgaben erfüllen zu können sollten sie durch die Kommunistische Partei gelenkt werden und waren damit dem Pateiprogramm, den

¹² Hanns J. Küsters, Daniel Hofmann: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998.

¹³ Vgl. Uwe Brodersen: Das wechselseitige Bild der Außen- und Sicherheitspolitik der USA und der UdSSR in den Zeitungen „Pravda“, „Izvestija“, „Washington Post“ und „New York Times“ der Jahre 1985 und 1989, Frankfurt am Main, Wien [u.a.] 1996, 27.

taktischen Resolutionen und dem Statut der Partei verpflichtet. Dieses Prinzip galt bis Juni 1990, als unter Gorbatschow ein neues Pressegesetz in Kraft trat. Bis Glasnost, von Gorbatschow als Reformprogramm verwirklicht, mehr Offenheit und Transparenz auch in das sowjetische Informationssystem bringen sollte, bezogen lokale sowjetische Zeitungen ihre Informationen ausschließlich von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS (Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza).¹⁴ Diese war an den Ministerrat der Sowjetunion angeschlossen und vertrat somit die offizielle Regierungsmeinung.¹⁵ Die *Pravda* war von den genannten Regelungen nicht ausgenommen, im Gegenteil, sie war als Organ der KPdSU selbst fest mit der Partei verbunden.¹⁶ In ihr, so Arthur W. Just, Chronist der frühen Sowjetpresse, wurde richtungsweisend Stellung genommen zu allen Fragen, welche die Themen Partei, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft betrafen.¹⁷ Auch nach Beginn von Glasnost orientierte sie sich stark an den Parteidokumenten. Informationen über die KPdSU bezog sie noch immer vorwiegend von der TASS. Korrespondentenberichte kamen nur dann zum Einsatz, wenn es sich um Themen handelte, die in den Parteidokumenten noch nicht, oder erst seit kurzer Zeit Erwähnung fanden.¹⁸ Die *Pravda* spiegelte somit auch nach der Umsetzung von Glasnost das Denken der Partei wieder. Ihre Analyse zeigt nicht nur, in welcher Form der sowjetischen Gesellschaft die Entscheidungen Gorbatschows präsentiert wurden, sie legt auch die Vermutung nahe, dass die darin weitergegebenen Informationen den Wünschen Gorbatschows entsprachen.

Zur Untersuchung der Quellen wurde ein inhaltsanalytisches Konzept angewandt. Die Analyse der Gesprächsprotokolle basierte auf folgenden Fragestellungen: Wurden Andeutungen in Richtung des Einlenkens der Sowjetunion in den 2+4-Verhandlungen gemacht? Wenn ja, welcher Art waren diese? Wie können sie beurteilt werden und konnte die Sowjetunion dafür Gegenleistungen erwarten? Aus den gewonnenen Antworten wurden Gründe für das Einlenken Gorbatschows abgeleitet.

¹⁴ Sowjetische Nachrichtenagentur, heute Russian News Agency.

¹⁵ Vgl. Nikolaus Heidorn: Das Westdeutschlandbild in der *Pravda*. Die Darstellung der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins in der sowjetischen Presse, Hamburg 1993, 17-20.

¹⁶ Vgl. Heidorn, Westdeutschlandbild, 40.

¹⁷ Vgl. Brodersen, Bild, 27.

¹⁸ Vgl. Heidorn, Westdeutschlandbild, 94-95.

Bei der Analyse der Pressetexte ging es darum, nach Stellen zu suchen, die davon zeugen, dass Gorbatschow versuchte im Inneren der Sowjetunion die Vorstellung seiner starren Haltung in der deutschen Frage aufrecht zu erhalten und so seine Führungsposition zu sichern. Gemeint sind Hinweise darauf, ob Gorbatschow die Presse zu seinen Zwecken nutzte bzw. auf welche Weise er das tat.

Im chronologischen Verlauf der Arbeit wird immer wieder darauf hingewiesen, wie der Generalsekretär seine Einstellung zur deutschen Frage gegenüber dem Westen darstellte (Gesprächsprotokolle mit westlichen Vertretern) und welches Bild er der Sowjetunion bot (Artikel der *Pravda*). Eingebettet in die Lage Gorbatschows zwischen Annäherung an den Westen (Reformen in der Sowjetunion) und Beibehaltung der alten Strukturen – wie sie von seinen innerparteilichen Gegnern gefordert wurden – werden der Zusammenhang und die Bedeutung der beiden Positionen für den Entscheidungsprozess des Generalsekretärs aufgezeigt.

Im Rahmen der Zeitungssichtung wurden außerdem quantitative Aspekte berücksichtigt. Nur dadurch können Aussagen über den Umfang der Berichterstattung zur deutschen Einheit getroffen werden. Das wiederum ermöglicht Rückschlüsse auf deren Stellenwert in der Berichterstattung der sowjetischen *Pravda*. Die diesbezüglichen Ergebnisse sind überraschend. Obwohl über die Situation in der DDR in regelmäßigen Abständen berichtet wurde, spielte die Wiedervereinigung Deutschlands im angegebenen Untersuchungszeitraum keine bedeutende Rolle. Der Abschluss des 2+4-Vertrages wurde nicht annähernd so ausführlich behandelt wie beispielsweise das erste Treffen zwischen Gorbatschow und dem amerikanischen Präsidenten George H. W. Bush vor der Küste Maltas im Dezember 1989. Diese Erkenntnis erstaunt deshalb so sehr, weil dem heutigen (europäischen) Verständnis nach die Vereinigung Deutschlands und das damit einhergehende Ende der Spaltung Europas sowie die Beilegung des Kalten Krieges von größter Bedeutung für die friedliche Gegenwart auf dem Kontinent sind. Augenscheinlich wurde und wird die deutsche Frage unterschiedlich bewertet.

Da sich die vorliegende Arbeit ausschließlich mit der Entscheidungsfindung des sowjetischen Generalsekretärs und den Einflüssen auf diese beschäftigt, lässt sich der zeitliche Rahmen sehr präzise abstecken. Behandelt wird ein Zeitraum, dessen Beginn durch den Fall der Berliner Mauer, im November 1989 markiert wird, welcher in West wie Ost unterschiedliche Reaktionen ausgelöst und durch den die

Entwicklungen in der DDR eine physische Grenze, nämlich jene zu Westdeutschland, überwunden hatte. Von da an konnte der Prozess, der immer mehr auf eine Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands zusteuerte, nicht mehr ignoriert werden. Das Zehn-Punkte-Programm Helmut Kohls versuchte dem Rechnung zu tragen und ist somit der erste wichtige Schritt in Richtung Vereinigung. Das Programm wird in einem eigenen Kapitel behandelt, da in den Reaktionen der vier Siegermächte (USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion) die jeweiligen Positionen zur deutschen Frage offenbar wurden. Weil in der sowjetischen Führungsriege jedoch noch keine Einigkeit darüber herrschte, wie tatsächlich weiter verfahren werden sollte, werden darauffolgend die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kremlmauern dargestellt. Die Gespräche zwischen Gorbatschow und Verhandlungspartnern aus der DDR und dem Westen zeigen im nächsten Abschnitt, wie sich die Position Gorbatschows langsam aber sicher veränderte. Anschließend werden die Ausgangsbedingungen und Möglichkeiten der Sowjetunion, ihre Interessen in den Verhandlungen zur deutschen Einheit durchzusetzen, thematisiert. Die Position der sowjetischen Verhandlungsführer verschlechterte sich zusehends, sodass schließlich kaum noch Raum für deren Einwände blieb. Die Unterzeichnung des abschließenden Vertrages über die deutsch Einheit am 12. September 1990 markiert den Endpunkt der chronologischen Zusammenschau.

Die Festlegung des zeitlichen Rahmens der Arbeit ist verbunden mit dem Vorhaben, die Gründe für das Einlenken des Generalsekretärs zu ermitteln. Vor dem Fall der Berliner Mauer gab es für Gorbatschow de facto keinen Grund über die Einheit nachzudenken. Er vertrat die Ansicht: „Die Spaltung Deutschlands ist ein Ergebnis der Geschichte, und die Geschichte wird das Problem eines Tages lösen.“¹⁹ Diese Einstellung änderte sich jedoch rasch. Ab Dezember 1989 wurde die Frage nach der Einheit immer drängender, bis sie im Kaukasus mit den Gesprächen zwischen Gorbatschow und Kohl im Juli 1990 schließlich ihren Höhepunkt erreichte. Dort wurden wichtige Vereinbarungen getroffen, die das zukünftige Zusammenleben der Deutschen und die Sicherheit ihrer Nachbarn, vor allem der Sowjetunion, regeln sollte. Mit dem Vertragsschluss am 12. September 1990 waren Gorbatschows Entscheidungen bezüglich der deutschen Einheit schlussendlich gefallen, an den Ergebnissen war nicht mehr zu rütteln. Einzige Ausnahme dieses festen Zeitrahmens ist ein Rückblick auf den Werdegang, die Vorstellungen und die Reformen

¹⁹ Gorbatschow/ Sagadin/ Tschernjajew, Denken, 66.

Gorbatschows, welche seine gesamte Politik und auch seine Einstellung zur deutschen Frage prägten. Dieser dient als Einstieg in die Thematik. Einer umfassenderen Darstellung der sowjetischen Innen- wie Außenpolitik unter Gorbatschow kann hier allerdings kein Platz eingeräumt werden. Dies würde im Rahmen der gewählten Fragestellung zu weit führen.

In Anbetracht des ausgezeichneten Images, das Gorbatschow in westlichen Kreisen, nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, dass er für seine Friedensbemühungen 1990 mit dem Nobelpreis geehrt wurde, genießt, mag es überraschen hinter seinen politischen Schachzügen auch solche zu finden, die rein wirtschaftlich kalkuliert waren und der Aufbesserung des eigenen Staatshaushaltes dienen sollten. Ein Blick auf die Finanzen zeigt jedoch, dass der Sowjetunion ohne Zutun des Westens, insbesondere der Bundesrepublik, 1990 die Zahlungsunfähigkeit drohte.²⁰ In Kombination mit den wachsenden, gesellschaftlich bedingten Unruhen und der Tatsache, dass Gorbatschows Verbleiben an der Spitze der Sowjetunion durch innere Feinde immer unsicherer wurde, zeichnete sich eine Situation ab, die von Unsicherheiten und Problematiken durchsetzt war. Diese Ausgangssituation forderte eine Verhandlungstaktik, durch welche möglichst viele Vorteile aus den Verhandlungen zur deutschen Einheit herausgeschlagen, und damit der Verbleib Gorbatschows im Amt des Generalsekretärs und des Präsidenten der Sowjetunion gesichert werden konnte. Andernfalls würden alle Demokratisierungs- und Reformbestrebungen der Ära Gorbatschow durch autoritäre Kräfte zunichtegemacht.

2. Gorbatschow – frischer Wind an der Spitze

Michail Sergejewitsch Gorbatschow war einer jener großen Staatsmänner, die die Welt, und im Besonderen Europa, nach dem Zweiten Weltkrieg formten, ihr ein neues Antlitz verliehen und den Frieden sicherten.

Dennoch gilt seine Politik als umstritten. Seine umfassenden Reformen, die den Anstoß zur Neugestaltung Europas gaben und damit das Ende des Kalten Krieges

²⁰ Vgl. Michael Lemke: Die Sowjetunion und die deutsche Einheit. Warum Moskau die DDR aufgab, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 458-459.

begründeten, werden in West und Ost unterschiedlich bewertet.²¹ Während der Westen die Wandlung der osteuropäischen kommunistischen Systeme zu demokratischen Strukturen zu begrüßen schien, markiert die Reformpolitik Gorbatschows in Russland heute den Zerfall der Sowjetunion und ihren Untergang als Großmacht.²² Doch schon während seiner politischen Tätigkeit als Generalsekretär der KPdSU traten Gegner der Reformen Gorbatschows auf den Plan. Diesen konnte er 1991 schlussendlich nicht mehr standhalten und musste seine politische Laufbahn beenden. Klaus Bednarz formulierte es in seiner bildreichen Darstellung des Lebens und der politischen Karriere Gorbatschows besonders tragisch: „[...] Michail Gorbatschow, das haben ihm seine Gegner bereits bescheinigt, könnte durchaus auch als Totengräber der Sowjetunion in die Geschichte eingehen.“²³ Es entstanden demnach zwei Bilder Gorbatschows, die sich diametral gegenüberstehen: Im Westen galt er als Held und Befreier, in Russland dagegen ging er als tragische Figur um das Ende der Ära als Großmacht in die Erinnerungskultur ein.

Die einzelnen Stationen auf dem Lebensweg dieses außergewöhnlichen Politikers eröffnen Einblicke in die Entwicklung seiner Gedankenwelt, seiner politischen Einstellung und seiner Reformorientiertheit. Der biographische Einstieg zeigt, wie prägend Gorbatschows frühe Erfahrungen waren und welche Bedeutung diese für seine Entscheidungsfindung in der deutschen Frage hatten. Gorbatschows gesamter Werdegang wirkte besonders auf seine Einstellung zum Sozialismus. Seine frühen Erfahrungen können somit als Vorbedingung für die Entstehung eines neuen Bewusstseins für die Probleme der Sowjetunion und der Welt gesehen werden. Dieses Bewusstsein betitelte Gorbatschow selbst als das „Neue Denken“.²⁴ Der 1931 geborene Michail Sergejewitsch Gorbatschow stammte aus einer Bauernfamilie aus Südrussland. Seine einfache Herkunft bescherte ihm eine ausgezeichnete Kaderakte. Hungersnöte und harte körperliche Arbeit waren ihm nicht unbekannt²⁵ und sollten seine späteren Ideen maßgeblich prägen. Es folgte die Arbeit in Produktionsstätten bei gleichzeitiger Weiterbildung und schließlich die „Entdeckung“ und Förderung durch die Obrigkeit, welche minimale Verbesserungen

²¹ Vgl. Archie Brown: Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin 2009, 685.

²² Vgl. Plato von, Vereinigung, 173.

²³ Klaus Bednarz: Michail Gorbatschow. Sein Leben, seine Ideen, seine Visionen, Hamburg 1990, 9.

²⁴ Vgl. Gorbatschow/ Sagadin/ Tschernjajew, Denken, 39-43.

²⁵ Vgl. György Dalos: Gorbatschow. Mensch und Macht, München 2011, 27.

der Lebensumstände mit sich brachte. Immerhin wurde der 19-jährige Gorbatschow trotz mangelnder schulischer Vorbildung und ohne Aufnahmeprüfung an der Lomonossow-Universität in Moskau immatrikuliert.²⁶

Gorbatschows Ehefrau Raissa, die er in seiner Studienzeit kennen und lieben gelernt hatte, schilderte Georgij Prjachin, der das zitierte Gespräch als Buch unter dem Titel „Leben heißt hoffen“ herausbrachte, folgende Situation:

„Ich kam von der Arbeit am späten Abend gegen 22:00 Uhr nach Hause. Das Telefon klingelte, Michail Sergejewitsch rief an. «Weißt du, ich habe einen überraschenden Vorschlag bekommen. Morgen findet das ZK-Plenum statt. Warte ab. Ich rufe dich danach sofort an.» Am 27. November wurde er Sekretär des ZK der KPdSU.“²⁷

Breschnew selbst war es gewesen, der ihn für diesen Posten vorgeschlagen hatte, denn er brauchte im Zentralkomitee Leute, auf die er sich verlassen konnte. Der Sekretär für Landwirtschaft stellte dabei, auf Grund seiner intensiven Reisetätigkeit durch das Land und seiner Verbindung zu den ersten Sekretären der Zentralkomitees der Republiken, Regions- und Gebietsparteikomitees, eine Schlüsselfigur dar.²⁸

Diese sollte nun Michail Gorbatschow übernehmen.

Gorbatschow, der neben einem Studium an der Juristischen Fakultät der Moskauer Lomonossow-Universität²⁹ auch ein Landwirtschaftsstudium absolviert hatte, stammte ursprünglich aus einem Gebiet, das als Kornkammer des Landes galt, und hatte dort die Funktion des Parteiführers inne. Somit brachte er die besten Voraussetzungen für die neue Position mit.³⁰ Über seine Zeit als Sekretär des Regionskomitees schrieb Gorbatschow in seinen Erinnerungen:

„Immer stärker empfand ich das Bedürfnis nach umfassender und glaubwürdiger Information, nach Meinungsaustausch mit Kollegen, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden. Da ich sehen wollte, was in den anderen Regionen vor sich ging, nutzte ich alle Möglichkeiten zu Reisen, die sich mir boten [...].“³¹

²⁶ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 27-29.

²⁷ Zit. nach Dalos, Gorbatschow, 23.

²⁸ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 29. Die ersten Sekretäre hatten das Sagen über den gesamten Verwaltungsapparat der jeweiligen Region, ja sogar über die gewählten Organe. Selbst die Minister mussten den jeweiligen ersten Sekretär von ihren Vorhaben in Kenntnis setzen. (Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 126.)

²⁹ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 29.

³⁰ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 23.

³¹ Gorbatschow, Erinnerungen, 147.

Hier zeigten sich erste Anzeichen eines Wunsches nach dem Zugriff auf objektive, nicht durch Partei oder Staat censierte oder veränderte Informationen, die die Arbeit im Agrarbereich, aber auch sonst deutlich erleichtert hätten. Dieser Wunsch sollte mit der Zeit weiter reifen und sich später auf Gorbatschows Reformpolitik auswirken.

Auch das Anwachsen des Bekannten- und Freundschaftskreises Gorbatschows in seiner Zeit als Sekretär des ZK wirkten vorteilhaft auf seine politische Karriere.³² In den folgenden zwei Jahren wurde er zunächst Kandidat und dann Vollmitglied des Politbüros, und folglich in den westlichen Medien immer präsenter.³³ In seiner Zeit als Parteichef der Region Stawropol³⁴ lernte Gorbatschow hohe Parteifunktionäre, Mitglieder des Politbüros und der Sowjetregierung kennen. Diese suchten den Stawropoler Kraj³⁵ wegen der sich dort befindlichen Heilbäder zur Nachbehandlung aller möglichen Krankheiten, gerne und recht zahlreich auf. Gorbatschow kam mit ihnen ins Gespräch und erkannte das Hauptproblem des Politbüros und der Sowjetregierung – das allzu hohe Alter.³⁶ So starben viele von Gorbatschows Kurgästen binnen weniger Jahre. Auch die oberste Führung blieb nicht verschont. Auf den schwerkranken Breschnew folgte der nierenkranke Andropow und diesem wiederum der chronisch asthmatische Tschernenko nach. Die letzten beiden waren bereits vor ihrem jeweiligen Amtsantritt durch ihren labilen Gesundheitszustand deutlich gezeichnet. Als Tschernenko kaum noch in der Lage war seinen Pflichten nachzukommen, sprang Gorbatschow für diesen ein.³⁷ Damit wurde er zum Hoffnungsträger für all jene, die die Dringlichkeit eines Generationswechsels in der sowjetischen Führung erkannt hatten. Der Politikwissenschaftler Georgij Schachnasarow beschrieb die Situation wie folgt: „[...] ein frischer Wind reinigt die vermoderte Luft, und es folgen gesegnete Zeiten.“³⁸

³² Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 156.

³³ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 24.

³⁴ Diese Position bekleidete Gorbatschow bis zum Jahr 1978, also bis zu seiner Ernennung zum ZK Sekretär. (Vgl. Dalos, Gorbatschow, 24.)

³⁵ Bezeichnung für einen größeren Bezirk.

³⁶ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 47-49. Nach Chruschtschows Entmachtung betrug das Durchschnittsalter des Politbüros beispielsweise 60 Jahre. 1975 war es bereits auf 65 Jahre angestiegen, 1982 auf alarmierende 70. (Vgl. Brown, Aufstieg, 539.)

³⁷ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 49-53.

³⁸ Zit. nach Dalos, Gorbatschow, 54.

Tschernenkos Tod am 10. März 1985³⁹ stellte eine Zäsur in der Reihe der sowjetischen Machthaber dar. Ihm folgte der verhältnismäßig junge, gesunde und reformwillige Gorbatschow nach, was den Beginn großer Veränderungen verhieß. Abgesehen davon, dass außer Gorbatschow kein anderer ernstzunehmender Kandidat zur Verfügung stand, konnte sich dieser auch der Unterstützung wichtiger Persönlichkeiten sicher sein. Darunter die regionalen Parteichefs Eduard Schewardnadse,⁴⁰ Jegor Ligatschow und Boris Jelzin,⁴¹ der stellvertretende Ministerpräsident Nikolai Ryschkow, der Verteidigungsminister Marschall Sergej Sokolow, der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit (KGB) Wiktor Tschebrikow und der Direktor des Moskauer Instituts für Wirtschaft und internationale Beziehungen Alexandr Jakowlew. Hinter jeder der hier genannten Personen stand aber eine jeweils andere Schicht auf die sowjetische Gesellschaft mit eigenen Erwartungen und Hoffnungen.⁴² Die Anforderungen an den neuen Parteichef waren also nicht nur numerisch, sondern auch inhaltlich umfassend. Hinzu kam die ungünstige Ausgangslage des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft, und das obwohl jene Erdölressourcen, die Ende der 1960er in Westsibirien gefunden und in großem Stil gefördert worden waren, dem Staat enorme Mengen an Petrodollar eingebracht hatten. Die Einnahmen aus den sprudelnd schwarzen Quellen wurden jedoch, um gegenüber der USA nicht ins Hintertreffen zu geraten, zum Großteil in die Rüstungsindustrie investiert sowie den anderen sozialistischen Staaten zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Notlagen zur Verfügung gestellt. Der allergrößte Teil aber wurde für die notwendig gewordenen Getreideankäufe aus dem kapitalistischen Ausland verbraucht. Immer wieder auftretende Missernten belasteten den Staatshaushalt und das Gemüt der Sowjetbürger – „Mangel“ war zum Schlagwort jener Zeit geworden.⁴³ Außerdem unterlag das schwarze Gold den Schwankungen des Weltmarktes und stellte alleine somit kein gutes Standbein einer ohnehin wackligen Wirtschaft dar.⁴⁴

³⁹ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 255.

⁴⁰ Unter Gorbatschow übernahm er den Posten des Außenministers. (Vgl. Plato von, Vereinigung, 485.)

⁴¹ Jelzin trat später in persönliche Gegnerschaft zu Gorbatschow. (Vgl. Dalos, Gorbatschow, 125-131.)

⁴² Vgl. Dalos, Gorbatschow, 55-57.

⁴³ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 58-60.

⁴⁴ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 61-62.

Noch bedeutender als diese innenpolitischen Probleme war allerdings die Tatsache, dass die USA einen Rüstungsstand erreicht hatten, der das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West aus den Angeln hob. Die Sowjetunion positionierte als Reaktion darauf ihre Mittelstreckenraketen SS-20 im westlichen Grenzgebiet. Die USA wartete wiederum mit der Aufstellung ihrer Pershings auf, wodurch Europa in höchstem Maße gefährdet war zum Schauplatz eines Gemetzels zu werden. Das Stimmungsbarometer zwischen West und Ost zeigte die allerhöchste Alarmstufe. Die Sowjetunion stand nun vor der Wahl sich entweder auf ein weiteres atomares Wettrüsten mit den Vereinigten Staaten einzulassen, oder aber die eigenen SS-20 wieder abzuziehen und die Lage durch gezielte Maßnahmen zu entschärfen.⁴⁵

2.1. Das Neue Denken und seine Auswirkungen

„Das Neue Denken entstand nicht aus abstrakten Überlegungen, die zu einem fremden Modell führten. Nein, es verdankt seine Geburt vor allem einer kritischen Neubewertung der damaligen internationalen Situation sowie der Stellung unseres Landes in der Welt und seiner Politik.“⁴⁶

Diese Zeilen bilden den Anfang des ersten Kapitels jenen Buches, das Michail Gorbatschow zusammen mit Vadim Sagladin und Anatoli Tschernjajew, seinen außenpolitischen Beratern,⁴⁷ herausgab. Es stellt die wichtigsten neuen Erkenntnisse des damaligen ersten Mannes der Sowjetunion vor und gibt Einblicke in die Gedanken Gorbatschows und seiner engsten Vertrauten sowie mögliche Antworten auf Fragen, die sich die sowjetische Führung, aber auch die ganze Welt stellten, deren Beantwortung aber keineswegs simpel war. Es zeigt die unterschiedlichen Interessen zur Zeit des Kalten Krieges, geht auf die Verhandlungspositionen der Beteiligten ein, versucht die grundlegenden Probleme nachzuzeichnen und die dazu angestellten Überlegungen der Verfasser zu skizzieren. Dabei erklären die Autoren auch, wie es zu bestimmten Entscheidungen kam, welche Bedingungen und Einflüsse gewirkt haben. Da das Neue Denken in diesem Buch von seinen eigenen „Schöpfern“ dargelegt wird, bietet es sich an, einige Stellen daraus zu zitieren, um zeigen zu können, worum es sich genau handelte.

⁴⁵ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 62-63.

⁴⁶ Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 11.

⁴⁷ Vgl. Plato von, Vereinigung, 484 und 486.

Die kritische Neubewertung der internationalen Situation war es, die das Umdenken in Gang setzte, ja förmlich erzwang, denn...

„Mitte der achtziger Jahre befand sich die Welt in einer Sackgasse, aus der niemand einen Ausweg sah. Die Ost-West-Konfrontation schien für die Ewigkeit gemacht. [...] Niemand wollte den Atomkrieg, aber keiner konnte garantieren, daß er nicht doch eines Tages ausgelöst werden würde [...].“⁴⁸

Die Situation wurde noch dadurch verstärkt, dass die Beziehungen der Sowjetunion zu faktisch allen nichtsozialistischen Staaten stark beeinträchtigt waren und sich weiter verschlechterten. Es war keinerlei Basis vorhanden, auf der Gespräche zur Entspannung der Situation hätten geführt werden können.⁴⁹ Das Problem, so die Autoren, lag nicht in der Außenpolitik, sondern in den Konzeptionen, auf denen diese beruhte. Diese bestanden aus Dogmen, bar jeder Realität oder nüchternen Situationsanalyse, mit dem Ziel die Konfrontation mit dem Feind aufrecht zu halten. Das Ergebnis war die Isolation der Sowjetunion. Erstes Ziel des Neuen Denkens war folglich⁵⁰ „[...] unser eigenes altes Denken umzukrempeln.“⁵¹ Doch dieses Vorhaben war mit großen Schwierigkeiten verbunden, mussten doch aufgestellte und über Jahre immer wieder bekräftigte Postulate revidiert, und damit die Grundlagen der herrschenden Ideologie angezweifelt werden.⁵² Dabei waren es nicht nur die Gesellschaft und der größte Teil der Nomenklatura,⁵³ die von der neuen Denkart überzeugt werden mussten, sondern ebenso all jene, die das Neue Denken aus der Taufe gehoben hatten und es vorantreiben wollten. Auch sie mussten sich von den allzu bekannten, da von Kindheit an gewohnten und eingetrichterten, Vorstellungen und Gedankengängen lösen. Wie immer, wenn alt Bekanntes abgerissen und Neues errichtet werden soll, entstanden Zweifel – Zweifel an dem was bisher war und Zweifel an dem was sein wird. Daher war es wichtig, so die Autoren, den praktischen Nutzen, ja die Notwendigkeit der Veränderungen durch logische Erklärungen und Beweise zu untermauern und begreifbar zu machen.⁵⁴ Doch darin lag, der Ansicht

⁴⁸ Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 11.

⁴⁹ Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 13.

⁵⁰ Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 14.

⁵¹ Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 14.

⁵² Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 14-15.

⁵³ Der Politikwissenschaftler Michail Voslensky beschrieb die Nomenklatura als “herrschende Klasse der Sowjetunion“. Darunter wurden hauptberufliche Funktionäre von Partei, Staat, Armee und KGB verstanden. Ihre Zahl wird auf drei bis vier Millionen geschätzt. (Vgl. Dalos, Gorbatschow, 26.)

⁵⁴ Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 15.

der Autorin dieser Arbeit nach, der Kern eines zentralen Problems. Die Menschen waren über Wirtschaftszahlen und -daten nicht im Bilde, konnten folglich auch die Dringlichkeit der Veränderungen nicht einschätzen. Für sie zählte das, was sie im täglichen Leben spürten, Veränderungen, die sie wahrnehmen konnten. Hätte es schon zu Beginn des Neuen Denkens mehr Transparenz gegeben, wären das Bewusstsein für die gravierenden Probleme und damit auch der Wille zur Veränderung innerhalb der Bevölkerung größer gewesen. Doch diese Einsicht sollte erst nach der Katastrophe in Tschernobyl folgen.⁵⁵

Das zweite Problem lag begründet in dem Faktum, dass Kriegsführung ein völkerrechtlich anerkanntes Mittel zur Verteidigung, aber auch zur militärischen Durchsetzung der eigenen Interessen war. Gewalt spielte somit eine große Rolle in der internationalen Politik. Mit der Entdeckung der Atomwaffen hatte diese Entwicklung ihren absurd und gleichzeitig schrecklichen Höhepunkt erreicht, wäre bei einem Einsatz doch die gesamte Weltbevölkerung gefährdet gewesen. Dennoch wurde von der Produktion und weiteren Anhäufung nicht abgesehen, wodurch die erwähnte „Sackgasse“ im Ost-West-Konflikt entstanden war. Das verfestigte Feindbild beider Seiten gestaltete ein Umdenken höchst schwierig.⁵⁶

Dritter und letzter Grund für die Entstehung des Neuen Denkens war die Analyse sämtlicher Veränderungen, welche sich seit dem Zweiten Weltkrieg vollzogen hatten. Neuerungen der technischen Basis der Wirtschaft, der Computertechnik, die Schaffung neuer Möglichkeiten des weltweiten Informationsaustausches und das Aufkommen neuer Transportmittel gehörten dazu. Die Änderungen setzten ein neues Vorgehen der Sowjetunion voraus, um nicht hinter weiter entwickelten Staaten zurück zu bleiben.⁵⁷ In der Stalinzeit waren in sämtlichen Bereichen große Rückstände aufgetreten, da Disziplinen wie Genetik, Kybernetik, oder Politologie als pseudowissenschaftlich galten. Selbst unter Chruschtschow wurden manch neuartige ungewöhnliche Ideen schlichtweg abgelehnt. Nun galt es umzudenken und das Versäumte möglichst aufzuholen.⁵⁸

⁵⁵ Siehe Kapitel 2.2.

⁵⁶ Vgl. Gorbatschow/ Sagadin/ Tschernjajew, Denken, 16-18.

⁵⁷ Vgl. Gorbatschow/ Sagadin/ Tschernjajew, Denken, 18.

⁵⁸ Vgl. Gorbatschow/ Sagadin/ Tschernjajew, Denken, 19-20.

Alle drei Problembereiche – Außenpolitik beruhend auf unreflektierten Dogmen, Krieg als Mittel der Interessensdurchsetzung und die (technischen) Entwicklungen seit dem Zweiten Weltkrieg – waren miteinander verwoben. Nationale und globale Interessen liefen ineinander und bildeten, trotz aller Gegensätze, ein gemeinsames Ziel – das Überleben der Menschheit in einer Welt, die drohte ihre Konflikte mit Atomwaffen auszufechten.⁵⁹ Und dennoch wurde bis 1985 dem Konfrontationskurs der sowjetischen Außenpolitik keine endgültige Absage erteilt.⁶⁰ Freilich wurden auf Grund der instabilen Lage immer wieder Verhandlungen geführt – zum Beispiel über die Mittelstreckenraketen in Europa – allerdings ohne Erfolg. Die sowjetische Einstellung wurde deutlich durch ein Interview mit Wjatscheslaw Molotow,⁶¹ dem sowjetischen Außenminister unter Stalin:⁶² „Verhandlungen müssen natürlich geführt werden, aber Ergebnisse sind von ihnen nicht zu erwarten. Schließlich sind es Verhandlungen mit Imperialisten.“⁶³ Diese Einstellung hieß es zu überwinden. Der am 11. März 1985⁶⁴ zum Generalsekretär gewählte Gorbatschow war bereit dazu. Bereits zwei Tage später zeigten sich im Gespräch mit den Leitern der ausländischen Delegationen, die sich zu Konstantin Tschernenkos Beerdigung in Moskau eingefunden hatten, erste Anzeichen des Neuen Denkens: Gorbatschow unterstrich immer wieder die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Wende der Weltpolitik und beteuerte durch die Erneuerung und Intensivierung der Beziehungen zu allen Staaten zur Verbesserung der internationalen Lage beitragen zu wollen. Ziel sei die Erweiterung internationaler Beziehungen sowie der Austausch kultureller Werte und Ergebnisse in Wissenschaft und Technik.⁶⁵ Gorbatschow war bewusst, dass die Mitwirkung des Westens unumgänglich war. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, wurden am 8. April 1985 in einem *Pravda*-Interview der Aufschub der Stationierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen bis November 1985 sowie weitere Maßnahmen verkündet. Im November sollte darüber, je nachdem wie die USA darauf reagieren würden, neu entschieden werden. Es folgten weitere Versuche die Vereinigten Staaten dazu zu bringen auf den Abrüstungskurs einzuschwenken.⁶⁶

⁵⁹ Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 19.

⁶⁰ Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 23.

⁶¹ Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 27.

⁶² Vgl. Brown, Aufstieg, 133.

⁶³ Zit. nach: Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 27.

⁶⁴ Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 27.

⁶⁵ Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 29.

⁶⁶ Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 35.

2.2. Glasnost und die neue „Wahrheit“

Eng verbunden mit dem Neuen Denken war jene Neuerung in der sowjetischen Gesellschaft, die weithin als Glasnost, zu Deutsch „Offenheit“ oder „Transparenz“, bekannt ist. Gemeint war damit das Ende der Unterdrückung nicht-parteikonformer Meinungen. Bis zum Jahr 1987⁶⁷ existierte in der Sowjetunion außerdem eine geheime Liste, die alle Informationen enthielt, die einem Veröffentlichungsverbot unterlagen. Sie erschien alle drei Jahre und reglementierte jegliche journalistische, aber auch künstlerische Tätigkeit.⁶⁸ So war es verboten, „[...] Angaben über Kriminalität, die Anzahl der Verurteilten [...] die Verwendung der Arbeit von Personen mit Freiheitsentzug in Betrieben [...] Katastrophen, große Havarien und Brandfälle mit Menschenopfern [...]“⁶⁹ sowie einiges mehr zu veröffentlichen. Dazu gehörte auch die Explosion des Tschernobyler Atomreaktors am 26. April 1986. Dalos schildert das Ereignis in seiner Gorbatschow-Biographie sehr anschaulich und räumt ihm einen wichtigen Stellenwert in der Umsetzung von Glasnost ein. So setzte, wenn man Dalos‘ Interpretation Glauben schenkt, an jenem Katastrophenwochenende ein „GAU im sowjetischen Kommunikationssystem“ (Dalos, Gorbatschow, 89.) ein. Er schildert wie erste Regierungskommissionen ohne Schutzkleidung oder andere Vorkehrungsmaßnahmen am Unglücksort eintrafen. Selbiges galt für zehntausende Helfer aus Armee und Zivilbevölkerung, darunter viele Freiwillige, die allesamt den viel zu hohen Strahlenwerten schutzlos ausgesetzt waren. In einem UNO-Bericht war die Rede von 4000 direkten Todesopfern und einer weiteren halben Million Menschen die damals verstrahlt wurden. Ein Großteil der Letztgenannten hätte durch frühzeitigere Informierung über die tatsächliche Lage geschützt werden können. Angesichts der erschreckenden Zahlen befand sich die Führungsspitze in einer ernstlichen Zwickmühle. Sollte die bisherige Geheimhaltung sämtlicher Katastrophen, welche laut Politbüro der Vorbeugung von Massenhysterien diente, angesichts der aktuellen Situation aufgehoben werden? In einer Sondersitzung des Politbüros am 29. April stand man dieser Frage noch ambivalent gegenüber, war sich jedoch im Klaren darüber, dass eine weitere Geheimhaltung der Partei ihre Glaubwürdigkeit entziehen würde. In Schweden und

⁶⁷ Gorbatschow nennt in seinen Erinnerungen hierzu das Jahr 1988. (Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 314).

⁶⁸ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 136.

⁶⁹ Zit. nach: Dalos, Gorbatschow, 136.

Norwegen waren nämlich bereits erhöhte Werte atomarer Strahlung gemessen worden. Es war also bloß eine Frage der Zeit, bis die sowjetische Öffentlichkeit den vollen Umfang der Katastrophe über westliche Radiosender präsentiert bekäme. Um das zu verhindern, wollte die Partei die Sache lieber selbst in die Hand nehmen und entschloss sich zur Veröffentlichung der verfügbaren Informationen.⁷⁰

Ähnlich wird die Situation von Gorbatschow persönlich geschildert. In seinen Erinnerungen wies er sämtliche Anschuldigungen, die sowjetische Führung habe zu spät reagiert und Informationen bewusst zurückgehalten, zurück. Er betonte indes, dass nach der Politbürositzung am 28. April, in der die Ergebnisse der zuständigen Kommission präsentiert wurden, Meldungen für Fernsehen und Presse durchgegeben wurden. Informationen, die neu eintrafen, wurden ab dann regelmäßig zur Veröffentlichung weitergeleitet. Gorbatschow gesteht aber ein, dass zu dem Zeitpunkt das volle Ausmaß der Katastrophe noch unbekannt war. Das katastrophale Szenario situationsadäquat aufzunehmen, geschweige denn zu analysieren, dazu war niemand in der Lage.⁷¹ Zunächst weist der Generalsekretär also die Anschuldigungen von sich und dem gesamten Apparat. Wenige Absätze später geht er dann auf die Geheimhaltung, den Resortgeist und Monopolismus, die in der Atomwirtschaft üblich waren, ein und spricht diesen negativen Auswirkungen zu. Es handelte sich also doch um einen gewissen Grad an Geheimhaltung, allerdings nicht durch den Staat verschuldet, sondern durch die Wissenschaft.⁷² Die Bedeutung des Atomunglücks fasste der Generalsekretär wie folgt zusammen: „Tschernobyl ließ schlagartig [...] die eklatanten Mängel unseres Systems hervortreten. [...] Vertuschung von außerordentlichen Vorkommnissen, Verantwortungslosigkeit und Leichtsinn, Schlendrian und weit verbreiteter Alkoholmissbrauch.“⁷³ Es kann davon ausgegangen werden, dass die atomare Katastrophe Gorbatschows Meinung zu Zensur und Geheimhaltung, aber auch zum System an sich nachhaltig beeinflusste, ob sie jedoch den Anstoß für die weitreichenden Veränderungen gab, wie Dalos argumentiert, sei dahingestellt.

Als ersten aktiven Schritt in Richtung Glasnost bezeichnet der Generalsekretär in seinen Erinnerungen eine Reise nach Leningrad im Mai 1985 und seine dort spontan

⁷⁰ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 89-92.

⁷¹ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 290-291.

⁷² Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 291.

⁷³ Gorbatschow, Erinnerungen, 294.

gehaltene Rede. Sie enthielt Informationen des März- und April-Plenums, die bislang unter Verschluss gehalten worden waren. Bei Gorbatschows Anhängerschaft fand dieser spontane Schritt großen Anklang und so wurde die Aufzeichnung der Rede im sowjetischen Fernsehen ausgestrahlt. In der Öffentlichkeit schürte sie die Hoffnung auf Veränderung.⁷⁴ Dennoch war es selbst für den Generalsekretär nicht einfach seine Vorhaben zur Lockerung der Zensur in vollem Umfang durchzusetzen. Die Vorgehensweisen der Zensoren hatten sich so festgefahren, dass deren Überwindung nur schwer akzeptiert und umgesetzt werden konnte – noch zu präsent war die Liste der tabuisierten Themen.⁷⁵ Ähnliches zeigte sich in der Abteilung „Agitation und Propaganda“ des Apparates des ZK. Gorbatschow versuchte dem schließlich mit einem Personalwechsel entgegenzutreten.⁷⁶

Glasnost war, so wie Gorbatschow sie erdacht hatte, ein Instrument, das das Volk von den Propagandamaschinerien befreien und damit zum eigenständigen Denken hinführen sollte. Sie war eng verbunden mit der Perestroika, zu Deutsch „Umbau“, der sich auf die Wirtschaft, den Staat und die Gesellschaft bezog⁷⁷ und in allen Ländern des ehemaligen Ostblocks nachhaltige Veränderungen bringen sollte. So wäre die Perestroika, laut Gorbatschow, ohne Glasnost überhaupt nicht umsetzbar gewesen – sie „[...] braucht die Luft der Freiheit, weite Horizonte des Denkens, die echter Volksinitiative stets den Weg bahnen.“⁷⁸ Es ging darum der Bevölkerung ihre tatsächliche Situation vor Augen zu führen, die gravierenden Probleme der Wirtschaft zu verdeutlichen und den Rückstand zu den meisten westlichen Ländern im wirtschaftlichen und umwelttechnischen Bereich sowie in puncto Lebensstandard aufzuzeigen, auch wenn dies für die erfolgsverwöhnte sowjetische Gesellschaft schmerzlich war. Dazu musste Offenheit hergestellt, mussten unbeschönigte Fakten zugänglich gemacht werden, sodass in der Gesellschaft ein Bewusstsein für diese Problematiken erwachsen konnte. Damit einher ging auch die freie Meinungsäußerung. Unter Volksinitiative verstand Gorbatschow das Erwachen der Bevölkerung aus ihrem „Dornrösenschlaf“. Er forderte Dialoge und einen

⁷⁴ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 305-306.

⁷⁵ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 137.

⁷⁶ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 306.

⁷⁷ Siehe Kapitel 2.3.

⁷⁸ Michail Gorbatschow: Glasnost. Das Neue Denken, Berlin 1989, 17.

angeregten Meinungsaustausch – Meinungspluralismus stellte keine Gefahr mehr dar, sondern sollte der gesamten Gesellschaft von Nutzen sein.⁷⁹

Dennoch ergab sich die Frage nach den Grenzen von Glasnost. Wo sollte die neue Freiheit enden?⁸⁰ Das Auftauchen dieser Frage kann als logische Folgerung einer Gesellschaft angesehen werden, die an Zensur und das Ausloten von Grenzen gewöhnt war. Gorbatschows Antwort lautete: „Es gibt keine Grenzen, wenn die Glasnost den Interessen der Gesellschaft, den Interessen des Sozialismus dient.“⁸¹ Was bedeutete diese Stellungnahme? Ganz konkret - dass die Interessen der Gesellschaft und des Sozialismus an sich Tabuzonen jeglicher Kritik bleiben würden.

Die ersten großen Lockerungen durch Glasnost traten in der Literatur zu Tage. Der Plan bestand keineswegs darin die Glawlit, die Zensurbehörde, aufzulösen, sondern beinhaltete lediglich eine Einschränkung ihrer Kompetenzen, schließlich stellte sie Arbeitsplätze für tausende Menschen, die sonst ihre Posten verloren hätten. 1988 wurde die Zensussperre von 7930 Büchern aufgehoben, die nun veröffentlicht werden konnten. Darunter weltweit bekannte Werke von Nabokov, Solschenizyn und Brodskij.⁸²

Weitere Tabuzonen blieben Angaben zur Höhe der Ausgaben des militärisch-industriellen Komplexes, zum Außenhandel (besonders zu Rüstungslieferungen und zum Geschäft mit Getreide, Erdöl, Erdgas und Metall), zum KGB und zum gesamten Staatshaushalt. Diese Tabuzonen aufzubrechen hieß den Widerstand der staatlichen Einrichtungen und der Ideologen zu brechen. Die staatlichen Einrichtungen hingen am Stillschweigen über die Tabuzonen wie an einem Bissen Brot, da bei einer Offenlegung die Existenzberechtigung mancher Einrichtungen in Frage gestellt werden konnte. Für die Ideologen aber galt es das Dogma der Unfehlbarkeit des existierenden Systems aufrecht zu erhalten.⁸³

Doch Glasnost entwickelte sich weiter. Die neuen Freiheiten der Presse traten besonders deutlich zu Tage. Nunmehr durfte über alle Bereiche des Lebens

⁷⁹ Vgl. Gorbatschow, Glasnost, 17.

⁸⁰ Vgl. Gorbatschow, Glasnost, 17.

⁸¹ Gorbatschow, Glasnost, 17.

⁸² Vgl. Dalos, Gorbatschow, 139-140. Als besonders große Hürden streicht Gorbatschow die Zulassung der Romane *Die Kinder vom Arbat* (Rybakow), *Weiße Gewänder* (Dudinzew) und *Neue Ernennung* (Bek) hervor. (Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 312.)

⁸³ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 308-310.

geschrieben, Missstände angeprangert und kritisiert werden. Das wirkte sich auf die Gesellschaft im Allgemeinen aus. Gorbatschow meinte dazu:

„Erst Glasnost versetzte die Menschen in die Lage, nicht mehr lediglich einzelne [...] Informationskrümel zu beziehen, sondern die ganze Wahrheit darüber zu erfahren, was mit unserem Grund und Boden, mit unseren Wäldern und Gewässern vor sich ging und welche Luft die Städter atmen mußten.“⁸⁴

Durch den explosionsartigen Anstieg ihrer Auflagezahlen stachen die *Komsomolskaja prawda*, die *Sowjetskaja Rossia* und die *Iswestija* hervor. Die Zahl der *Kommunist*-Leser stieg im Vergleich zu den anderen deutlich weniger stark, jene der *Pravda* kaum. Zugleich traten erstmals „freie“, das heißt parteiunabhängige, Presseorgane auf. Dazu zählten die *Moskowskije nowosti*, die immer wieder durch Aufregerthemen hervorstach, und *Ogonjok*, welche Gorbatschow durch geschickte Personalpolitik zu einer Art Sprachrohr für die Perestroika werden ließ.⁸⁵ *Ogonjok* zeigte in Reportagen den Wohnungsmangel, den technischen Rückstand, soziale Missstände, Kriminalität und vieles mehr. Ihre Tätigkeit stillte das Bedürfnis der sowjetischen Öffentlichkeit nach mehr Informationen und vor allem nach der Wahrheit.⁸⁶

Eine Sonderstellung nahm damals schon die *Pravda* ein. Sie war ein Zentralorgan der Partei und somit linientreu. Gerade darum befasste sie sich, wie es Glasnost vorsah, kritisch mit der Vergangenheit, ließ dabei aber auch die oberste politische Führung nicht außen vor und verflocht dieses Konzept mit den wirtschaftlichen Problemen der Sowjetunion und der Umgestaltung des gesamten Wirtschaftssektors. Damit nahm sie eine Art Vorreiterrolle ein. Je mehr sich Glasnost jedoch ausweitete, umso konservativer wurden die Beiträge der *Pravda*, so Gorbatschow. Der Chefredakteur des Blattes hatte sich auf die Seite der Gegner des demokratischen Prozesses geschlagen. Als Folge erlitt die Beliebtheit der Zeitung einen Einschnitt, die Auflagen gingen zurück. Die Mitarbeiter der Zeitung teilten die Einstellung ihres Chefredakteurs allerdings nicht. Folglich wurde der Posten des Chefredakteurs der *Pravda* durch Gorbatschow höchstpersönlich neu besetzt.⁸⁷ Seine Wahl wurde

⁸⁴ Gorbatschow, Erinnerungen, 310.

⁸⁵ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 314-315.

⁸⁶ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 140. Aber auch die *Literaturnaja gaveta* und *Moskowskije nowosti* verschrieben sich dem Pluralismus und standen auf Seiten der neuen Politik. (Vgl. Dalos, Gorbatschow, 140.)

⁸⁷ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 316.

beeinflusst durch folgenden Wunsch: „Ich wollte auf diesem überaus verantwortungsvollen Posten einen Mann sehen, der nicht nur nach professionellen Kriterien für diese Aufgabe geeignet war, sondern auf den ich mich auch verlassen konnte.“⁸⁸ Das Zitat zeigt, dass die *Pravda* als Zentralorgan der KPdSU eine wichtige Rolle übernahm und für Gorbatschow von herausragender Bedeutung war.

Das Aufdecken alter Missstände, das Gorbatschow so sehr gefördert hatte, barg aber auch Probleme. Je mehr davon nämlich ans Tageslicht kam, umso weiter wurden die Freiräume der Presse, bis diese sich aufdehnende Spirale zu einer Eigendynamik fand, die nicht mehr zu kontrollieren war.⁸⁹ In einer Sitzung des Politbüros nahm Gorbatschow dazu Stellung: „Er wisse um die Gefahren der Glasnost, habe diese jedoch bewusst ermöglicht, um die freigesetzten Energien der Gesellschaft vor den Karren der Perestroika zu spannen.“⁹⁰ Das musste er auch, denn anders hätte sich die sowjetische Gesellschaft wohl kaum von der Dringlichkeit solch umfassender Reformen, wie jener der Perestroika, überzeugen lassen. Nun sah das Volk die Probleme mit eigenen Augen. Ein wenig negativer Beigeschmack blieb allerdings – ab nun waren auch die Partei, das ZK, alle Funktionäre und der Generalsekretär der öffentlichen Kritik ausgesetzt, standen folglich unter Rechtfertigungzwang. Nichtsdestotrotz galt die Presse als Stütze der Reformen und trug, so Gorbatschow, Mitverantwortung für das Fortkommen der Gesellschaft. Kein anderes Medium war in der potentiellen Lage so viele Menschen zu erreichen, für die Neuerungen zu interessieren, zur Mithilfe zu motivieren und jene zu verteidigen, die bereits für die Veränderungen eintraten.⁹¹

Was aber brachte die „neue Wahrheit“? Neben all der überschwänglichen Begeisterung das Zeitalter der Zensur hinter sich gebracht zu haben, brachte sie ernüchternde Erkenntnisse, Erkenntnisse über die katastrophale Wirklichkeit. Verschlechterung der Lebensbedingungen, Lebensmittelknappheit und soziale Spannungen prägten nun, da sie öffentlich angesprochen wurden, Bewusstsein und Alltag der Menschen.⁹² „Was brachte uns die Glasnost? Wahrheit, Wahrheit und nichts als Wahrheit.“⁹³ Sprüche wie dieser prägten den Volkshumor der Zeit.

⁸⁸ Gorbatschow, Erinnerungen, 316.

⁸⁹ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 140-141.

⁹⁰ Zit. nach: Dalos, Gorbatschow, 141.

⁹¹ Vgl. Gorbatschow, Glasnost, 39.

⁹² Vgl. Dalos, Gorbatschow, 141-142.

⁹³ Zit. nach: Dalos, Gorbatschow, 142.

2.3. Perestroika – wie sie gedacht war

„[...] in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre [...] geschah etwas, das auf den ersten Blick unerklärlich schien: Die Antriebskraft, der Schwung im Land wurden immer geringer. Ökonomische Mißerfolge nahmen zu. Schwierigkeiten häuften und verschlimmerten sich, ungelöste Probleme nahmen überhand. [...] Eine Art »Bremsmechanismus« lähmte die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung, [...].“⁹⁴

Diese Gedanken zur aktuellen Problematik und Politik der Sowjetunion stammen von Michail Gorbatschow, der sie 1987 in Form eines Buches mit dem Titel „Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt.“ herausgegeben hatte und sich damit direkt an die Bevölkerung der UdSSR, der USA und anderer Länder wandte. Ziel des Buches sei es die Veränderungen in der Sowjetunion im Zuge der Perestroika darzustellen, ihre Gründe und Bedingungen offenzulegen, nachvollziehbar zu machen und so vorherrschende Denkweisen aufzubrechen und Möglichkeiten zum Dialog zwischen den Ländern zu schaffen.⁹⁵ Was war die Perestroika? Welche Ideen und Theorien standen dahinter? Welche Bedingungen führten zu ihrer Umsetzung und welche Ziele verfolgte sie?

Die Perestroika lag, genauso wie Glasnost, im Neuen Denken begründet und wirkte sich daher auch auf die Außenpolitik der Sowjetunion aus. „Perestroika ist eine unumgängliche Notwendigkeit, die aus den tiefer liegenden Entwicklungsprozessen in unserer sozialistischen Gesellschaft hervorgegangen ist. Diese Gesellschaft ist reif für eine Veränderung.“⁹⁶, so Gorbatschow. Markant sind die Formulierungen „unumgängliche Notwendigkeit“ und „aus den tiefer liegenden Entwicklungsprozessen hervorgegangen“. Sie sollen zeigen, dass die sozialistische Gesellschaft derartige Veränderungen durchgemacht hatte, dass das alte wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche System nicht mehr funktionieren konnten. Früher oder später musste es zu Veränderungen kommen. Ein Beispiel aus dem Bereich der Wirtschaft: Das Führungssystem, das in den 30er und 40er Jahren entstanden war, wandelte sich zu einem Hindernis für jegliche Neuerungen, da es aus einem Repertoire von Lösungen schöpfte, das ursprünglich für Extremsituationen geschaffen worden war. Die fehlende demokratische Basis in der wirtschaftlichen

⁹⁴ Gorbatschow, Perestroika, 19.

⁹⁵ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 7-8.

⁹⁶ Gorbatschow, Perestroika, 17.

Organisation bewirkte, dass das Volkseigentum durch Ressortdenken und Lokalpatriotismus keine realen Besitzer mehr hatte. Somit konnten sich die Menschen auch nicht mehr mit diesem Eigentum – das eigentlich jenes der Werktätigen, also ihres war – identifizieren. Gesellschaftliche und individuelle Interessen waren nicht mehr ausreichend aufeinander abgestimmt. Jegliche Art von Fortschritt wurde gebremst.⁹⁷

Das schlug sich auch im sozialen Bereich nieder. Zwar wurde für Vollbeschäftigung und fundamentale soziale Sicherheit gesorgt, Wohnungen und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel waren dagegen Mangelware. Im Transport- und Bildungswesen, aber auch in der medizinischen Versorgung waren große Mängel feststellbar.

Gorbatschow beklagte diesen Sachverhalt und stellte mit Nachdruck fest, dass die Möglichkeiten das zu ändern prinzipiell gegeben wären, das erlangte „Know-how“ jedoch nicht zur Verbesserung des Lebensstandards der Allgemeinheit nutzbar gemacht wurde.⁹⁸

Auch auf politischer Ebene machte sich dieser Bremsmechanismus bemerkbar. Das sowjetische Volk hatte sich dem Sozialismus verschrieben, war nun aber weder in der Lage dessen Möglichkeiten auszuschöpfen, noch die dem Volk zugesprochene Rolle in Bezug auf gesellschaftliche Angelegenheiten auszuüben.⁹⁹ Die Aufblähung der Bürokratie sowie Erstarrung bürokratischer Strukturen waren die Folgen. Die Ämter gewannen an Einfluss und konnten über Wohl und Weh der Menschen entscheiden.¹⁰⁰

Ähnlich verhielt es sich auf ideologischer und moralischer Ebene. Trägheit manifestierte sich in wachsendem Widerstand gegenüber neuer, innovativer Ideen, die den Problemen beizukommen versuchten. Beschönigende Aussagen zu offenkundigen Problemfeldern, vorgefertigte Meinungen, willkürliche Urteile und die Verzerrung von Tatsachen waren genauso alltäglich wie Nachlässigkeit, wechselseitige Begünstigungen und lasche Disziplin, bis hin zu verbrecherischen Tätigkeiten. Kreatives Denken und fruchtbare Diskutieren hingegen wurde möglichst unterbunden. Das alles untergrub die Glaubwürdigkeit der Führung und brachte das Vertrauen der Bevölkerung zum Einsturz.¹⁰¹

⁹⁷ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 56.

⁹⁸ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 22.

⁹⁹ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 57.

¹⁰⁰ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 57.

¹⁰¹ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 23-25.

Nicht nur einmal erwähnt Gorbatschow die Bedeutung der Werke Lenins und der Rückbesinnung auf dessen sozialistische Ideale. So berief er sich bei seinen Ideen mitunter häufig auf dessen Vorstellungen von Führung und Selbstbestimmung, von Gewinn- und Verlustrechnung und der Verflechtung gesellschaftlicher und individueller Interessen.¹⁰² Den Gedanken der radikalen Veränderungen zur Verbesserung des Sozialismus leitete Gorbatschow ebenfalls von Lenin ab und suchte so seine umfassende Reformpolitik zu legitimieren.¹⁰³

Alles hatte mit einer Analyse der wirtschaftlichen Lage durch führende Amtsträger in Partei und Staat begonnen. Aus den Ergebnissen wurde ersichtlich, dass eine komplette Umgestaltung des Systems notwendig war und, dass damit nicht länger gewartet werden konnte, da sich die Situation weiter verschlechtern würde. Wissenschaftler, Experten und das gesamte intellektuelle Potential wurden mobilisiert, um die Grundsätze der neuen Politik zu gestalten. An vorderster Stelle stand die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Es musste Ordnung geschaffen, Disziplin wieder hergestellt, das Organisationsniveau gehoben, das Verantwortungsbewusstsein gestärkt und der Rückstand in manchen Bereichen aufgeholt werden. Diese Äußerlichkeiten sollten ergänzt werden durch eine tiefgreifende strukturelle Reorganisation der Wirtschaft, den Neuaufbau der materiellen Basis, die Einführung neuer Technologien, die Änderung der Investitionspolitik und eine qualitativ hochwertigere Wirtschaftsführung zum Zweck der Beschleunigung des wissenschaftlichen und technischen Fortschrittes. Zugleich sollte es zu drastischen Änderung des geistigen und psychologischen Klimas in der Gesellschaft, aber auch bei der Organisation von Arbeit, beim Arbeitsstil und den Methoden kommen. Damit verbunden waren personelle Veränderungen, die auch das ZK und die Regierung betrafen.¹⁰⁴ Der Gedanke hinter diesen Veränderungen war folgender: Neue Leute ersetzten die alteingesessenen Funktionäre, die in ihren Denkweisen verhaftete waren und den Prozess verzögerten, oder gar aufzuhalten gedachten. Von den Neu-Eingesetzten erhoffte sich Gorbatschow eine Fülle an Ideen und neuen Gedanken, die die Möglichkeiten der Perestroika vervielfältigen sollte. Gleichzeitig begrüßte er auch unkonventionelle, kreative Denkansätze zur kritischen

¹⁰² Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 57.

¹⁰³ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 58.

¹⁰⁴ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 29-32.

Beleuchtung des bisher Umgesetzten und zur Veränderung der allgemeinen Situation.¹⁰⁵

Eine wesentliche Aufgabe in diesem Zusammenhang war die Aktivierung der Menschen. Sie sollten sich an den ablaufenden Prozessen intensiv beteiligen, sollten im Rahmen der Glasnost ihre Interessen vertreten, kreativ werden, an Diskussionen teilnehmen und so zum Gemeinwohl beitragen. Nur dadurch konnte das gesamte geistige Potential der Gesellschaft zur Umgestaltung ausgeschöpft werden. Zugleich sollte sich das Volk mit den Neuerungen identifizieren können.¹⁰⁶ Das setzt eine grundlegende Demokratisierung des gesamten Systems voraus. Auch hier verwies Gorbatschow auf Lenin, für den Sozialismus und Demokratie als untrennbar galten.¹⁰⁷

Bleibt noch festzuhalten, dass die Perestroika den Sozialismus gerechter machen sollte. Schmarotzertum, das sich auf Grund von Lohn-Gleichmacherei und den umfangreichen sozialen Leistungen des Staates ausgebreitet hatte, sollte durch die Devise: „[...] soziale Sicherheit für alle, gleiche Rechte für alle, ein Gesetz für alle, eine Disziplin für alle und hohe Eigenverantwortung für jeden einzelnen.“¹⁰⁸ unterbunden werden.¹⁰⁹ Auch das stand in Verbindung mit dem Vorhaben den Menschen Verantwortung zu übertragen, sie eigenständiger und Herr ihres eigenen Schicksals werden zu lassen. Diese Tendenz weitete Gorbatschow auf die Wirtschaft aus. Die Unabhängigkeit von Betrieben, Genossenschaften, Kollektiven, Kolchosen und Sowchosen sollte gefördert werden. Sie sollten eigenverantwortlich für die Effizienz ihrer Betriebsführung sorgen. Voraussetzung war die grundlegende Umgestaltung der zentralen Wirtschaftsführung. Diese sollte sich in Zukunft nicht mehr um die Aufgaben der betrieblichen Führung kümmern – das übernahmen die Betriebe selbst – sondern sich mehr um Strategien zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums bemühen. Ziel war es das übertrieben zentralistische Wirtschaftssystem zu einer Verbindung aus demokratischem Zentralismus und Selbstverwaltung umzugestalten und die Betriebe durch die Übernahme von Verantwortung zu mehr Produktivität anzustacheln.¹¹⁰

¹⁰⁵ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 32.

¹⁰⁶ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 32-34 und 37.

¹⁰⁷ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 37.

¹⁰⁸ Gorbatschow, Perestroika, 35.

¹⁰⁹ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 34-35.

¹¹⁰ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 38-39.

Zusammengefasst bedeutete Perestroika also eine „[...] tiefgreifende Erneuerung aller Bereiche des sowjetischen Lebens, [...]“¹¹¹

3. Zehn Punkte sorgten für Aufregung

Nach mehr als 28 Jahren physischer Trennung fiel die Berliner Mauer in der Nacht von 9. auf 10. November 1989. Dieses Ereignis brachte nicht nur für die DDR große Veränderungen, sondern auch die Bundesrepublik musste darauf möglichst situationsadäquat reagieren. Für Helmut Kohl, der seine Politik der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten verschrieben hatte, war der Mauerfall ein äußerst erfreuliches, aber dennoch überraschendes Ereignis. In seinen Erinnerungen schrieb er:

„Dass die Mauer irgendwann fallen und Deutschland wieder vereint würde, daran hatte ich nie einen Zweifel. Aber wie und wann dies geschehen würde, war für mich immer eine offene Frage.“¹¹² und „Auf die Wiedervereinigung unseres Landes hatte ich immer hingearbeitet.“¹¹³

Seit 1982, also seit dem er das Kanzleramt bekleidete, wurden die Beziehungen zur DDR kontinuierlich ausgebaut, der generelle Kurs war aber weitgehend passiv geblieben. Das sollte sich rasch ändern.¹¹⁴ Doch zunächst herrschte in Kohls Beraterteam noch Passivität.¹¹⁵

Die Nachricht über den Fall der Mauer hatte den Kanzler während eines heiklen Staatsbesuchs in Polen erreicht. Dort herrschte, in Anlehnung an historische Negativerfahrungen, Skepsis gegenüber einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands. Der Mauerfall führte zu der vermehrten Besorgnis Deutschland könnte seine Formen von vor 1945 annehmen. Trotz der Wichtigkeit des Besuches, der die Beziehungen zum Nachbarland Polen verbessern und mehr Vertrauen schaffen sollte, brach Kohl diesen ab und reiste nach Berlin.¹¹⁶ Doch das Bundeskanzleramt schien von den neuesten Ereignissen genauso überrollt worden zu sein, wie die DDR-

¹¹¹ Gorbatschow, Perestroika, 41.

¹¹² Helmut Kohl: Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung, 2. Aufl., München 2014, 8.

¹¹³ Kohl, Mauerfall, 10.

¹¹⁴ Vgl. Klaus Ziemer: Zwischen Misstrauen und Hoffnung: Polen und die deutsche Vereinigung, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 514-515.

¹¹⁵ Vgl. Küsters/ Hofmann, Dokumente, 59.

¹¹⁶ Vgl. Kohl, Mauerfall, 83-88.

Führung, denn bislang wurde kein Gesamtkonzept für den Fall der Wiedervereinigung ausgearbeitet. Der Kanzler wollte zunächst behutsam vorgehen. Der Plan sah die Unterstützung wirtschaftlicher Reformen und das Anheben des Lebensstandards in der DDR vor. Die stagnierende Wirtschaft und der niedrige Lebensstandard waren nämlich die akuten Probleme des Nachbarn, die es in Form einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu lösen galt. Zu diesem Zeitpunkt investierte die BRD bereits 1,1 Milliarden DM in Post und Verkehr sowie 300 Millionen in Umweltprojekte und 1,4 Milliarden DM zur Unterstützung der Reisetätigkeit der DDR-Bevölkerung in den westlichen Teil Deutschlands.¹¹⁷

Warum aber handelte die bundesdeutsche Seite nicht gleich zielgerichtet, also Richtung Einheit? Kohl konnte in der deutschen Frage nicht alleine entscheiden. Er war auf die verbündeten Westmächte angewiesen und musste ebenso auf die Befindlichkeiten der Sowjetunion Rücksicht nehmen – schließlich waren die Vier-Mächte-Rechte immer noch in Kraft und die Reaktionen auf den Mauerfall fielen in Ost und West recht unterschiedlich aus. Während die Amerikaner die Ereignisse deutlich guthießen und auf den Wiedervereinigungsgedanken, eingebettet in einen Prozess der Demokratisierung und der europäischen Einigung, positiv reagierten, hielt der französische Präsident François Mitterrand das Streben der Deutschen nach Vereinigung zwar für legitim, die praktische Umsetzung jedoch für sehr schwierig. Er stellte klar, dass von französischer Seite dafür keine Unterstützung zu erwarten sei. Für die britische Premierministerin Margaret Thatcher stand die deutsche Vereinigung bis dato überhaupt nicht zur Diskussion.¹¹⁸ Die britische Regierung schien, so Küsters und Hofmann, nach dem Motto: „Wir sind für die Wiedervereinigung, weil wir wissen, sie findet nicht statt.“¹¹⁹ zu verfahren. Am 18. November 1989 musste Helmut Kohl am EG-Sondergipfel in Paris alle Zweifel der Verbündeten ausräumen und die Bündnistreue der Deutschen unter Beweis stellen, um den Weg zur Vereinigung zu ebnen.¹²⁰

Auch als sich die Situation in der DDR zu verschärfen begann und die Teilnehmerzahlen der Massendemonstrationen in Leipzig, Halle, Chemnitz und vielen anderen Städten in der DDR immer weiter anwuchsen, hielt sich der Bundeskanzler noch zurück, um die ohnehin instabile Lage der DDR nicht zu

¹¹⁷ Vgl. Küsters/ Hofmann, Dokumente, 59-60.

¹¹⁸ Vgl. Küsters/ Hofmann, Dokumente, 60.

¹¹⁹ Küsters/ Hofmann, Dokumente, 60.

¹²⁰ Vgl. Küsters/ Hofmann, Dokumente, 60.

verschärfen. Doch Umfrageergebnisse zeigten, dass die deutsche Öffentlichkeit ein anderes Vorgehen von ihm wünschte.¹²¹

Am 21. November stattete Nikolai Portugalow, einer der „Germanisten“¹²² in Moskau, Horst Teltschik, dem Berater Helmut Kohls, einen Besuch im Bundeskanzleramt ab. Dabei überreichte er der deutschen Seite ein Papier inoffiziellen Charakters,¹²³ das Meinungen sowjetischer Politiker zur Vereinigung enthielt und als eine Art „Köder“ gedacht war. Portugalow sollte damit die Einstellung der Bonner Regierung zur Wiedervereinigung auskundschaften.¹²⁴ Daraufhin entstand in der Bundesregierung der fälschliche Eindruck, dass sich die sowjetische Seite bereits detailliert mit der deutschen Frage auseinandergesetzt habe und man selbst in diesem Punkt ins Hintertreffen geraten war.¹²⁵ Zwei Tage nach der Überlieferung dieser wichtigen Information, traf sich Bundeskanzler Kohl mit seinen engsten Mitarbeitern, um die weitere Kommunikationsstrategie abzustimmen. Bei dieser Gelegenheit schlug Horst Teltschik vor ein realistisches Konzept zur Wiedervereinigung Deutschlands auszuarbeiten, das in der Haushaltsdebatte des Bundestages in der kommenden Woche vorgestellt werden sollte. Damit waren nicht alle einverstanden. Rudolf Seiters, damals Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes, beispielsweise befürchtete negative Auswirkungen auf die Bevölkerung der DDR und die Beziehungen zu den westlichen Verbündeten. Die Beteiligten entschlossen sich dennoch das Programm auszuarbeiten, der Kanzler selbst solle dann entscheiden, ob er es vortragen wolle oder nicht.¹²⁶ Das Zustandekommen des Programms ist demnach auf die List Portugalows zurückzuführen, die den Prozess der deutschen Einheit somit ungewollt beschleunigte.

Bereits am 25. November wurde der fertige Entwurf, der in Form von zehn Punkten verfasst worden war, dem Kanzler vorgelegt. Dieser überarbeitete ihn am darauffolgenden Wochenende höchst persönlich und entschied niemanden vorab

¹²¹ Vgl. Küsters/ Hofmann, Dokumente, 61.

¹²² Experten zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Portugalow war Mitglied der Abteilung für internationale Beziehungen des ZK.

¹²³ Vgl. Plato von, Vereinigung, 115.

¹²⁴ Vgl. Plato von, Vereinigung, 176.

¹²⁵ Vgl. Küsters/ Hofmann, Dokumente, 61-63.

¹²⁶ Vgl. Küsters/ Hofmann, Dokumente, 63.

über den Plan in Kenntnis zu setzen. Davon waren auch die Westmächte nicht ausgenommen, was eigentlich den getroffenen Abmachungen widersprach. Einzig und alleine der amerikanische Präsident erhielt noch bevor die Rede, die das Zehn-Punkte-Programm enthielt, im Bundestag gehalten werden sollte, eine Kopie und war damit theoretisch vorab informiert worden. Einerseits hing das mit der Zeitverschiebung zusammen¹²⁷ und andererseits waren die USA mächtigster und wichtigster Verbündeter der Bundesrepublik, der, um etwaiger Misstrauensbildung vorzubeugen, von allen Vorhaben der BRD vorab unterrichtet wurde.¹²⁸ Tatsächlich wurde das Programm am 28. November von Helmut Kohl in der Haushaltsdebatte des Bundestages vorgestellt¹²⁹ und schlug schon bald hohe Wellen.

Was enthielten diese zehn Punkte, die für so viel Aufsehen sorgten? Ganz kurz zusammengefasst war es ein Programm, das den Weg von einer Vertragsgemeinschaft über eine Konföderation beider Staaten bis zur Föderation, unter bestimmten Voraussetzungen und der Berücksichtigung der innerdeutschen, aber auch der internationalen Lage, beschrieb.¹³⁰ Im Detail enthielt der Plan Sofortmaßnahmen der Hilfeleistung in Bezug auf die Flüchtlingsströme aus der DDR, die Absicherung zur weiteren Zusammenarbeit und deren Ausweitung sowie einen Vorschlag der Umsetzung konföderativer Strukturen mit dem Ziel der Föderation – jeweils gebunden an konkrete Bedingungen,¹³¹ wie zum Beispiel den „grundlegenden Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR“¹³². Das erklärte Ziel Kohls war die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. Gleichzeitig betonte er, dass die Entwicklung der innerdeutschen Beziehung in den gesamteuropäischen Prozess eingebettet bleiben sollte – Deutschland also keinen Alleingang starten werde. Im Gegenteil, er zielte auf die Stärkung der europäischen Gemeinschaft ab und forderte deshalb auch Maßnahmen zur Abrüstung sowie Rüstungskontrollen innerhalb Europas.¹³³ Das war insofern von Bedeutung, als dass in Europa neben einem Alleingang Deutschlands auch dessen Annäherung an den Osten befürchtet wurde. Kohl musste seine deutschlandpolitischen Initiativen

¹²⁷ Vgl. Küsters/ Hofmann, Dokumente, 63.

¹²⁸ Vgl. Plato von, Vereinigung, 123-124.

¹²⁹ Vgl. Plato von, Vereinigung, 121.

¹³⁰ Vgl. Kohl, Mauerfall, 115-121.

¹³¹ Vgl. Protokoll der Haushaltsdebatte im Bundestag vom 28.11.1989, 13510-13514.

¹³² Protokoll der Haushaltsdebatte im Bundestag vom 28.11.1989, 13511.

¹³³ Vgl. Protokoll der Haushaltsdebatte im Bundestag vom 28.11.1989, 13512-13514.

folglich immer auf die Europapolitik ausrichten, um keinen Argwohn bei den Verbündeten zu erregen.¹³⁴

3.1. Die Sowjetunion und die Stabilität Europas

Gorbatschow zeigte sich empört. In jenen denkwürdigen Gesprächen vom 2. und 3. Dezember 1989 vor Malta mit dem amerikanischen Präsidenten, die das Ende des „Kalten Krieges“ markierten,¹³⁵ hatte er Gelegenheit seine Meinung zu den zehn Punkten Helmut Kohls gleich auf höchster Ebene kund zu tun.

„Wir haben den Eindruck, dass Herr Kohl es eilig hat, hektisch ist, nicht seriös und verantwortungsvoll agiert. [...] Aber es ist uns beiden sehr wichtig, allen zur Kenntnis zu bringen, dass bestimmte Aktivitäten den positiven Prozessen Schaden zufügen und darüber hinaus sehr wichtige und ernste Angelegenheiten, unter anderem das Vertrauen zur Regierung der BRD, in Frage stellen könnten. [...] Soll der Prozess laufen; es ist nicht nötig ihn künstlich voranzutreiben.“¹³⁶

Diese Haltung ist insofern nachvollziehbar, als dass in vorangegangenen Treffen zwischen Gorbatschow und Kohl vereinbart worden war, sich in allen grundlegenden Fragen gegenseitig zu konsultieren. Das war im Falle des Zehn-Punkte-Programms nicht geschehen.¹³⁷ Abgesehen davon bezeichnete Gorbatschow die zehn Punkte im Gespräch mit dem Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 5. Dezember 1989 als „ultimative Forderungen [...], die in Bezug auf einen selbstständigen und souveränen deutschen Staat [gemeint war die DDR] erhoben wurden“.¹³⁸ In der Tat stellten diese die Grundfeste des Sozialismus und der Planwirtschaft nicht nur in Frage, sondern forderten deren Verwerfung.¹³⁹ Immer wieder betonte Gorbatschow wie wichtig es sei, dass sich kein Staat in die Angelegenheiten eines anderen einmische¹⁴⁰ – eine Forderung die eng verwurzelt war mit dem Konzept des Neuen Denkens.

¹³⁴ Vgl. Ulrich Schallmoser: Statik und Dynamik der deutschen Frage, Marburg 1994, 157-158.

¹³⁵ So bezeichnete es auch Anatolij Tschernjajew in seinen Aufzeichnungen. (Vgl. Stefan Karner [Hrsg.]: Der Kreml und die „Wende“ 1989, Innsbruck 2014, Dokument Nr. 89, 535.)

¹³⁶ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 59, 250-251.

¹³⁷ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 61, 257.

¹³⁸ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 61, 257.

¹³⁹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 61, 260.

¹⁴⁰ Vgl. Biermann, Kreml, 336.

Ganz zentral in der sowjetischen Reaktion auf Kohls zehn Punkte erscheint das Argument der europäischen Stabilität. Diese dürfe unter keinen Umständen durch die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten gestört werden. Damit war deutlich, dass die Vereinigungsbestrebungen des Bundeskanzlers von Seiten der Sowjetunion vorerst auf Ablehnung stießen.¹⁴¹ Für Gorbatschow war die Frage der Einheit außerdem eine Frage der Ehre. Es ging darum, den Status als Siegermacht,¹⁴² der als Entschädigung für die Leiden des Krieges angesehen wurde,¹⁴³ die Vier-Mächte-Rechte, die als wichtiges Druckmittel in der deutschen Frage galten,¹⁴⁴ und den ehemals engsten Verbündeten nicht zu verlieren. Die DDR war politisch wie ökonomisch zur existentiellen Garantiemacht für die UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) geworden, fungierte als Resonanzboden in Sachen Deutschlandpolitik und war damit strategischer Vorposten gegenüber dem feindlichen Westen.¹⁴⁵

An dieser Stelle lohnt sich ein Blick in die sowjetische Presse. Die *Pravda* als Organ des Zentralkomitees der KPdSU hätte das vorschnelle Handeln des Bundeskanzlers medial aufbauschen und damit die Verstimmung des Generalsekretärs deutlicher unterstreichen können. Tatsächlich aber wurde über das Zehn-Punkte-Programm am Tag nach dessen Veröffentlichung keine Silbe verloren. Erst am 30. November 1989 erschien ein kurzer Artikel auf der vorletzten Seite des Blattes, in dem das Programm erwähnt wurde. Dieser bezog sich auf die Erklärung eines Regierungsvertreters der DDR, der sich mit dem Programm Kohls auseinandersetzte. Dessen Meinung nach hätte Kohl die Realität ignoriert und die Souveränität beider deutscher Staaten verletzt. Eine Wiedervereinigung stehe jedenfalls nicht auf der Tagesordnung. Die Stabilität zwischen den beiden deutschen Staaten sei entscheidende Voraussetzung für die Sicherheit und Stabilität in ganz Europa. Dennoch hätte Kohl interessante Vorschläge zur Zusammenarbeit zwischen BRD und DDR gemacht, die Gegenstand

¹⁴¹ Vgl. Biermann, Kreml, 337.

¹⁴² Der Große Vaterländische Krieg gilt in der russischen Erinnerungskultur bis heute als das wichtigste Ereignis der russischen Geschichte. (Vgl. Sabine R. Arnold: Stalingrad im Sowjetischen Gedächtnis. Kriegserinnerung und Geschichtsbild im totalitären Staat, Bochum 1998, 395.) Zwar seien Jahrzehnte vergangen, so Gorbatschows Frau Raissa Maximowna in einem Interview 1989, aber trotzdem gäbe es keine Familie, die ihre Liebsten nicht beweinen würde, die in jener schrecklichen Zeit ihr Leben lassen mussten. (Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 707.)

¹⁴³ Gorbatschow meinte in einem Gespräch mit Mitterrand am 25. Mai 1990, dass sich die Rechte der Sowjetunion als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges auf 27 Millionen Tote und 18 Millionen Invalide stütze. (Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 94, 418.)

¹⁴⁴ Vgl. Biermann, Kreml, 538.

¹⁴⁵ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 457.

von Verhandlungen werden könnten. Für die DDR stünden aber die Fragen nach der Sicherung des Friedens und der Abrüstung immer an erster Stelle – der Bundeskanzler habe diese in seinem Programm überhaupt nicht erwähnt. Die heimlichen Pläne der Bundesrepublik die DDR zu verschlucken, würden der Gesellschaft des deutschen sozialistischen Staates Sorge bereiten. In der Presse soll sogar ein Apell unter dem Titel „Für unser Land“ veröffentlicht worden sein, an dem sich Politiker, Wissenschaftler, Kulturschaffende, Ökonomen, die Kirche und Anhänger verschiedener demokratischer Gruppierungen beteiligt hatten, die für die Eigenständigkeit der DDR, unter der Bedingung eines veränderten Sozialismus, votierten. Andernfalls müsse sich das Volk der DDR damit abfinden, dass es unter dem ökonomischen Druck der BRD zum Verkauf sozialistischer, materieller und moralischer Werte komme; oder drastischer ausgedrückt, dass die DDR früher oder später „verschlungen“ werde.¹⁴⁶

Gleichermaßen interessant erscheint ein Artikel vom 6. Dezember 1989, der das Treffen zwischen Gorbatschow und Genscher themisierte. Auch dieser ist entgegen aller Erwartungen sehr neutral formuliert, enthält nur die sich wiederholenden Hinweise darauf, dass die Eigenstaatlichkeit der DDR die Stabilität und Sicherheit in Europa garantiere und damit ein wichtiges Instrument der Friedenserhaltung sei. Die Beziehung der beiden deutschen Staaten wurde erwähnt, wobei darauf hingewiesen wurde, dass Gespräche mit dem Ziel vermehrter Zusammenarbeit zwischen diesen geführt würden. Die zehn Punkte aber wurden nicht erwähnt.¹⁴⁷

Über beide Artikel kann folgendermaßen geurteilt werden: Helmut Kohls Forderungen wurden zwar kritisiert, das Programm in seiner vollen Länge und Bedeutung kam allerdings nicht zur Geltung. Es stellt sich nun die Frage, warum dazu in der *Pravda* nicht ausführlicher Stellung genommen wurde. Möglicherweise waren taktische Überlegungen Gorbatschows der Grund. Dieser hatte sich im Gespräch mit Genscher über das Zehn-Punkte-Programm zwar aufs Heftigste brüskiert, ließ dem aber keinerlei Konsequenzen folgen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zur BRD durften aus sowjetischer Sicht unter keinen Umständen

¹⁴⁶ Vgl. *Pravda*, 30.11.1989, Опять планы поглощения?

¹⁴⁷ Vgl. *Pravda*, 06.12.1989, Встреча М.С. Горюачинва с Г.-Д. Геншером.

riskiert werden. Folglich stünde die Nicht-Darstellung des Programms in der Sowjetunion im Interesse der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen.

Mehr noch, als die Kritik am Zehn-Punkte-Programm, scheint allerdings der Versuch verfolgt worden zu sein mit Hilfe beider Artikel unter der sowjetischen Bevölkerung Stimmung für den Erhalt der Eigenstaatlichkeit der DDR zu machen. Die „authentische“ Stimme des Regierungsvertreters und der Appell „Für unser Land“ wurden gekonnt in Szene gesetzt, um die Stimmungslandschaft in der DDR zu präsentieren. Sie spiegelt aber weniger die tatsächliche Lage in der DDR, als vielmehr die Einstellung Gorbatschows wider, der am Erhalt der Souveränität der DDR, im Sinne der Stabilität, festhalten wollte.

3.2. Frankreich und der Elysée-Vertrag

Der französische Präsident François Mitterrand anerkannte den Wunsch der Deutschen zur Wiedervereinigung, ging dabei aber von einem langfristigen Prozess – über ein Jahrzehnt hinweg – aus. Vom Fall der Mauer war er überrascht, bezeichnete die Ereignisse als „glücklich“, übte sich zunächst aber in Zurückhaltung. Seine Hauptkritikpunkte in Bezug auf Helmut Kohls zehn Punkte waren die Tatsachen, dass weder die Grenzen des künftigen Deutschland noch Europa und die Vier Mächte erwähnt wurden, dass er vorab nicht informiert worden war und, dass es sich bei Kohls Vorgehen beinahe um einen Vertragsbruch handelte. Der Elysée-Vertrag von 1963 besagte nämlich, dass sich beide Regierungen (die bundesdeutsche und die französische) zu Konsultationen verpflichtet hatten, sobald es sich um wichtige Entscheidungen im Bereich der Außenpolitik handelte.¹⁴⁸ Frankreich fürchtete, angesichts eines sich neu formierenden, wirtschaftlich sehr mächtigen deutschen Staates, um seine Rolle innerhalb Europas. Das geheime Vorgehen Helmut Kohls schürte das Misstrauen des französischen Präsidenten.

¹⁴⁸ Vgl. Rainer Hudemann: Von alten Stereotypen zum neuen Europa: Frankreich und die deutsche Vereinigung, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München: 2009, 505.

3.3. Großbritannien und der Status Quo

Großbritanniens Haltung zur deutschen Frage war geprägt durch die Einstellung Margaret Thatchers, die unter allen Umständen den Status Quo mit der Existenz zweier deutscher Staaten aufrecht zu erhalten gedachte, ungeachtet der immer instabiler werdenden Lage der DDR. Damit machte sie sich weder beim deutschen Kanzler noch bei George Bush und noch nicht einmal bei Michail Gorbatschow beliebt, obwohl dieser eine rasche Vereinigung ebenfalls ablehnte. Ihr Verhalten tendierte jedoch eher zur Konfrontation, als zum produktiven Miteinander zwischen beiden Militärblöcken. Diese sollten laut Thatcher auch keinesfalls aufgelöst werden. Hierin bestand der Unterschied zur Haltung der Sowjetunion. Diese verfolgte zwar anfänglich auch den Erhalt zweier unabhängiger deutscher Staaten, ein Ziel Gorbatschows auf dem Weg zum „Gemeinsamen Haus Europa“ (Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 59.) (der Neuordnung der europäischen Sicherheitspolitik) aber war die Auflösung der Militärblöcke. Daher kam es zur Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Auch zur USA wurden die bundesdeutschen Beziehungen enger, was für Großbritannien einen herben Schlag darstellte, pflegte man bislang doch selbst eine „special relationship“ (Heydemann, Großbritanniens Rolle, 486.) zu den Vereinigten Staaten, welche somit relativiert wurde. Die wenig konstruktive Haltung der „Eisernen Lady“, wie Thatcher genannt wurde, verstärkte diese Tendenzen weiter und führte zum gespannten Verhältnis zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik – zu unterschiedlich waren die Ziele und Haltungen in der deutschen Frage und im europäischen Einigungsprozess.¹⁴⁹

Vom Mauerfall wurde die britische Regierung ebenso überrascht wie die übrigen westlichen Länder. Damit rückte die deutsche Frage in den Mittelpunkt der europäischen Politik. In den britischen Medien wurde darüber diskutiert, dass ein neuer deutscher Staat in Europa sowie innerhalb der EG (Europäische Gemeinschaft) eine dominierende Rolle einnehmen, ja Großbritannien sogar geographisch an den Rande des Kontinentes drängen könnte. Das wiederum würde den Einfluss und die Machtposition Großbritanniens deutlich schmälern. Dazu mischte sich bei Thatchers Einstellung die Retrospektive auf zwei Weltkriege, die jeweils von einem mächtigen

¹⁴⁹ Vgl. Günther Heydemann: Großbritanniens Rolle und Politik unter Margaret Thatcher während der Wiedervereinigung Deutschlands, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 485-487.

deutschen Staat ausgingen. Doch damit nicht genug – in der deutsch-deutschen Annäherung wurde eine Gefahr für die britischen Sicherheitsinteressen gesehen sowie der Verlust des traditionellen Status als eine der Vier Mächte und der damit verbundenen Sonderrechte befürchtet.¹⁵⁰ Und nicht zuletzt, so verkündete Thatcher in einem Interview 1990 mit dem *Wall Street Journal*, würde die deutsche Vereinigung neben dem wirtschaftlichen Gleichgewicht der EG auch die Position Gorbatschows an der Spitze der Sowjetunion destabilisieren.¹⁵¹ Das Zehn-Punkte-Programm Kohls stieß bei Margaret Thatcher dementsprechend auf wenig Verständnis. Im Gegenteil, sie empfand es sogar als Provokation und ließ ihrem Ärger auf dem Straßburger EG-Gipfel im Dezember demonstrativ freien Lauf. Empört verlangte sie vom Bundeskanzler zumindest eine Erklärung zur Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze. Die Tatsache, dass das Vorgehen Helmut Kohls mit keinem der westlichen Verbündeten abgesprochen war, versetzte sie aber ebenso in Rage, wie der Umstand, dass die Rolle der NATO im Verlauf des vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Vorgehens nicht klar betont wurde. Darin sah sie den Beweis, dass sich das neue Deutschland bereits von seinen westlichen Partnern zu distanzieren begann. Als Reaktion auf das Zehn-Punkte-Programm entschloss sich Thatcher, in der Hoffnung die deutsch-deutsche Entwicklung dadurch verlangsamen zu können, zum Schulterschluss mit Frankreich, das einer Vereinigung jedenfalls zurückhaltend gegenüberstand. Mitterrand ließ sich aber nicht zum Widerstand gegen die mächtigsten westlichen Partner (BRD und USA) hinreißen, wodurch sich Großbritannien in einer isolierten Position wiederfand.¹⁵²

3.4. Die USA und die Loyalität

Die USA stachen insofern unter allen westlichen Verbündeten der BRD hervor, als dass George Bush den Wiedervereinigungsprozess und auch das Zehn-Punkte-Programm Kohls als einziger nachdrücklich unterstützte. Allerdings hatte er zunächst verdeutlicht, dass einer unberechenbaren deutschen Politik entgegenzuwirken sei und er dementsprechend keine Neutralität eines vereinigten Deutschlands akzeptieren werde. Dem bundesdeutschen Außenminister gelang es, die amerikanischen

¹⁵⁰ Vgl. Heydemann, Großbritanniens Rolle, 487.

¹⁵¹ Vgl. Schallmoser, Statik, 97-98.

¹⁵² Vgl. Heydemann, Großbritanniens Rolle, 488-489.

Befürchtungen durch eine Loyalitätsbekundung zur NATO und den Verzicht auf ein isoliertes Vorgehen der BRD auszuräumen.¹⁵³

Der geringe Widerstand von Seiten der USA lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass die Beziehungen zwischen Helmut Kohl und George Bush zu dieser Zeit sehr gut waren und der bundesdeutsche Kanzler im amerikanischen Präsidenten seinen wichtigsten Verbündeten sah, den er in allen wesentlichen Fragen konsultierte und über Entscheidungen informierte. So war es auch beim Zehn-Punkte-Programm gewesen. George Bush hatte ja als einziger den Entwurf der Rede Kohls vorab übermittelt bekommen,¹⁵⁴ was seine Sonderstellung in der Wahrnehmung des Kanzlers unterstreicht.

Am 4. Dezember legte George Bush auf der NATO-Tagung in Brüssel die „Vier Grundsätze“ seiner weiteren Deutschlandpolitik fest:

„Erstens muss die Selbstbestimmung so ausgeführt werden, dass das Ergebnis des Prozesses nicht vorweggenommen wird. Wir sollten zum jetzigen Zeitpunkt kein bestimmtes Modell der Einheit befürworten oder ausschließen. Zweitens sollte die Wiedervereinigung von dem unveränderten Bekenntnis Deutschlands zur NATO und einer mehr und mehr zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft ausgehen, und sie müsste die Rechte und Verantwortlichkeiten der alliierten Mächte gebührend berücksichtigen. Drittens müssen im Interesse der allgemeinen Stabilität in Europa Maßnahmen in Richtung auf die Wiedervereinigung friedlich, allmählich und schrittweise getroffen werden. Schließlich sollten wir in der Frage der Grenzen unser Bekenntnis zu den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki^[155] bekräftigen.“¹⁵⁶

Damit stärkte Bush dem Bundeskanzler nicht nur gegenüber Frankreich und Großbritannien den Rücken, sondern machte auch der Sowjetunion gegenüber deutlich, dass er die Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO forderte.

¹⁵³ Vgl. Bernd Stöver: »Einigermaßen überrascht«. Die USA und der Einigungsprozess, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 479-480.

¹⁵⁴ Vgl. Plato von, Vereinigung, 123-124.

¹⁵⁵ Die Schlussakte von Helsinki ist ein Vertragswerk zum Abschluss der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975, das das friedliche Zusammenleben und die Entspannungspolitik auf dem europäischen Kontinent fördern sollte. Zugleich wurde darin die Anerkennung der Souveränität und Gleichheit aller Teilnehmerstaaten (darunter auch die BRD, die DDR und UdSSR) und die Achtung und Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bekräftigt. (Vgl. Hannes Tretter [Red.]: KSZE. Die Abschlussdokumente der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa Helsinki 1975 und der Nachfolgekonferenzen Belgrad 1978 und Madrid 1983, Wien 1984, 23-102.)

¹⁵⁶ Zit. nach: Stöver, USA, 481-482.

Die Grenzfrage sollte die einzige bleiben, auf die Helmut Kohl nicht sofort einging, was beim amerikanischen Präsidenten, wie auch bei den anderen Verbündeten, auf Unverständnis stieß.¹⁵⁷

3.5. Was die DDR dazu meinte...

In der DDR wurde das Zehn-Punkte-Programm wohlwollend aufgenommen,¹⁵⁸ obwohl der Ost-Berliner Ministerpräsident Hans Modrow bereits einen Vorschlag zur Vertragsgemeinschaft zwischen der DDR und der BRD unterbreitet hatte. Dieser enthielt aus der Sicht Kohls gute Ansätze, sollte aber eigentlich den Prozess der Vereinigung verlangsamen und im Endeffekt die Zweistaatlichkeit festschreiben. Daher wurde Modrow die Initiative auch nicht alleine überlassen.¹⁵⁹ Nun sah die DDR-Regierung in Kols Programm einige diskussionswürdige Ansätze, die sie gerne aufgegriffen hätte. Das widersprach einerseits der stark ablehnenden Reaktion Moskaus, an das sich die DDR durch den Warschauer Pakt immer noch gebunden fühlte, und zeigte andererseits, dass die ostdeutsche Regierung erkannt hatte, dass das eigene Volk sich stark in Richtung Bundesrepublik orientierte. In Ostberlin wurde die Lage im eigenen Land erstmals realistischer eingeschätzt, als Gorbatschow dies tat.¹⁶⁰

3.6. Kritik aus den eigenen Reihen

Kritik zum Zehn-Punkte-Programm kam aber auch aus der Bundesregierung. So bezeichnete Außenminister Hans-Dietrich Genscher das Programm als veraltet und nicht auf die aktuellen Probleme ausgerichtet. Es ließ wichtige Fragen der Vereinigungsproblematik außer Acht.¹⁶¹ Dazu zählte er die Folgenden: „a) Was wollen wir eigentlich vereinigen? Das heißt, das ist die Grenzfrage. Und b): Was ist der Standort des vereinigten Deutschlands? Wird es Mitglied der westlichen Gemeinschaften bleiben, oder wird es ein neutralisiertes Deutschland sein?“¹⁶²

¹⁵⁷ Vgl. Plato von, Vereinigung, 147.

¹⁵⁸ Vgl. Biermann, Kreml, 337.

¹⁵⁹ Vgl. Kohl, Mauerfall, 114.

¹⁶⁰ Vgl. Biermann, Kreml, 337-338.

¹⁶¹ Vgl. Plato von, Vereinigung, 124-125.

¹⁶² Zit. nach: Plato von, Vereinigung, 125.

Alexander von Plato gibt Genscher insofern Recht, als dass das Programm auf längere Sicht nicht anwendbar war. Dennoch, und das war das Entscheidende in der Situation 1989, kann es als erster konkreter Schritt der Bonner Regierung betrachtet werden, der das Thema der deutsch-deutschen Vereinigung auf die Tagesordnung der europäischen Politik brachte und die Debatte darum eröffnete.¹⁶³

4. Die Suche nach einem sowjetischen Weg

Die Ablehnung der Sowjetunion bezüglich des Zehn-Punkte-Programms von Helmut Kohl zeigt, dass die Wiedervereinigung für Michail Gorbatschow nicht zur Diskussion stand. Das bekräftigte er bereits knapp ein Monat zuvor in einem Gespräch mit Egon Krenz, dem damaligen Generalsekretär der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands): „Vielleicht wird in einigen Jahrzehnten, [...], auch die deutsche Frage anders aussehen. [...] Mit einem Wort: Heute ist die Frage der Vereinigung Deutschlands nicht aktuell.“¹⁶⁴

In seiner Rede vor dem Zentralkomitee, am 9. Dezember 1989, bestätigte Gorbatschow diese Haltung abermals. Doch die Vertreter der Sowjetunion hielten sich nach außen hin nicht immer an diesen strengen Kurs. Der sowjetische Außenminister Schewardnadse erkannte zehn Tage nach Gorbatschows Rede im Zentralkomitee in einer Rede vor dem Europäischen Parlament, welche in voller Länge am 20. Dezember 1989 in der *Pravda* veröffentlicht wurde,¹⁶⁵ die Wiedervereinigung als prinzipielle Möglichkeit an. Gleichzeitig sprach er aber auch von Problemen, die sich dadurch für die europäische Stabilität, den Warschauer Pakt sowie für die sowjetischen Sicherheitsinteressen ergeben würden. In der Sowjetunion hatte bereits der Entwurf dieser Rede zu Entsetzen und Streit geführt. Im Westen löste sie Verwirrung aus, da Schewardnadse immer wieder Fragen aufwarf, welche er selbst nicht zu beantworten im Stande war. Das signalisierte dem Westen, dass in der sowjetischen Außenpolitik Ratlosigkeit über all diese fundamentalen Fragen herrschte. Das eigentliche Signal, welches Schewardnadse setzen wollte, war ein ganz anderes – er wollte seine Bereitschaft zur Kooperation in Sachen

¹⁶³ Vgl. Plato von, Vereinigung, 125.

¹⁶⁴ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 52, 221.

¹⁶⁵ Vgl. Pravda, 20.12.1989, Европа: Время перемен.

Wiedervereinigung zum Ausdruck bringen.¹⁶⁶ Dieses Beispiel sowie das geschilderte Missverständnis rund um Portugalow zeigen, dass es bereits verschiedene Denkansätze in der Sowjetunion gab.

4.1. Wie Deutschland vereint werden könnte

Das Protokoll einer Diskussion der deutschen Frage im Beraterstab des Generalsekretärs vom 26. Januar 1990,¹⁶⁷ welche vier Stunden dauerte und den politischen Kurs abstecken sollte,¹⁶⁸ macht deutlich, wie die obersten Ränge der Sowjetunion die Situation der DDR und BRD einschätzten. Die Beteiligten¹⁶⁹ waren sich der ausweglosen Lage der DDR sichtlich bewusst: „Die Tage der SED sind gezählt. Für uns ist sie weder Hebel noch Stütze.“¹⁷⁰, so der Chef des KGB, Wladimir Alexandrowitsch Kjrutschkow.¹⁷¹ Daher lag der Gedanke, über die BRD auf die Entwicklungen in der DDR Einfluss zu nehmen, nahe. Gorbatschow nannte in diesem Zusammenhang erstmals die Idee, Gespräche der vier Siegermächte mit Einbezug der BRD zu führen. Tschernjajew erweiterte den Kreis der Beteiligten um die DDR. Darüber sollte noch verhandelt werden.¹⁷²

Im Verlauf des Gespräches wurde immer deutlicher, dass die Mehrheit der Anwesenden bereits zu diesem Zeitpunkt mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten rechnete. Kjrutschkow brachte dies ganz direkt zum Ausdruck: „Allmählich muss man beginnen, unser Volk an eine Wiedervereinigung Deutschlands zu gewöhnen.“¹⁷³ Diese Feststellung ist von zentraler Bedeutung wenn es darum geht nachvollziehbar zu machen, warum der Weg zur Einverständniserklärung der

¹⁶⁶ Vgl. Plato von, Vereinigung, 178.

¹⁶⁷ Diese Aufzeichnungen stammen von Gorbatschows Berater Tschernjajew. Sie basieren auf keinem in der Diskussion geführten Stenogramm oder Protokoll. Der Verfasser verbürgt sich jedoch für ihre Authentizität. (Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 66, 291.) Plato allerdings konnte nachweisen, dass das angegebene Datum falsch ist. Das Treffen fand bereits am 25. Jänner statt. (Vgl. Plato von, Vereinigung, 189-190.) Es wird aus Gründen der Wiedererkennung im weiteren Verlauf dennoch der 26. Jänner angegeben.

¹⁶⁸ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 714-715.

¹⁶⁹ Dazu gehörten neben Gorbatschow die Politbüromitglieder Ryshkow, Schewardnadse, Jakowlew, Jasow und Kjrutschkow, aus der Internationalen Abteilung Falin und sein Stellvertreter Fjodorow sowie Tschernjajew, Schachnasarow und Achromejew, die den Generalsekretär in verschiedenen Angelegenheiten berieten. Die genannten Personen galten als die wichtigsten Entscheidungsträger in der deutschen Frage. (Vgl. Biermann, Kreml, 388-389.)

¹⁷⁰ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 66, 288.

¹⁷¹ Vgl. Plato von, Vereinigung, 181.

¹⁷² Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 66, 286-288.

¹⁷³ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 66, 288.

Sowjetunion zur Vereinigung so langwierig war. Die Angst vor einem vereinten Deutschland, das wirtschaftlich und politisch großen Einfluss auf Europa ausübte, war in der Sowjetunion wie auch in Großbritannien historisch bedingt. Zu präsent waren die Erinnerungen an die Verluste des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg, der durch die Deutschen ausgelöst worden war.¹⁷⁴ In weiterer Folge wurde auch über die Bündniszugehörigkeit Deutschlands diskutiert. So Gorbatschow: „Das Wichtigste ist, dass niemand damit rechnen sollte, dass ein vereinigtes Deutschland in die NATO eintritt.“¹⁷⁵ Damit war die offizielle Meinung fixiert – die Anwesenheit der sowjetischen Streitkräfte in der DDR machte einen NATO-Beitritt Deutschlands für Gorbatschow unmöglich. Erst wenn diese abgezogen seien, könnte überhaupt über die Vereinigung diskutiert werden, so der Generalsekretär. Das wiederum würde erst passieren, wenn die amerikanischen Truppen abgezogen würden. Da dies in nächster Zeit nicht zu erwarten war und es aus wirtschaftlicher Sicht eine ganze Weile dauern würde, bis die BRD die DDR in ihr System integriert hätte, ging Gorbatschow davon aus, dass der gesamte Prozess noch einige Jahre in Anspruch nehmen würde, welche sinnvoll genutzt werden sollten.¹⁷⁶

Der Hauptgedanke war aber folgender: „Eine Aktion mit „5“ oder „6“ auf unsere Initiative hin bringt uns zurück in die Rolle aktiver und nicht wegzudenkender Beteiligter an der deutschen Regelung. Dies ist eine vorteilhafte Entwicklung.“¹⁷⁷ Damit bekannte sich Gorbatschow innerhalb seines Beraterstabes zu Gesprächen zur deutsch-deutschen Wiedervereinigung, was dafür spricht, dass er persönlich kein Gegner der Vereinigung war und darin auch keine Nachteile für die Sowjetunion sah. Im Gegenteil, er wollte die verbleibende Zeit nutzen, um den sowjetischen Standpunkt in dieser Problematik sowie die Bedingungen festzulegen und klar auszuformulieren. Das hätte einer durchdachten Taktik entsprochen, die es Helmut Kohl und seinem Beraterteam schwieriger gemacht hätte, ihre Ziele zu erreichen. Schewardnadse allerdings bremste diesen sehr vorausschauenden Gedanken Gorbatschows, indem er darauf aufmerksam machte, dass für die Bundesrepublik momentan eine Vertragsgemeinschaft, welche in eine Konföderation münden sollte, vorrangige Bedeutung hatte – sich die Sowjetunion demnach nicht in eine Debatte

¹⁷⁴ Vgl. Plato von, Vereinigung, 175.

¹⁷⁵ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr.66, 287.

¹⁷⁶ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr.66, 287.

¹⁷⁷ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr.66, 287.

rund um die Wiedervereinigung einzuschalten brauche. Wenn es darum ginge, sollte die DDR selbst die Initiative ergreifen.¹⁷⁸ Diese Meinung teilte auch Jakowlew, der einen sehr interessanten Vorschlag unterbreitete, in dem er sich für den Entwurf eines Wiedervereinigungsprogramms durch Modrow stark mache. Damit würde dieser, so Jakowlew, die Sympathien des Volkes der DDR für sich gewinnen und die Sowjetunion könnte dies aktiv unterstützen. Berufen könnte sie sich darauf, dass sie seit 1946 für ein geeintes Deutschland eingetreten sei. Bedingungen wären allerdings die Neutralität Deutschlands und seine Entmilitarisierung.¹⁷⁹ Damit hätte die Sowjetunion zweifelsfrei für Aufregung gesorgt. Vor allem Großbritannien stand, wie bereits die Reaktion auf das Zahn-Punkte-Programm gezeigt hatte, einer Vereinigung äußerst skeptisch, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber. Margaret Thatcher waren im Schatten der übrigen europäischen Staaten und der USA aber die Hände gebunden. Durch das Festhalten an traditionellen Perzeptionen drohte Großbritannien politisch isoliert zu werden.¹⁸⁰ Daher baute sie darauf, dass die Sowjetunion in der Vereinigungsfrage nicht einlenken werde.¹⁸¹ Eine Hoffnung, die im Übrigen auch Mitterrand teilte.¹⁸² Gleichzeitig ist Jakowlew wohl zuzustimmen, wenn er in seinen weiteren Ausführungen davon ausgeht, dass die Sowjetunion dann als anstoßgebende Kraft des Einigungsprozesses aktiv an der Gestaltung beteiligt gewesen wäre.¹⁸³

Es wurden weitere Vorschläge gemacht. Ryschkow beispielsweise machte darauf aufmerksam, die Situation realistisch zu sehen. Die DDR sei unter keinen Umständen mehr zu erhalten. Einer Konföderation stimmte er daher zu, sofern deren Errichtung nach den Bedingungen der Sowjetunion verlaufe. Es dürfe nicht alles dem Bundeskanzler überlassen werden, da sonst die Gefahr eines dritten Weltkriegs bestehe.¹⁸⁴ Dieser Standpunkt spiegelt einerseits Ryschkows Wahrnehmung zu den aktuellen Vorgängen in der DDR wieder, die durchaus als realistisch bezeichnet werden kann. Andererseits wagte er sich, aus der historisch gewachsenen Angst vor einem mächtigen deutschen Staat, nicht so weit voraus die Wiedervereinigung als

¹⁷⁸ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr.66, 287.

¹⁷⁹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr.66, 288.

¹⁸⁰ Vgl. Heydemann, Großbritanniens Rolle, 495.

¹⁸¹ Vgl. Heydemann, Großbritanniens Rolle, 487 und 489.

¹⁸² Vgl. Angelika Praus: Das Ende einer Ausnahme. Frankreich und die Zeitenwende 1989/90, Marburg 2014, 194.

¹⁸³ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr.66, 288.

¹⁸⁴ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr.66, 288.

einen Schritt in die richtige Richtung – in die Richtung der europäischen Einigung – zu begrüßen.

Der führende Deutschlandexperte Fedorow vertrat hingegen die Meinung, dass es überhaupt nicht erforderlich sei sich mit einer möglichen Wiedervereinigung auseinanderzusetzen. Seiner Einschätzung zufolge wurde eine solche von den Menschen in der Bundesrepublik momentan nicht gewünscht. Alle Unternehmungen der Sowjetunion, eine Wiedervereinigung zu fördern, würden, so Fedorow, vor allem den gegnerischen Kräften zum Vorteil gereichen. Damit vertrat er die Linie seines Vorgesetzten Valentin Falin, der dafür plädierte die DDR weiterhin als eigenen Staat aufrecht zu erhalten. Fedorow und Falin bildeten damit den konservativen Gegenpol in diesem Gespräch.¹⁸⁵ Besonders Falins Meinung war bedeutsam, war er doch Leiter der internationalen Abteilung des ZK.¹⁸⁶

Das weitere Vorgehen wurde durch Gorbatschow danach wie folgt festgelegt: „Ich würde darauf setzen, möglichst viel Zeit zu gewinnen. Das Wichtigste ist jetzt, den Prozess in die Länge zu ziehen, wie immer auch das endgültige Ziel (Wiedervereinigung) aussehen mag.“¹⁸⁷

Fest steht: Der Vereinigungsgedanke war der Führung der Sowjetunion nicht neu. Überraschend allerdings ist die Erkenntnis, dass doch auch innerhalb des engsten Beraterstabes Gorbatschows so unterschiedliche Wahrnehmungen und Vorschläge zur Herangehensweise an die deutsche Frage existierten. Fraglich bleibt, warum Gorbatschow, trotzdem das Ende der DDR vorausgesehen wurde, ihre Eigenstaatlichkeit nach außen hin noch für längere Zeit nicht zur Disposition stellte und weshalb er die unterschiedlichen Vorschläge seines Beratungsgremiums allesamt nicht nutzte. Die Vorschläge Jakowlews und Ryschkows beispielsweise hätten mit großer Wahrscheinlichkeit dazu geführt, dass die Sowjetunion auch unter den widrigen Umständen, zumindest für eine gewisse Zeitspanne, als aktive Kraft am Verhandlungstisch mitbestimmen hätte können.

¹⁸⁵ Vgl. Karner, Kreml und Wiedervereinigung, 58. Die Äußerungen Fedorows und Falins sind in der Aufzeichnung bei Galkin und Tschernjajew leider nicht enthalten. Karner stützte sich hier auf einen Tagebucheintrag Tschernjajews.

¹⁸⁶ Vgl. Plato von, Vereinigung, 181.

¹⁸⁷ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr.66, 289.

4.2. Gegenstimmen

Aus den Dokumenten wird deutlich, dass die Meinung, die nach außen hin durch die oberste Führungsriege proklamiert wurde, keineswegs mit deren interner Einschätzung übereinstimmte. Warum aber war das Verhalten nach außen derartig passiv, ja missverständlich? Jakowlew hatte doch bereits einen Vorschlag unterbreitet, der dafür gesorgt hätte, dass das Heft des Handelns in sowjetischer Hand geblieben wäre. Die Antwort liegt unter anderem in der Sowjetunion: Jakowlews Plan berücksichtigte deren innenpolitische Probleme nicht ausreichend. Die deutsche Frage war nur eines von vielen Problemen, die Gorbatschow in dieser Zeit zu lösen hatte. Die eklatanten Versorgungsprobleme, aber auch die Reformprozesse in den Ländern des Warschauer Paktes mitsamt all ihren Schwierigkeiten erhöhten den politischen Druck auf den Generalsekretär. Zudem war Gorbatschows Position innerhalb der KPdSU alles andere als sicher. Seine Reformpolitik rief Gegner auf den Plan, die statt Glasnost und Perestroika lieber eine Rückkehr zum „alten Kurs“ gesehen hätten. Dadurch wurde die Lösung der deutschen Frage, die aus sowjetischer Sicht zunächst keine Eile hatte, auf einen anderen Zeitpunkt „verschoben“.¹⁸⁸

Hinzu kam der Umstand, dass die sowjetische Bevölkerung die Leiden, welche ihr durch die Deutschen zuteil geworden waren, noch lebhaft in Erinnerung hatte.¹⁸⁹ Das Volk sollte, laut Krjutschkow, erst an eine Wiedervereinigung gewöhnt werden.¹⁹⁰ Auch große Teile des Politbüros, die eine sehr konservative Meinung vertraten und aktive Schritte in Richtung Vereinigung erschwerten, so Schewardnadse, sahen in einem vereinten Deutschland immer noch eine Gefahr.¹⁹¹ In einem Interview ging Schewardnadse auf die Folgen dieser Problematik ein: „[...] innerhalb des Politbüros ging ein scharfer Kampf vor sich. [...] Ich kann es ihnen menschlich gar nicht übel nehmen, das war der konservative Teil und der mehrheitliche Teil im Politbüro.“¹⁹² Der sowjetische Außenminister schätzte den Einfluss der konservativen Politbüromitglieder auf seine und Gorbatschows Politik sehr hoch ein. Sie hätten die fortschrittlichen Gedanken in Richtung Vereinigung, welche ohnehin nicht aufzuhalten war, gebremst. Condoleezza Rice, damals Beraterin des amerikanischen

¹⁸⁸ Vgl. Biermann, Kreml, 326-327.

¹⁸⁹ Vgl. Biermann, Kreml, 325.

¹⁹⁰ Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 66, 288.

¹⁹¹ Vgl. Plato von, Vereinigung, 180.

¹⁹² Zit. nach: Plato von, Vereinigung, 180.

Präsidenten Bush und seines Außenministers Baker, sowie Philip D. Zelikow, Mitglied des amerikanischen Nationalen Sicherheitsrates, bestätigten in einem Interview allerdings, dass Schewardnadse seine Politik selbst oft auf konservative Mitarbeiter gestützt habe, demnach keinesfalls immer so konsensorientiert dachte, wie er dies darstellte.¹⁹³ Ob nun die eine oder die andere Sichtweise zutrifft bleibt offen. Fest steh allerdings, dass der sowjetische Außenminister mit der Zeit eine Vorreiterrolle in Bezug auf den Meinungswandel in der deutschen Frage einnahm. Dies wurde vor allem im Zuge der Vereinigungsverhandlungen deutlich. Zu den ausgesprochenen Gegnern der Politik Gorbatschows zählte unter den konservativen Mitgliedern des Politbüros der KPdSU insbesondere Jegor Kusmitsch Ligatschow. Später wandten sich auch Wladimir Alexandrowitsch Krjutschkow, der Militär und Marschall Sergej Fjodorowitsch Achromejew und Valentin Michailowitsch Falin gegen das Vorgehen des Generalsekretärs in der deutschen Frage. Interessant erscheint jedoch, dass keine der genannten Personen sich gegen die Wiedervereinigung per se wandte – denn, dass diese nicht abzuwenden war, war vorauszusehen. Sie kritisierten aber die Art und das Tempo ihrer Durchführung. Ihrer Meinung nach wurden die sowjetischen Interessen preisgegeben.¹⁹⁴ Falin verurteilte besonders, dass sich die Vereinbarungen alleine auf Kürzungen des sowjetischen Vereidigungssystems beschränkten.¹⁹⁵ Ein Gegenkonzept zu Gorbatschows Deutschlandpolitik konnten seine Gegner allerdings nicht vorlegen.¹⁹⁶

4.3. Gorbatschow zwischen zwei Stühlen

Gorbatschow war in Hinblick auf die Umbrüche in Ostmitteleuropa, die mit der deutsch-deutschen Einheit auf Grund der geographischen Lage und der historischen Bedeutung der beiden deutschen Staaten zusammenhingen, bestrebt sein Vorgehen mit den westlichen Regierungen weitest möglich zu koordinieren, um der Lage vermehrt Stabilität zu verleihen. Dazu musste er deren Einstellungen bezüglich dieser Fragen jedoch kennen und einordnen können,¹⁹⁷ was sich ob der wechselnden Einstellungen seiner Gesprächspartner als nicht einfach erwies. Ein besonderes

¹⁹³ Vgl. Plato von, Vereinigung, 180.

¹⁹⁴ Vgl. Plato von, Vereinigung, 181-187.

¹⁹⁵ Vgl. Falin, Konflikte, 162.

¹⁹⁶ Vgl. Plato von, Vereinigung, 188.

¹⁹⁷ Vgl. Biermann, Kreml, 344.

Beispiel stellte hier der französische Präsident Mitterrand dar, dessen Meinungswandel zu einem späteren Zeitpunkt noch ausschlaggebend wird.

Von Beginn an war aber auch Gorbatschows persönliche Position durch besondere Zwiespältigkeit geprägt. Einerseits war der Generalsekretär bestrebt die deutsch-deutsche Wiedervereinigung zu verhindern, was schon einen Widerspruch zu seinem Vorhaben, Europa neu zu ordnen und zu vereinen, darstellte. Andererseits wollte er jenes außenpolitische Prinzip, das seine Politik des Neuen Denkens ausmachte, nicht aufgeben – das Prinzip der „Freiheit der Wahl“. Freilich müsste dieses bei konsequenter Verfolgung auch für die DDR gelten, womit Gorbatschow sich in einer misslichen Situation wieder fand: Prinzipiell für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker eintretend, die deutsche Einheit aber ablehnend. So lange die Lage in der DDR halbwegs stabil war und das Volk die Einheit nicht von sich aus forderte, stellte das kein elementares Problem dar. Sobald aber die Rufe der Demonstranten nach der Vereinigung mit der Bundesrepublik merklich zunahmen, konnte Gorbatschow die Einheit theoretisch wie praktisch nur verhindern, indem er dem Volk der DDR sein Recht auf Selbstbestimmung verweigerte.¹⁹⁸ Angesichts der dramatischen Umbrüche in den Ländern des Ostblocks, denen Gorbatschow durch die Aufhebung der Breschnew-Doktrin¹⁹⁹ das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt hatte,²⁰⁰ war dies eine kaum denkbare Lösung.

Gorbatschow saß sprichwörtlich zwischen zwei Stühlen, die beide jeden Moment zu kippen drohten. Es hing nun alles davon ab, auf welchen der beiden er sein Gewicht verlagern würde. Diese Frage beschäftigte auch die westlichen Gesprächspartner des Generalsekretärs, allen voran natürlich die Vertreter der Bundesrepublik. Der Generalsekretär konnte oder wollte lange Zeit keine Entscheidung treffen. Das wiederum machte sich in seiner Politik und Rhetorik bemerkbar, die Ambivalenzen, Zerrissenheit und Unschlüssigkeit offenlegten.²⁰¹ Dadurch avancierte er aus der Sicht des Westens einerseits zum Schlüssel und andererseits zum größten Unsicherheitsfaktor in der Frage der deutschen Einheit.

¹⁹⁸ Vgl. Biermann, Kreml, 344.

¹⁹⁹ Diese erlaubte es der Sowjetunion in den Staaten des Warschauer Paktes militärisch zu intervenieren, sobald sie den Sozialismus gefährdet sah. Das beschränkte die Souveränität der Bruderstaaten. (Vgl. Lemke, Sowjetunion, 462.)

²⁰⁰ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 462.

²⁰¹ Vgl. Biermann, Kreml, 344.

5. Die vier „Schlüsselgespräche“

Bevor der 2+4-Prozess, die Verhandlungen beider deutscher Staaten mit den vier Siegermächten, starten konnten, musste Gorbatschow sein grundsätzliches Einverständnis zur Vereinigung geben. Angesichts der ablehnenden Haltung in der Sowjetunion gestaltete sich dieser Entscheidungsprozess schwierig. Das Gespräch zwischen Hans Modrow, dem Ministerpräsidenten der DDR, und Michail Gorbatschow am 30. Jänner 1990 – also nur vier Tage nach der Diskussion im Beraterstab Gorbatschows – gilt als eines der „Schlüsselgespräche“,²⁰² die die Meinungsbildung des sowjetischen Generalsekretärs beeinflusst haben. Die weiteren Gespräche führte der Generalsekretär jeweils gesondert mit dem Vorsitzenden der SED-PDS (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus) Gregor Gysi, dem amerikanischen Außenminister James Baker und Bundeskanzler Helmut Kohl.

5.1. Modrow ging einen Schritt voraus

Nach den üblichen einleitenden Worten bat Gorbatschow Modrow um seine Einschätzung der momentanen Lage in der DDR.²⁰³ Diese fiel ernüchternd, aber realistisch aus und konzentrierte sich auf den Zorn der Bevölkerung gegen die Partei, die dramatische Wirtschaftslage und die besorgniserregenden Auswanderungszahlen.²⁰⁴ Modrow schloss daraus: „Aus all dem folgt, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung der DDR die Idee von der Existenz zweier deutscher Staaten nicht mehr unterstützt. Und es scheint, dass es bereits unmöglich ist, diese Idee aufrechtzuerhalten.“²⁰⁵ An dieser Stelle sei ein weiteres Mal an das Beratergespräch in der sowjetischen Führungsriege erinnert, bei dem schon deutlich geworden war, dass das Wissen über den unaufhaltsamen Untergang der DDR in der Sowjetunion kein Novum darstellte. Insofern konnte Gorbatschow von den Informationen, die Modrow ihm an diesem 30. Jänner überbrachte, nicht überrascht gewesen sein.

²⁰² Alexander von Plato nannte die Gespräche Gorbatschows mit Modrow, Baker und Kohl die „Schlüssel zur Einheit“. (Vgl. Plato von, Vereinigung, 225.)

²⁰³ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 292-293.

²⁰⁴ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 293-298.

²⁰⁵ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 295.

Die argumentative Reaktion des Generalsekretärs auf Modrows Ausführungen lässt Interpretationsspielraum offen: Zunächst wiederholte er seine Kritik an der ehemaligen DDR-Führung unter Erich Honecker, welche die Zeichen der Zeit nicht erkannt habe, wodurch die notwendigen Maßnahmen erst jetzt, stark verspätet, zum Einsatz kämen. Nun, da der Gedanke der Wiedervereinigung bereits weite Verbreitung gefunden habe, sei es schwieriger Veränderungen vorzunehmen, welche den Sozialismus und die DDR als eigenständigen Staat erneuern und erhalten sollten.²⁰⁶ So weit ist Gorbatschows Argumentation nachvollziehbar. Ferner meinte er: „Die Geschäftswelt ist sich bewusst, dass, wenn der Strom der Übersiedler aus der DDR nicht aufhört, gerade sie am Ende die „Suppe auslöffeln“ muss und auch das Volk der BRD [...].“²⁰⁷ Hier ist unklar, was Gorbatschow mit dem Begriff „Geschäftswelt“ meinte. Ist es die Wirtschaft der BRD, oder der DDR? Welche konkreten Nachteile hätte der Zuwanderungsstrom für die Unternehmen im Westen gehabt? Und wenn die Geschäftswelt der DDR gemeint war, womit hätte diese die „Suppe noch auslöffeln sollen“ – sie lag doch selbst schon darnieder? Dass das Volk der BRD die Unterstützung, welche den Einwanderern aus der DDR für einen gewissen Zeitraum gewährt wurde (Begrüßungsgeld), als ungerechtfertigt empfand, belegte hingegen eine Umfrage im Februar 1990.²⁰⁸

Nach Modrows Ausführungen musste dem Generalsekretär endgültig klar geworden sein, dass die DDR knapp vor dem Zusammenbruch stand. In Anbetracht dieser Situation fiel seine Reaktion auffallend teilnahmslos aus. Modrow hatte sich „lebensrettende Maßnahmen“ aus der Sowjetunion erhofft und bekam zur Antwort: „[...] verlieren Sie nicht den Kopf, verhalten Sie sich konsequent. Sowohl in der Regierung als auch beim „Runden Tisch“ und überall sonst soll man spüren, dass in der Politik, die Modrow verfolgt, ein Inhalt vorhanden ist.“²⁰⁹ Den Untergang des eigenen Staates und der Partei vor Augen, konnte diese Hilfestellung Modrow wohl kaum zufriedenstellen, geschweige denn ihn davon überzeugen, dass dem Generalsekretär noch am Erhalt der DDR besonderes gelegen war. Dann aber gab sich Gorbatschow wieder von der kämpferischen Seite, betonte die Bedeutung des Beziehungs Dreiecks zwischen der Sowjetunion, der DDR und der Bundesrepublik und wies darauf hin, im Rahmen dieser Konstellation die Interessen der DDR, im

²⁰⁶ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 299.

²⁰⁷ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 299.

²⁰⁸ Vgl. Gerhard A. Ritter: Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen Einigung, München 2009, 23.

²⁰⁹ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 299.

Zuge ihrer Annäherung an die BRD, zu verteidigen und den laufenden Prozess beeinflussen zu wollen. Selbstsicher präsentierte er Modrow seine Möglichkeiten auch über Großbritannien, Frankreich und die USA Einfluss auf die BRD nehmen zu können.²¹⁰ Obwohl die Beziehungen zu den Westmächten mittlerweile auf einer bemüht freundschaftlichen, aber vor allem friedlich ausgerichteten Basis standen, konnte von solchen Möglichkeiten kaum eine Rede sein. Die Stellung des Westens – vor allem aus wirtschaftlicher Sicht – war unvergleichlich stabiler, als jene der Sowjetunion, welche dadurch an Einfluss einbüßte.

Es folgte der interessanteste Gesprächsabschnitt: Modrow legte einen Plan mit dem Titel „Für Deutschland, einig Vaterland“ vor, der seinen Gesinnungswandel, hin zur Bereitschaft der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in mehreren Etappen zuzustimmen, verdeutlichte²¹¹ und die DDR in einer aktiven Rolle im Vereinigungsprozess erhalten sollte.²¹² Der Plan war als Grundlage zur Diskussion über den Weg zur deutschen Einheit konzipiert, welche Modrow in Form einer Föderation, oder Union verwirklicht sehen wollte.²¹³ Gorbatschow machte einige Anmerkungen. Besonders unterstrich er, dass der Prozess im Kontext der gesamteuropäischen Entwicklung von statthen gehen müsse und, dass die militärische Neutralität der DDR und BRD unerlässlich seien, da nur so eine Schieflage im Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West verhindert werden könne.²¹⁴ Daraus kann geschlussfolgert werden, Gorbatschow hätte gegenüber Modrow bereits seine Zustimmung zur Vereinigung gegeben. Wenige Sätze später betonte er aber: „Das Wichtigste ist der Erhalt der staatlichen Souveränität der DDR, die Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten.“²¹⁵ Gorbatschow ließ Modrow in dem Glauben, dass er eine intensivere Zusammenarbeit zwischen DDR und BRD befürworte, die Eigenstaatlichkeit der DDR aber noch immer unterstützte. Tatsächlich hatten die Ereignisse aber dazu geführt, dass die Vereinigung unumgänglich

²¹⁰ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 299-300.

²¹¹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 68, 304-305. Es handelt sich bei dem, von Galkin und Tschernjajew abgedruckten, Text um die nach dem Gespräch mit Gorbatschow überarbeitete Fassung des Planes. Daher ist der Punkt zur militärischen Neutralität enthalten. Modrow hatte diesen ursprünglich nicht vorgesehen. (Vgl. Biermann, 1997, 397.)

²¹² Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 296.

²¹³ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 68, 304-305.

²¹⁴ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 300.

²¹⁵ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 301.

wurde.²¹⁶ Modrow führte fehlendes Wirtschaftswachstum, mangelnde Versorgung, die anhaltende Ausreisewelle in den Westen und die immer lauter werdende Forderung der DDR-Bevölkerung nach der Vereinigung als die wesentlichsten Faktoren an.²¹⁷ Des Weiteren kam er auf die Öllieferungen aus der Sowjetunion zu sprechen, welche der DDR und den anderen Staaten des Warschauer Paktes bislang zuteilwurden, um ihre wirtschaftliche Situation aufzubessern zu können. Diese Lieferungen waren drastisch zurückgegangen und Modrow bat um den Erhalt der vereinbarten Ölmengen. Andernfalls sei keinerlei wirtschaftlicher Spielraum vorhanden. Auf seine direkten Anfragen reagierte Nikolai Iwanowitsch Ryschkow, der als stellvertretender Ministerpräsident der Sowjetunion ebenfalls bei diesem Gespräch anwesend war, mit einem Verweis darauf, dass die Situation äußerst schwierig sei, da die Förderung um 17 Millionen Tonnen zurückgegangen sei. Er verdeutlichte zwar sein Verständnis für die Anfrage Modrows, machte aber keinerlei Versprechungen zur Hilfeleistung. Gorbatschow hingegen reagierte auf die Bitte Modrows mit einem Verweis auf die trilateralen Beziehungen zwischen der Sowjetunion, der DDR und der BRD und plädierte dafür letztere in wirtschaftlicher Hinsicht intensiver einzubeziehen.²¹⁸ Damit wälzte er praktisch die Verantwortung der wirtschaftlichen Unterstützung der maroden DDR auf die Bundesrepublik ab. Modrow antwortete, ohnehin bemüht zu sein Unterstützung aus der BRD zu erhalten, diese zeige sich allerdings noch zurückhaltend.²¹⁹ Hier zeichnete sich schon ab, dass die Sowjetunion de facto keine Möglichkeiten mehr hatte die DDR wirtschaftlich zu unterstützen, geschweige denn zu erhalten.²²⁰

Zuletzt lud Modrow Gorbatschow zu einem Besuch in die DDR ein, da dessen Anwesenheit die Lage hätte stabilisieren können. Der Generalsekretär bedankte sich, schlug jedoch vor Ryschkow zu schicken, da er selbst wegen der stürmischen Entwicklungen der Perestroika das Land kaum verlassen könne.²²¹ Er verwehrte Modrow also auch diese Bitte, wodurch er entweder seine Hilflosigkeit oder aber sein Desinteresse an der DDR zum Ausdruck brachte. Abgesehen davon, dass er Modrow Mut zuzusprechen versuchte, hatte Gorbatschow wenig zu bieten. Modrow musste ohne konkrete Unterstützungserklärung wieder zurück reisen, was nicht nur

²¹⁶ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 469.

²¹⁷ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 293-296.

²¹⁸ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 302.

²¹⁹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 302.

²²⁰ Vgl. Karner, Kreml und Wiedervereinigung, 34.

²²¹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 303.

seiner Politik schadete, sondern auch die Chancen der DDR auf den Einigungsprozess einwirken zu können weiter schmälerte. Nachvollziehbar wäre Gorbatschows Passivität für Modrow nur gewesen, wenn dieser die Entscheidungen des Beratertreffens vom 26. Jänner 1990 gekannt hätte, in welchem die „Weichen auf Vereinigung gestellt“ worden waren. Modrow aber war nicht über die Entscheidungen unterrichtet worden. Folglich konnte er nichts vom „möglichen“ Umdenken der Führungsriege der Sowjetunion in der Vereinigungsfrage wissen.²²² Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass Modrow Gorbatschow in einem späteren Interview vorwarf, seine Gedanken mit ihm nicht ausgetauscht und auch nicht offen über die Angelegenheiten der deutschen Frage gesprochen zu haben,²²³ wie es Gorbatschow selbst immer wieder, so auch am Beginn dieses Gespräches, gefordert hatte.²²⁴

Wie Gorbatschow seine Arbeitsgespräche mit Hans Modrow einschätzte, darüber geben seine Memoiren Auskunft. Sie ähnelten, so der Generalsekretär, eher einer Art „Krisenstab“ – kein Wunder in Anbetracht der sich überschlagenden Ereignisse. In Bezug auf das Gespräch vom 30. Jänner jedoch, sind die Angaben spärlich.²²⁵

Dies alles deutet darauf hin, dass das Gespräch wenig Neues für Gorbatschow enthielt, das auf seine Entscheidung in der deutschen Frage einwirken hätte können. Dem gegenüber steht Modrows Selbsteinschätzung, in der er davon ausging mit diesem Gespräch die Türe zur Einheit aufgestoßen zu haben. Später revidierte er diese Aussage in einem Interview:

„Heute würde ich sagen, dass ich da eine dumme Bemerkung gemacht habe, indem ich damals sagte: Helmut Kohl hat den Schlüssel abgeholt, den ich schon gefeilt hatte ... Aber er hat einen ganz anderen Schlüssel bekommen, als den, an dem ich gefeilt hatte.“²²⁶

Modrow musste nämlich davon ausgehen, dass die Sowjetunion am Erhalt der DDR interessiert war und, dass sie, im Falle einer Vereinigung, auf der Neutralität Deutschlands beharren würde.²²⁷ Dass dem nicht so war, zeigten die nachfolgenden Wochen. Warum Modrow in dem Glauben gelassen wurde, dass an der

²²² Vgl. Plato von, Vereinigung, 227-228.

²²³ Vgl. Plato von, Vereinigung, 228.

²²⁴ Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 67, 292.

²²⁵ Vgl. Plato von, Vereinigung, 227.

²²⁶ Zit. nach: Plato von, Vereinigung, 277.

²²⁷ Vgl. Plato von, Vereinigung, 238 und 277.

Eigenstaatlichkeit der DDR von Seiten Moskaus festgehalten werden würde, bleibt offen.²²⁸ Möglicherweise, so argumentiert Biermann, hatte Gorbatschow die gesamte Tragweite der Veränderungen in der DDR immer noch nicht vollends realisiert und ging von einer Systemreform, aber nicht von der Aufgabe der DDR aus.²²⁹ Angesichts der rasanten Entwicklungen und der intensiven Gespräche, die er in seinem Beraterstab und mit ausländischen Politikern führte, ist diese Argumentation jedoch anzuzweifeln.

Den Zeitgenossen bot sich bei ihrer Zeitungslektüre der *Pravda* folgendes Bild: Einem Portrait Modrows, samt Werdegang, Schulbildung, Studium und Parteigeschichte,²³⁰ folgte am 31. Jänner 1990 die Darstellung des Gespräches mit Gorbatschow, geziert durch ein Foto, das das entspannte Gesprächsklima, auf welches schon durch die Schlagzeile „Freundschaftliches Treffen“ hingewiesen wurde, bildlich zum Ausdruck brachte.²³¹ Dass die Wahrnehmung der Umstände keineswegs so einheitlich und die Lage angespannt war, hat das sowjetische Gesprächsprotokoll gezeigt. Der Artikel hingegen hob die Gemeinsamkeiten zwischen Sowjetunion und DDR sowie das Vorhaben verstärkt zusammenzuarbeiten hervor. Modrows Hinweis auf die Wichtigkeit, die DDR aus ihrer gesellschaftspolitischen und ökonomischen Krise zu führen, fand ebenfalls Erwähnung, ohne dass darauf jedoch näher eingegangen worden wäre.²³² Wichtige Unterschiede in der Wahrnehmung Modrows und Gorbatschows bezüglich der Notwendigkeit der Unterstützung der DDR-Wirtschaft wurden ausgelassen. Ganz zentral erscheint der nachdrückliche Verweis Gorbatschows auf die Souveränität der DDR. Bestimmte Kräfte versuchten, so wurde der Generalsekretär im Artikel zitiert, dort die Spannungen zu erhöhen.²³³ Dieser Passage, nicht vorwurfsfrei und nicht ohne gewissen Nachdruck formuliert, war der Standpunkt Gorbatschows ganz deutlich zu entnehmen: Er war gegen jegliche Art der Wiedervereinigung. Modrow indes habe eine Reihe von Ideen vorgebracht, die zur Annäherung beider deutscher Staaten und dem Bau neuer Beziehungen zur

²²⁸ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 469-470.

²²⁹ Vgl. Biermann, Kreml, 394.

²³⁰ Vgl. Pravda, 30.01.1990, К визиту в советский союз. Председатель Совета Министров ГДР Ханс Модров.

²³¹ Vgl. Pravda, 31.01.1990, Дружеская встреча.

²³² Vgl. Pravda, 31.01.1990, Дружеская встреча.

²³³ Vgl. Pravda, 31.01.1990, Дружеская встреча.

Zusammenarbeit und Partnerschaft führen sollten. Die sowjetische Seite habe mit gebührender Aufmerksamkeit, so hieß es im Artikel, diese neuen Vorschläge aufgenommen. Jedoch wurde angemerkt, dass es notwendig sei alle unmittelbar interessierten Staaten an einer Diskussion dieser Vorschläge teilnehmen zu lassen. Die Sowjetunion habe Verständnis für das Streben der Deutschen nach engerer Zusammenarbeit. Doch das sowjetische Volk sehne sich nach unverbrüchlichem Frieden, für den es einen derartig hohen Preis gezahlt habe.²³⁴ Zum Schluss sei in dem Gespräch noch auf Fragen der bilateralen Beziehung zwischen der Sowjetunion und der DDR eingegangen worden, wobei besonders die Reformen hervorgehoben wurden, welche die Verbindungen begünstigt hätten.²³⁵

Auffällig an diesem Artikel ist die Schwerpunktsetzung. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR waren seit dem Beginn von Perestroika und Glasnost, die vom Honecker-Regime²³⁶ scharf verurteilt wurden, nicht mehr so harmonisch, wie hier dargestellt.²³⁷ Der Artikel blendete genau das aus und hob Gemeinsamkeiten und Verbindungen hervor, die in Wahrheit nicht mehr entscheidend waren. Gorbatschows Aussage zur Souveränität der DDR sollte deutlich machen, dass er nach wie vor gegen eine Vereinigung war. Im Artikel wurde diese Passage auffallend harsch formuliert, während sie im Gesprächsprotokoll weit dezenter präsentiert wurde.

Modrows Ausführungen zur Annäherung beider deutscher Staaten hingegen wurden kaum kommentiert, was dem Gesprächsprotokoll ebenfalls widerspricht.

Rafael Biermann formulierte deshalb seine Wahrnehmung beider Texte wie folgt: Nämlich als würden im Protokoll und im Artikel zwei unterschiedliche Gespräche thematisiert, da die Darstellungen derartig divergieren. Fraglich bleibt allerdings, inwiefern die Aufmachung des Gespräches in der *Pravda* – der Beitrag dürfte auf höchster Ebene verfasst worden sein – als taktischer Schachzug diente.

Möglicherweise sollte der Artikel Gorbatschows wahre Einstellung zur deutschen Einheit, die er in seinem engsten Beraterkreis ja bereits zum Ausdruck gebracht hatte, vorerst noch verschleieren.²³⁸

²³⁴ Damit waren die sowjetischen Opfer des Zweiten Weltkrieges gemeint.

²³⁵ Vgl. *Pravda*, 31.01.1990, *Дружеская встреча*.

²³⁶ Erich Honecker war von 1971 bis 1989 Generalsekretär der SED und von 1976 bis 1989 DDR-Staatsvorsitzender. (Vgl. Plato von, Vereinigung, 481.)

²³⁷ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 464-465.

²³⁸ Vgl. Biermann, Kreml, 398-399.

Festzuhalten bleibt, dass die Einstellung des Generalsekretärs, die er in diesem Gespräch und auch in der *Pravda* präsentierte, obwohl er seine Sicht auf die Dinge immer als realistisch bezeichnete, im Vergleich zu Modrows, der eine Vereinigung mittlerweile unterstützte, wirklichkeitsfern war. Als Anlass zu seinem Umdenken führte Modrow die Tagung des RGW (Rat gegenseitiger Wirtschaftshilfe) am 8./9. Jänner 1990 in Sofia an, bei der er zum ersten Mal begriffen hätte, dass eine Vertragsgemeinschaft nicht ausreichen würde, um die Probleme der DDR zu lösen. Hinzu kam der drastische Zerfall der SED-PDS und die zunehmenden Rufe des Volkes nach der Vereinigung mit der Bundesrepublik.²³⁹ Modrows Plan stieß in Moskau kaum auf Begeisterung.²⁴⁰ Erst am 2. Februar 1990 wurde dieser unter dem Titel „Wie kann Deutschland vereint werden?“ in der *Pravda* veröffentlicht und somit der sowjetischen Bevölkerung zugänglich gemacht.²⁴¹ Tags darauf folgte eine Stellungnahme des sowjetischen Außenministers Schewardnadse, welcher die Vorhaben Modrows kritisierte.²⁴²

Gorbatschow vertrat die Aufrechterhaltung der deutschen Teilung zur Gewährleistung der Stabilität in Europa und der Sicherung des Friedens. Gleichzeitig war er aber offensichtlich auch nicht mehr bereit, bzw. gar nicht mehr in der Lage, die Eigenstaatlichkeit der DDR durch seine Unterstützung aufrecht zu erhalten – eine paradoxe Situation, die sich auf den Entscheidungsprozess in der deutschen Frage mit Sicherheit auswirkte.

5.2. Gysi und die blanke Wahrheit

Das zweite Gespräch in dieser hitzigen Entscheidungsphase fand mit Gregor Gysi, dem Vorsitzenden der SED-PDS am 2. Februar 1990 statt.²⁴³ Dem Treffen ging ein Artikel in der *Pravda* voraus, in dem eine Rede Gregor Gysis vor den Vertretern der Landes- und Regionalparteiorganisationen thematisiert wurde, welche zuvor im *Neuen Deutschland*²⁴⁴ abgedruckt worden war. Darin wurde immer wieder auf die Souveränität der beiden deutschen Staaten hingewiesen sowie auf deren Bedeutung für die Stabilität Europas. Die Vereinigung solle dennoch nicht aufgehalten werden,

²³⁹ Vgl. Biermann, Kreml, 385.

²⁴⁰ Vgl. Biermann, Kreml, 393-400.

²⁴¹ Vgl. Pravda, 02.02.1990, Как объединить Германию?

²⁴² Vgl. Pravda, 03.02.1990, По поводу позиции правительства ГДР.

²⁴³ Vgl. Biermann, Kreml, 402.

²⁴⁴ Sozialistische Tageszeitung in der DDR. Sie besteht bis heute.

so Gysi, was allerdings nicht bedeuten dürfe, dass ein Staat den anderen absorbiere oder ihm seine eigenen Werte aufdränge. Es müssten außerdem auf dem Weg zur Einheit noch zahlreiche Verhandlungen abgeschlossen werden.²⁴⁵ Dass der Artikel in der *Pravda* abgedruckt worden war mag überraschen, passt jedoch genau zum Verhaltensmuster des Generalsekretärs, der Zugeständnisse machte, diese öffentlich wieder dementierte und schließlich doch dazu stand. Möglicherweise sollte der Artikel also die sowjetische Öffentlichkeit von Seiten der DDR auf die bevorstehende Vereinigung vorbereiten. Bei der folgenden Passage handelt es sich um ein Zitat aus dem genannten Zeitungsartikel.

„Wir wollen ein europäisches Deutschland und kein deutsches Europa. Wir schalten uns in diesen Prozess [der Vereinigung] ein, sind aber darauf eingestellt, dass er nicht in kurzer Zeit abgeschlossen sein wird. Deshalb halten uns viele für Feinde der Vereinigung, aber das entspricht nicht den Tatsachen, erklärte G. Gysi.“²⁴⁶

Gysi bekannte sich hier eindeutig zum Prozess der Vereinigung und gab seine aktive Teilhabe daran, oder besser gesagt die der SED-PDS im Ganzen, bekannt. Allerdings rechnete er, so wie übrigens viele seiner Zeitgenossen auch, damit, dass sich dieser Prozess über eine längere Zeitspanne hinweg entwickeln würde. Das unterschied die DDR-Sichtweise von jener der Bundesrepublik und entsprach jener der Sowjetunion. Während im Osten darauf hingewiesen wurde, dass der Prozess nicht in kurzer Zeit beendet sein würde, ging man im Westen davon aus, dass die Möglichkeit dazu sehr wohl bestand, weil sie bestehen musste. Die nicht enden wollenden Flüchtlingsströme aus der DDR stellten die Bundesrepublik vor große Herausforderungen, denn Begrüßungsgeld und Unterkünfte für die Ankommenden waren begrenzte Güter.²⁴⁷

In Bezug auf das Gespräch Gregor Gysis mit Generalsekretär Gorbatschow muss Folgendes festgehalten werden: In der veröffentlichten Dokumentensammlung von Galkin und Tschernjajew fehlt das Protokoll dieser Unterredung vom 2. Februar. Stattdessen wurde eine Meldung der *Pravda* zu diesem Gespräch aufgenommen, welche tags darauf erschienen war. Wesentliche Inhalte dieser Meldung waren die

²⁴⁵ Vgl. *Pravda*, 02.02.1990, Стабилизирующий фактор.

²⁴⁶ *Pravda*, 02.02.1990, Стабилизирующий фактор.

²⁴⁷ Vgl. Karl-Rudolf Korte: Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl seit Herbst 1989, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 430-431.

Bekräftigung der Wichtigkeit demokratischer Veränderungen und die Erklärung beider Gesprächspartner, dass jede Einmischung von außen einer Unterminierung der Souveränität der DDR gleichkäme. Die Souveränität wiederum sei ein Garant für die Stabilität in Europa. Gorbatschow betonte, so ist es in dieser Meldung zu lesen, dass der Wunsch der Deutschen nach einer Annäherung und nach mehr Zusammenarbeit für die Sowjetunion nachvollziehbar sei, Druck oder ungezügelte Leidenschaften jedoch die Instabilität befördern würden.²⁴⁸ Auf eine Frage von Journalisten antwortete Gysi, dass „[...] der Vereinigungsprozess der beiden deutschen Staaten mittels einer Konföderation im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses unter Berücksichtigung der Interessen der vier Mächte erfolgen werde.“²⁴⁹ Dies werde phasenweise realisiert, in einem Vorgehen, das die Stabilisierung Europas begünstigen solle. Die richtige Abfolge der Handlungen sei von großer Wichtigkeit, damit den Interessen der Deutschen und jenen anderer europäischer Völker Rechnung getragen werde.²⁵⁰

Bahnbrechende Neuigkeiten gingen also von diesem Treffen, zumindest soweit es der Zeitungsartikel berichtet, nicht aus. Auch die weiteren Artikel in der *Pravda* sorgten für wenig Überraschung, da sie eine Fortsetzung der bisherigen Linie darstellten. Das Argument der Stabilität blieb vorherrschend. Dennoch war das Gespräch von großer Bedeutung. Gorbatschow hoffte von Gysi, der als konservativer Anhänger der Partei galt und die Einheit der deutschen Staaten grundsätzlich ablehnte,²⁵¹ eine weitere Einschätzung der Lage in der DDR zu erhalten, um Differenzen zwischen dem Präsidium der SED-PDS und Modrow ausmachen zu können. Gysis Ausführungen unterschieden sich jedoch kaum von jenen Modrows – sogar die Wiedervereinigung hielt er für unvermeidlich. Was die beiden jedoch unterschied, wurde in einem TASS-Interview vom 1. Februar 1990, das in der *Iswestija*²⁵² veröffentlicht worden war, deutlich. Gysi benannte mehrere Hindernisse, die es auf dem Weg zur Einheit zu überwinden galt. Besonders sprach er sich, trotz der Perspektive der Vereinigung, für die Beibehaltung der Planwirtschaft und die

²⁴⁸ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 70, 308-309. und Vgl. Pravda, 03.02.1990, Беседа в ЦК КПСС.

²⁴⁹ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 70, 309.

²⁵⁰ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 70, 309. und Vgl. Pravda, 03.02.1990, Беседа в ЦК КПСС.

²⁵¹ Vgl. Biermann, Kreml, 400.

²⁵² Sie war nach der *Pravda* die bedeutendste Tageszeitung der Sowjetunion. (Vgl. Brodersen, Bild, 29.)

Errichtung eines „demokratischen Sozialismus“ aus, was seine Pläne deutlich von jenen Modrows abhob.²⁵³

Nach dem Gespräch mit Gysi gab die Sowjetunion in einer TASS-Mitteilung²⁵⁴ offiziell bekannt, dass sie die Vereinigung ablehne, da sich das Präsidium der SED-PDS gegen Modrows Plan ausgesprochen habe.²⁵⁵ Das jedoch konnte unmöglich im Einklang mit der wahren Einstellung Gorbatschows stehen. Mit Gysis Meinung war ihm aus einer weiteren verlässlichen Quelle übermittelt worden, dass die Vereinigung unter keinen Umständen zu verhindern war.²⁵⁶

5.3. Baker und der amerikanische Einfluss

Am 9. Februar 1990 kam der amerikanische Außenminister James Baker zu Besuch nach Moskau, um mit Gorbatschow die aktuelle Lage zu diskutieren. Dieses Gespräch war von großer Wichtigkeit in Bezug auf die Fragen der äußeren Angelegenheiten der Vereinigung und des Mechanismus, innerhalb dessen die Verhandlungen zu diesen stattfinden sollten.²⁵⁷ Gleichzeitig zeigte es einige Widersprüche in der Haltung Gorbatschows auf, die kennzeichnend werden sollten für seine „Verhandlungstaktik“.

Zu Beginn des Gespräches wies Gorbatschow darauf hin, wie gut es sei, dass „[...] zwischen den beiden mächtigsten und einflussreichsten Ländern der Welt in dieser Zeit [...]“²⁵⁸ gute Beziehungen herrschten.²⁵⁹ Dass Gorbatschow die Sowjetunion zu den einflussreichsten und mächtigsten Ländern der Welt zählte, wirkt angesichts der immensen wirtschaftlichen Probleme, die ohne Hilfe aus dem Wesen nicht mehr zu bewältigen waren, überheblich. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass er mit dieser Formulierung versuchte der Stimme der Sowjetunion im europäischen sowie im deutschen Einigungsprozess mehr Gewicht zu verleihen und die eigene Position den Amerikanern gegenüber, die letzteren Prozess zu steuern drohten, zu

²⁵³ Vgl. Biermann, Kreml, 402.

²⁵⁴ Diese schien nicht in der *Pravda* veröffentlicht worden zu sein.

²⁵⁵ Vgl. Biermann, Kreml, 402-403.

²⁵⁶ Vgl. Biermann, Kreml, 403.

²⁵⁷ Vgl. Plato von, Vereinigung, 238-239.

²⁵⁸ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 310.

²⁵⁹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 310.

stärken. Der Gastgeber bat den amerikanischen Außenminister seine Überlegungen zur deutschen Einheit vorzutragen.²⁶⁰ Dieser hob die Geschwindigkeit der ablaufenden Prozesse hervor, mit welcher noch im Dezember niemand rechnen konnte. Wichtig waren Baker stabile Bedingungen. Er vertrat im Namen der USA die Meinung, dass ein Rahmen geschaffen werden solle, innerhalb dessen die äußeren Angelegenheiten der Vereinigung zu klären seien. Dieser sollte allerdings erst geschaffen werden, wenn beide deutschen Staaten über die inneren Fragen zu verhandeln beginnen würden. Mit Frankreich und Deutschland sei man bereits in die Diskussion über einen 2+4-Mechanismus (2 deutsche Staaten + 4 Siegermächte) eingetreten.²⁶¹ Ein Vorgehen im Rahmen der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)²⁶² wiederum wäre, so Baker, schlichtweg zu unflexibel zur Bearbeitung der deutschen Fragen.²⁶³ Näher ging er darauf nicht ein, meinte jedoch, es sei unerlässlich im Zuge der Verhandlungen auch die Besorgnisse der Nachbarländer Deutschlands in gewissem Maße zu berücksichtigen. Daher könne er sich eine Ratifizierung, des im 2+4-Mechanismus Vereinbarten, durch das KSZE-Forum vorstellen.²⁶⁴ Die Wahl des Verhandlungsmechanismus sei jedenfalls mit Bedacht zu treffen, um ein Aufflammen des deutschen Nationalismus zu verhindern.²⁶⁵

Baker spielte hier auf ein Treffen der Botschafter der vier Siegermächte am 11. Dezember 1989 in Berlin an,²⁶⁶ auf das der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der nicht hinzugezogen worden war, äußerst gereizt reagiert hatte: „Ein solches Treffen der vier Siegermächte ist hoffentlich das letzte seiner Art

²⁶⁰ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 310.

²⁶¹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 310-311.

²⁶² Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bestand zunächst aus 33 west- und osteuropäischen Staaten sowie der USA und Kanada, die in der Zeit des Kalten Krieges zu friedlichen Verhandlungen zusammentrafen. Als Meilenstein galt die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki, im Jahr 1975. Allerdings handelte es sich dabei um keinen völkerrechtlichen Vertrag, sondern um eine in gewissem Maße unverbindliche Absichtserklärung, die in den verschiedenen Teilnehmerstaaten unterschiedlich ausgelegt wurde. (Vgl. Helmut Altrichter, Hermann Wentker [Hrsg.]: Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011, 7-8.)

²⁶³ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 311.

²⁶⁴ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 311. In seinen Memoiren schrieb Baker jedoch, dass er jegliche Beteiligung der KSZE abgelehnt hätte, da diese zu „schwerfällig“ agiere. Für die Sowjetunion war das im Protokoll verzeichnete Zugeständnis, dass nach einer gesamteuropäischen Lösung des Problems mit Einbezug der KSZE gesucht werde, allerdings sehr wichtig, sollte die deutsche Einheit doch im gesamteuropäischen Kontext entstehen. Eine Ratifizierung durch die KSZE wurde allerdings nie vorgenommen. (Vgl. Plato von, Vereinigung, 244.)

²⁶⁵ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 311.

²⁶⁶ Vgl. Plato von, Vereinigung, 211-212.

gewesen. Es hat die Würde des deutschen Volkes verletzt.“²⁶⁷ Später schrieb Hans-Dietrich Genscher: „Das vereinigte Deutschland sollte ohne offene Fragen und ohne diskriminierende Auflagen in die Zukunft gehen können. [...] Einer rechtsradikalen Opposition sollte sich keine neue Chance bieten.“²⁶⁸

Die Befürchtung, dass das rechtsradikale Milieu erstarken könnte im Falle, dass Deutschland die Bedingungen der Vereinigung diktiert würden, war sichtlich groß.

Die Beziehungen, vor allem zwischen den USA und der Sowjetunion, so fuhr Baker im Gespräch fort, stünden auf einer besseren Basis denn je und die amerikanische Führung hätte keinerlei Interesse daran einseitige Vorteile herauszuschlagen.²⁶⁹ Mit der Frage der Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschland traten die Versuche der Amerikaner ihre Position in Europa zu erhalten, aber sehr deutlich zum Vorschein.²⁷⁰ Baker erklärte, dass die USA in der Tat nicht für ein neutrales Deutschland eintreten werde.²⁷¹ Das stand den Vorstellungen der sowjetischen Führung diametral gegenüber, welche die Neutralität oder eine Doppelmitgliedschaft (als Mitglied der NATO und des Warschauer Paktes) als Lösung für die Bündnisfrage favorisierte.²⁷² Grund dafür war die Befürchtung, dass, sollte eine Entscheidung zwischen der Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO oder zum Warschauer Pakt anstehen, diese zu Gunsten der NATO ausfallen würde. Einerseits wurde hierbei die Bündnisräson innerhalb der NATO-Staaten schlagend, zu denen auch die BRD gehörte und innerhalb derer die USA dominierend auftraten.²⁷³ Und andererseits befand sich der Warschauer Pakt in Auflösung.²⁷⁴ Die Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO und der damit verbundene Wechsel der DDR in das gegenüberliegende Blocksystem hätten den Warschauer Pakt noch weiter geschwächt.²⁷⁵ Der umgekehrte Fall, nämlich der Eintritt Gesamtdeutschlands in den Warschauer Pakt, wurde von sowjetischer Seite zwar auch vorgeschlagen,²⁷⁶ war aus praktischer Sicht jedoch nicht umsetzbar angesichts des unaufhaltsamen Zerfalls des

²⁶⁷ Zit. nach: Plato von, Vereinigung, 212.

²⁶⁸ Zit. nach: Plato von, Vereinigung, 213.

²⁶⁹ Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 311-312.

²⁷⁰ Vgl. Plato von, Vereinigung, 244.

²⁷¹ Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 312.

²⁷² Diese Meinung vertrat Gorbatschow bis etwa Ende Mai 1990. (Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 721.)

²⁷³ Vgl. Plato von, Vereinigung, 420-421.

²⁷⁴ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 221. und Vgl. Biermann, Kreml, 447.

²⁷⁵ Vgl. Biermann, Kreml, 524.

²⁷⁶ Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 94, 417.

Bündnisses. Die Option der Neutralität hätte demgegenüber die Möglichkeit beinhaltet beide Militärblöcke – also auch die NATO – endgültig aufzulösen,²⁷⁷ da, laut Gorbatschow (im Gespräch mit Kohl tags darauf, am 10. Februar), weder die NATO ohne die BRD, noch der Warschauer Pakt ohne die DDR überlebensfähig waren.²⁷⁸ Durch die gleichzeitige Auflösung beider Militärbündnisse wäre der Niedergang des Warschauer Paktes eher zu verkraften gewesen. Als Folge hätte ein komplett neues Ordnungssystem in Europa geschaffen werden müssen, in das die Sowjetunion nach Gorbatschows Vorstellungen hätte einbezogen werden sollen.²⁷⁹ Die USA hingegen war freilich daran interessiert ihre Truppen auf europäischem und im Speziellen auf deutschem Boden zu belassen. Ein neutraler deutscher Staat hätte allerdings den Abzug der amerikanischen – wie auch der sowjetischen Truppen – bedingt. Die Neutralität, so argumentierte Baker, bedeute nicht automatisch, dass Deutschland auf nukleare Bewaffnung verzichten müsse. Im Gegenteil, es könne sogar sein eigenes atomares Arsenal aufbauen. Würde Deutschland aber der NATO beitreten, könne es sich auf die nukleare Abschreckung der USA verlassen und brauche kein eigenes Atomkontingent. Da der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse jedoch hinterfragte, ob die Anwesenheit der amerikanischen Truppen von den europäischen Staaten tatsächlich gewünscht werde, beteuerte Baker, dass die USA ihre Streitkräfte abziehen würden, sollte deren Anwesenheit von den betroffenen Staaten nicht mehr gewünscht werden. In Bezug auf Deutschland sei er jedoch sehr sicher, dass sich die Regierung für die Präsenz der amerikanischen Truppen ausspräche.²⁸⁰ Die Nachfrage Schewardnadses machte Baker wohl deutlich, dass seine Gesprächspartner von diesen Überlegungen noch nicht überzeugt waren. Baker verdeutlichte, dass alleine die NATO die Anwesenheit der amerikanischen Truppen auf europäischem Boden ermögliche, weshalb eine Auflösung des Nordatlantischen Bündnisses für die USA nicht zur Diskussion stehe.²⁸¹ Damit versuchte er der sowjetischen Seite weißzumachen, dass die Anwesenheit der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland auch im Interesse der Sowjetunion sei.

²⁷⁷ Die Strategie der Auflösung der Militärblöcke verfolgten vor allem Gorbatschow und Mitterrand. (Vgl. Plato von, Vereinigung, 343-346.)

²⁷⁸ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 72, 329.

²⁷⁹ Das „Gemeinsame Haus Europa“ (Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 59-60.)

²⁸⁰ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 312.

²⁸¹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 312.

Warum dies seiner Meinung nach so war, blieb offen.²⁸² Gleichzeitig, so Baker, begreife er auch,

„[...] dass es nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für die anderen europäischen Länder wichtig ist, Garantien dafür zu haben, dass – wenn die Vereinigten Staaten ihre Anwesenheit in Deutschland im Rahmen der NATO aufrechterhalten – die Jurisdiktion oder militärische Präsenz der NATO in östlicher Richtung um keinen einzigen Zoll ausgedehnt wird.“²⁸³

Für diese Garantien müsste innerhalb der Beratungen des 2+4-Mechanismus gesorgt werden.²⁸⁴ Von Plato geht davon aus, dass damit die Nicht-Ausdehnung der NATO auf den östlichen Teil Deutschlands (DDR) gemeint war. Bei eingehender Betrachtung fällt, so von Plato, auf, dass Baker hier versuchte einen Handel einzugehen. Allerdings bot er die Nicht-Ausdehnung der NATO nicht im Gegenzug zur Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen Einheit an, sondern zur Akzeptanz der Präsenz der amerikanischen Streitkräfte auf europäischem Boden im Falle der Vereinigung. Das selbstbezogene Handeln der USA trat hier, entgegen der Beteuerungen Bakers, sehr deutlich zum Vorschein.²⁸⁵

Gorbatschow reagierte auf die Frage des Verhandlungsmechanismus zur deutschen Einheit, indem er darauf aufmerksam machte, dass es ein solcher sein müsse, der die Stabilität in Europa garantiere. Es dürfe nicht geschehen, dass die Lage auf irgendeine Art und Weise verschlechtert werde. Allerdings müsse auch über eine ganze Reihe an Fragen nachgedacht werden, die im Rahmen der Vereinigung auftauchen und die in den europäischen Ländern auf unterschiedlichste Weise wahrgenommen und gewichtet würden. Er führte Polen, die Tschechoslowakei, Frankreich und Großbritannien als Beispiele an. Aus diesem Grund sei es wichtig den begonnenen Prozess in geregelte Bahnen zu lenken. Damit kam der Generalsekretär auf die Frage des Verhandlungsmechanismus zurück und meinte, dass darüber noch kein Einvernehmen herrsche, man aber weiter danach suchen müsse.²⁸⁶

²⁸² Vgl. Plato von, Vereinigung, 246.

²⁸³ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 312.

²⁸⁴ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 312.

²⁸⁵ Vgl. Plato von, Vereinigung, 246.

²⁸⁶ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 312-313.

Dann berichtete Gorbatschow von einem Symposium,²⁸⁷ bei dem sich die Mehrheit der Anwesenden für eine Konföderation ausgesprochen habe. Es handelte sich um Vertreter von Parteien und anderen Gruppierungen sowohl aus der DDR als auch aus der BRD. Einzig die SED-PDS war nicht vertreten.²⁸⁸ Irritierend wirkt die Aussage, dass die Mehrheit der Vertreter aus beiden Teilen Deutschlands für eine Konföderation gestimmt haben soll. Besonders in Bezug auf die Parteilandschaft in beiden deutschen Staaten ist dies unglaublich, da in der DDR vor den bevorstehenden Volkskammerwahlen alle Parteien die Vereinigung befürworteten und in der BRD die Gegenstimmen ohnehin rar waren.²⁸⁹ Gorbatschow erwähnte im Gespräch mit Baker nicht, wer genau zu den Teilnehmern dieses Symposiums gehörte. Denkbar wäre, dass es Angehörige oppositioneller Gruppierungen waren, die die Umwandlung der DDR im Herbst 1989 mitgetragen hatten, aber für die Beibehaltung der Eigenstaatlichkeit und eine neue Form des Sozialismus plädierten,²⁹⁰ wodurch eine Stimmenmehrheit für die Konföderation entstanden sein könnte. Das entsprach genau dem, was der Generalsekretär in den Verhandlungen mit dem Westen brauchte – „authentische“ Stimmen, die sich gegen eine Föderation aussprachen – denn er wollte den Vereinigungsprozess so lange als möglich vor sich herschieben. Dass gerade diese Gruppe nicht repräsentabel für den Volkswillen in der DDR war, muss nicht erst bewiesen werden. Umso mehr überrascht es, dass Gorbatschow das Symposium im Gespräch mit Baker überhaupt erwähnte. Es verdeutlicht, dass sich der Generalsekretär ein weiteres Mal den wahren Gegebenheiten gegenüber blind zeigte und sich bildlich gesprochen an jeden Strohhalm, den er noch fassen konnte, klammerte, um die deutsche Einheit zu verhindern.

Interessanterweise ging Gorbatschow auch auf die Kosten der Vereinigung ein, welche für die BRD anfallen und sich in den folgenden acht bis zehn Jahren auf 50 Milliarden Mark belaufen würden.²⁹¹ Gorbatschow versuchte zu argumentieren, dass die Deutschen einer Vereinigung wohl nicht so begeistert gegenüberstünden, wenn sie die ganze Wahrheit über die budgetären Belastungen wüssten.²⁹² Bakers

²⁸⁷ Dieses wurde von der Evangelischen Akademie organisiert.

²⁸⁸ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 314.

²⁸⁹ Vgl. Korte, Deutschlandpolitik, 431-432.

²⁹⁰ Vgl. Ilko-Sascha Kowalcuk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, 237.

²⁹¹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 315.

²⁹² Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 315.

Gegenargument wog bestimmt schwerer. Er war der Meinung, dass der ökonomische Preis der Vereinigung von den Emotionen der Menschen, also dem Streben zur Vereinigung überspült werde.²⁹³ Der emotionale Faktor sollte unter keinen Umständen unterschätzt werden. Der Generalsekretär meinte jedoch, dass es ungeheuer wichtig sei, der „Welle der Emotionen“ (Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 315.), gemeint war damit die Stimmung in beiden deutschen Staaten hinsichtlich der Vereinigung, nicht nachzugeben, sondern den ablaufenden Prozess unter Kontrolle zu halten. Darum wolle er weiterhin mit dem amerikanischen Präsidenten in Kontakt bleiben, um aufkommende Fragen und Ideen mit diesem erörtern zu können.²⁹⁴

Zuletzt erreichte das Gespräch seinen Höhepunkt: Der amerikanische Außenminister ergriff die Gelegenheit und fragte Gorbatschow, ob er, sollte die Vereinigung stattfinden, lieber ein vereintes Deutschland mit Neutralitätsstatus und ohne amerikanische Streitkräfte sehen würde, oder ein Deutschland innerhalb der NATO mitsamt einer Garantie dafür, dass Jurisdiktion und Streitkräfte des Nordatlantischen Bündnisses nicht in Richtung Osten erweitert würden. In sichtlich gespannter Erwartung musste Gorbatschows Antwort ernüchternd gewirkt haben: „Wir werden dies alles durchdenken. Wir beabsichtigen, alle diese Fragen auf der Führungsebene gründlich zu erörtern. Selbstverständlich ist es klar, dass eine Ausdehnung der NATO-Zone inakzeptabel ist.“²⁹⁵ Gorbatschow spann seine Gedanken jedoch noch weiter: „In der Tat, wenn es [Deutschland] sich außerhalb der europäischen Strukturen befindet, dann kann sich die Geschichte wiederholen. [...] Wenn es im Rahmen der europäischen Strukturen existiert, dann kann man diesen Prozess verhindern.“²⁹⁶

Diese Aussagen sind nahezu bahnbrechend. Gorbatschow hatte zugegeben, dass die Neutralität Deutschlands Probleme in Europa schaffen könnte. Andererseits wollte er sich keinesfalls schon festlegen. Der amerikanische Außenminister konnte dennoch mit der Gewissheit, bei Gorbatschow einen wichtigen Denkprozess angestoßen zu haben, nach Hause reisen. Welche Auswirkungen dieser haben sollte, würde sich erst später zeigen: Bakers Versprechen die NATO nicht weiter Richtung Osten

²⁹³ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 315.

²⁹⁴ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 315.

²⁹⁵ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 315-316.

²⁹⁶ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 316.

auszudehnen, sollte Grundlage eines Kompromisses werden, den Gorbatschow, laut eigener Aussage, zum damaligen Zeitpunkt noch nicht bereit war einzugehen.²⁹⁷

Trotz aller Wichtigkeit, die dem Thema der deutschen Einheit heutzutage und auch damals schon aus deutscher Perspektive eingeräumt wurde, sollte nicht missachtet werden, dass die deutsche Vereinigung nur einen kleinen Teil der Gespräche, die Gorbatschow, bzw. Schewardnadse und Baker im Februar 1990 in Moskau führten, bestimmte. Ein Blick in die damalige Presse zeigt, dass die Schwerpunkte auf ganz anderen, vorwiegend innenpolitischen, Themen lagen. In der *Pravda* erschien bereits am 5. Februar eine kurze Ankündigungsnotiz.²⁹⁸ Es folgte tags darauf ein Artikel, der die Ziele Bakers für seinen Besuch darlegte.²⁹⁹ In derselben Ausgabe vom 6. Februar erschien ein Interview mit Bakers Assistenten, der ebenfalls über die Kernthemen der folgenden Gespräche berichtete.³⁰⁰ Schließlich wurde am 7. Februar noch ein Artikel veröffentlicht, der die Bedeutung der Fortsetzung des sowjetisch-amerikanischen Dialoges unterstrich. Der Besuch Bakers wurde als das wichtigste politische Treffen seit den Gesprächen in Malta zwischen Michail Gorbatschow und George Bush im Dezember 1989 bezeichnet,³⁰¹ welcher dem Generalsekretär damals zum ersten Mal in der Funktion des amerikanischen Präsidenten begegnet war.³⁰² Der Artikel führte die Themen der bevorstehenden Verhandlungen, den jeweiligen Status Quo sowie mögliche Fortschritte an.³⁰³ Die deutsche Frage wurde in keinem der aufgezählten Beiträge erwähnt. Von der Ankunft Bakers war am 8. Februar in einer Notiz nochmals zu lesen, welche auch auf das bevorstehende Gespräch des amerikanischen Außenministers mit Eduard Schewardnadse hinwies.³⁰⁴ Über dieses Gespräch erschien am 9. Februar ein Artikel, der sich mit der Sicherheits- und Abrüstungspolitik zwischen der Sowjetunion und den USA, aber auch mit internationalen Problemen beschäftigte. Europa fand nur kurz Erwähnung in Zusammenhang mit den Themen Sicherheit und Zusammenarbeit.³⁰⁵

²⁹⁷ Vgl. Gorbatschow, *Erinnerungen*, 716.

²⁹⁸ Vgl. *Pravda*, 05.02.1990, *День за днём*.

²⁹⁹ Vgl. *Pravda*, 06.02.1990, *Перед поездкой*.

³⁰⁰ Vgl. *Pravda*, 06.02.1990, «Положение изменилось радикально».

³⁰¹ Vgl. *Pravda*, 07.02.1990, *На пути к встрече в верхах*

³⁰² Vgl. Biermann, *Kreml*, 345.

³⁰³ Vgl. *Pravda*, 07.02.1990, *На пути к встрече в верхах*.

³⁰⁴ Vgl. *Pravda*, 08.02. 1990, *Прибытие в Москву*.

³⁰⁵ Vgl. *Pravda*, 09.02.1990, *Советско-американские переговоры*.

Am 10. Februar folgten noch zwei weitere Artikel, von denen einer den Abschluss der Gespräche thematisierte³⁰⁶ und der zweite sehr detailliert auf das Gespräch zwischen Gorbatschow und Baker einging, welches auch in Form des Gesprächsprotokolls hier behandelt wurde. Im letztgenannten Artikel, der gemeinsam mit einem Foto der Gesprächspartner auf der Titelseite des Blattes abgedruckt worden war, wurde die deutsche Frage zum ersten und einzigen Mal in Zusammenhang mit dem Besuch Bakers in der *Pravda* erwähnt. Darin war zu lesen, dass Gorbatschow und Baker ausführlich über eine mögliche Vereinigung diskutiert hatten. Es gab einen Meinungsaustausch zur momentanen Lage und die Gesprächspartner informierten sich gegenseitig über ihre Kontakte zu beiden deutschen Staaten. Zu Vereinbarungen sei es jedoch nicht gekommen. Einigkeit, so der Artikel, herrschte darüber, dass der Vereinigungsprozess im gesamteuropäischen Kontext ablaufen müsse. Ein neues Deutschland müsse ein friedliebender Staat werden, der mit seinen Nachbarn und allen anderen Ländern in gleichberechtigter Zusammenarbeit existiert und für niemanden eine Gefahr darstellt.³⁰⁷

Ein letzter sehr ausführlicher Artikel zum Besuch Bakers erschien am 11. Februar – die deutsche Frage wurde auch hier ausgelassen.³⁰⁸

Das Resümee der Sichtung der *Pravda* fällt folgendermaßen aus: Der Besuch Bakers stand einige Tage vor dessen Ankunft und zumindest einen Tag nach seiner Abreise im Zentrum der Berichterstattung. Vordergründige Themen waren allerdings die sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit und die Abrüstungs- und Sicherheitspolitik. Die deutsche Frage machte nur einen sehr kleinen Teil der Gespräche aus und wurde daher auch in der *Pravda* nur am Rande erwähnt. Hier stehen sich zwei unterschiedliche Sichtweisen gegenüber: Die Analyse des Gesprächsprotokolls hat gezeigt, dass es dem amerikanischen Außenminister bewusst oder unbewusst gelungen war bei Gorbatschow einen Umdenkprozess einzuleiten, der für die deutsche Einheit keineswegs als belanglos gelten kann. Für die *Pravda* hingegen war die deutsche Frage ein winziger Teil dieser wichtigen Gespräche, in welchem keine entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen wurden. Warum diese Diskrepanz? Möglicherweise sollte über den Gesprächspunkt „Deutsche Einheit“, auf Anweisung des sowjetischen Generalsekretärs, nicht mehr geschrieben werden. Die deutsche Frage war immer noch ein heikles Thema, das die

³⁰⁶ Vgl. *Pravda*, 10.02.1990, Завершение советско-американских переговоров.

³⁰⁷ Vgl. *Pravda*, 10.02.1990, Встреча М. С. Горбачева с Дж. Бейкером.

³⁰⁸ Vgl. *Pravda*, 11.02.1990, Совместное заявление.

gute Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA sowie das freundschaftliche Bild, das der Bevölkerung durch die Presse buchstäblich aufgemalt wurde, empfindlich stören konnte. Andererseits war das Wirkungsfeld der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen weitaus größer, als dass es sich nur auf Europa konzentriert hätte. Andere Problemfelder drängten auch auf Lösungen.

5.4. Kohl und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker

Bereits am nächsten Tag empfing der Generalsekretär Bundeskanzler Kohl zu einem Gespräch, bei dem auch Horst Teltschik und Anatolij Tschernjajew, die Berater der beiden Gesprächspartner, anwesend waren.³⁰⁹

Die Verhandlungsposition des Bundeskanzlers war sehr gut: In der DDR deutete alles auf die Vereinigung hin, der Termin zur Volkskammerwahl war auf den 18. März vorverlegt worden, die SED-PDS geriet weiter in Bedrängnis, die Beziehung der BRD zu den USA war sehr eng, was der Ablehnung der britischen Premierministerin gegenüber der deutschen Vereinigung den Wind aus den Segeln nahm. Auch Mitterrands Beharren darauf, den deutschen Einigungsprozess hinter den europäischen zu stellen, verlor angesichts der rasanten Entwicklung an Bedeutung. Zuletzt beschränkte sich auch der polnische Außenminister Mazowiecki, der sich bislang an der Grenzfrage gestoßen hatte, auf Kreditwünsche, welche er gegenüber der Bundesrepublik bekundete. Das vorrangige Anliegen des Bundeskanzlers bestand folglich darin, eine Einverständniserklärung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung einzuholen, damit die Verhandlungen zu deren äußeren Aspekten in Angriff genommen werden konnten.³¹⁰

Lohnend ist an dieser Stelle ein Blick zurück auf die Vorhaben, die sich Gorbatschow im Rahmen des Gespräches mit seinem Beraterstab am 26. Jänner gesteckt hatte. Er wollte dem Bundeskanzler deutlich machen, dass Frankreich und

³⁰⁹ Das Gespräch wurde sowohl im sowjetischen Protokollband als auch in der bundesdeutschen Edition abgedruckt. Beide Fassungen wurden einem Vergleich unterzogen, der gezeigt hat, dass Unterschiede nur bei der Detailliertheit der Aufzeichnungen auszumachen sind. So ist das bundesdeutsche Protokoll umfangreicher, was sich aber nicht auf den Inhalt des Gespräches oder die mögliche Interpretation in Bezug auf die Fragestellungen dieser Arbeit auswirkt. Darum wird in diesem Abschnitt alleine auf die sowjetische Fassung verwiesen, welche durch die dialogische Form gut zitierbar ist.

³¹⁰ Vgl. Plato von, Vereinigung, 254 und 256.

Großbritannien ebenfalls gegen die Wiedervereinigung seien, ihre Position angesichts der starken Befürwortung von Seiten der USA aber nicht effizient nach außen vertraten,³¹¹ und somit der Anschein geweckt wurde, dass nur die Sowjetunion sich gegen die Vereinigung sträube. Gorbatschow wollte die sowjetischen Truppen keinesfalls aus Deutschland abziehen, solange Amerika nicht selbiges unternehme. Die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland würde er unter keinen Umständen zulassen und außerdem wollte er Kohl gegen die SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) in Deutschland ausspielen, um bessere Karten in der Hand zu haben.³¹² Welche dieser Vorhaben schlussendlich in die Tat umgesetzt wurden, ist dem Gesprächsprotokoll zu entnehmen:

Gleich nach den einleitenden Begrüßungsworten übergab Gorbatschow das Wort an seinen Gast. Die Reformen Gorbatschows in der Sowjetunion hätten vieles in Bewegung gesetzt und stießen auch in der Bundesrepublik auf Sympathien, so der Bundeskanzler. Es sei ihm deshalb gelungen die Zustimmung der Regierung zur Bereitstellung finanzieller Hilfe zur Beschaffung von Lebensmittellieferungen für die Sowjetunion zu erhalten, was der dortigen Versorgungsnotlage vorübergehend Abhilfe schaffen sollte. Kohl setzte mit einer Lageanalyse fort, in der er, wie seine Kollegen zuvor auch, die rasante Entwicklung hervorhob und sein Interesse an der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den USA bekundete. Die Verknüpfung des deutschen Einheitsprozesses mit dem Prozess der europäischen Einigung stellte Kohl bildlich durch die Metapher zweier Schienen dar, von denen eine durch Deutschland verlaufe und dessen innere Interessen betreffe. Die andere führe an den Nachbarländern, zu denen auch die Sowjetunion zähle, vorbei und belange deren Bedürfnisse nach Sicherheit. Beide Gleise seien eng miteinander verbunden.³¹³ Dann referierte Kohl über die Lage in der DDR und insbesondere die Ausreisewelle, den Zusammenbruch der staatlichen Autorität und deren Folgen. Außerdem versucht er eine Vorschau davon zu geben, was sich nach den Wahlen in der DDR ereignen würde, nämlich das weitere Anwachsen der Stimmen für eine Vereinigung mit der

³¹¹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 66, 287 und 290. Tatsächlich übernahm Amerika immer wieder eine Vermittlerrolle, um die Vorbehalte in Frankreich und Großbritannien auszuräumen. (Vgl. Josef Joffe: Amerikas Rolle bei der Vereinigung Deutschlands – Deutschlands Rolle in der Welt, In: Josef Becker [Hrsg.]: Wiedervereinigung in Mitteleuropa. Außen- und Innenansichten zur staatlichen Einheit Deutschlands, München 1992, 22.)

³¹² Vgl. Plato von, Vereinigung, 260.

³¹³ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 72, 317-319.

BRD. Um die Wirtschaft in der DDR zu stabilisieren und so die Menschen zu motivieren im eigenen Land zu bleiben, schlug Kohl eine Währungsunion vor, wollte aber im Einvernehmen mit dem Generalsekretär handeln. Um Bedenken Gorbatschows bezüglich der Grenzfrage auszuräumen, versicherte Kohl, dass diese in keiner Weise zu beunruhigen brauche – das geeinte deutsche Parlament und die neue Regierung würden, wenn alles wie prognostiziert verlaufe, einen endgültigen Beschluss darüber fassen. Was den militärischen Status des vereinten Deutschland betraf, so lehnte Kohl die Neutralität gerade heraus ab, ja bezeichnete sie sogar als „historische Dummheit“. Gleichzeitig beteuerte er aber, dass es einer vernünftigen Regelung bedürfe, da der Wirkungsbereich der NATO keinesfalls ausgeweitet werden sollte.³¹⁴

Gorbatschow begegnete Kohls Ausführungen mit Fragen zur wirtschaftlichen Stabilität in der DDR. Kohl antwortete, dass dort ein anderes Wirtschaftssystem von Nöten sei, woraufhin Gorbatschow wissen wollte, ob für die Umsetzung der Währungsunion ein zeitlicher Rahmen angedacht sei. Kohl entgegnete, dass das Tempo der Umwandlungen von den Menschen in der DDR bestimmt werde. Es sei durchaus möglich, die Währungsunion bereits nach den Wahlen durchzuführen. Gorbatschow schwenkte über zur Grenzfrage, welche er in den Verträgen von Moskau und Warschau reguliert sah. Kohl entgegnete, dass diese Verträge mit der BRD geschlossen worden waren und durch ein gesamtdeutsches Parlament bestätigt werden müssten. Der Inhalt der Verträge, also die Grenzen, sollten nicht angetastet werden.³¹⁵

Als zentral befand der sowjetische Generalsekretär die Frage des militärischen Status des vereinten Deutschland.³¹⁶ Kohl reagierte, indem er das Recht der Sowjetunion auf die Gewährleistung ihrer Sicherheit ansprach und betonte, wie wichtig es sei das gegenseitige Vertrauen zu stärken. Letzterer Punkt betreffe auch die USA, Großbritannien und Frankreich. Das neue Deutschland werde jene Verpflichtungen im Bereich der atomaren, biologischen und chemischen Waffen übernehmen, welche bereits die BRD getragen hatte.³¹⁷ Damit umschiffte der

³¹⁴ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 72, 319-322.

³¹⁵ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 72, 323. Im deutschen Gesprächsprotokoll hakte der Generalsekretär noch zwei Mal nach, meinte die Verträge müssten nicht bestätigt, sondern bekräftigt werden. (Vgl. Küsters/ Hofmann, Dokumente, Dokument Nr. 174, 799-800.)

³¹⁶ Dem deutschen Protokoll zu Folge sprach Helmut Kohl als erster die Statusfrage an und bezeichnete sie als „Hauptfrage“. (Vgl. Küsters/ Hofmann, Dokumente, Dokument Nr. 174, 800.)

³¹⁷ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 72, 324.

Bundeskanzler die heikle militärpolitische Statusfrage, deren Lösung momentan noch nicht absehbar war.

Das Gespräch wurde für die bundesdeutsche Seite brisant, als Gorbatschow schließlich doch offiziell Position zur Vereinigungsfrage bezog:

„Wahrscheinlich kann man sagen, dass zwischen der Sowjetunion, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Einheit der deutschen Nation bestehen [...] Kurzum, im wichtigsten Ausgangspunkt besteht Einvernehmen: Die Deutschen selbst müssen ihre Wahl treffen. Und sie sollen diese unsere Position kennen.“³¹⁸

Diese Aussage galt als Meilenstein auf dem Weg zur Einheit und wurde im sowjetischen und bundesdeutschen Protokoll deckungsgleich wiedergegeben. Der Bundeskanzler fragte ein zweites Mal nach, um sicher gehen zu können, dass er den Generalsekretär auch richtig verstanden hatte. Dieser bestätigte seine Aussage und begründete sie damit, dass das deutsche Volk aus seiner Geschichte gelernt und daraus auch Konsequenzen für die Zukunft gezogen habe.³¹⁹ Besonderes Zeichen dafür seien die „[...] Erklärungen, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe.“³²⁰ Damit hatte Gorbatschow das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Ost und West am 10. Februar 1990 offiziell anerkannt und den Weg zu Vereinigungsverhandlungen frei gegeben. Doch woher kam dieser plötzliche Sinneswandel?

Es war im Ergebnis kein plötzlicher Sinneswandel, schließlich wurde intern mit der Vereinigung gerechnet. Gorbatschows anfängliches Beharren auf der Souveränität der DDR lässt sich aus mehreren Gründen ableiten. Zum einen war die DDR der wichtigste Verbündete der Sowjetunion innerhalb des Warschauer Paktes – sowohl politisch gesehen als auch wirtschaftlich. Und zum anderen galt sie immer noch als letzter Stein eines ehemals sozialistischen Bollwerks gegen den kapitalistischen Westen, erfüllte eine Rolle als Resonanzboden für die sowjetische Deutschlandpolitik³²¹ und hatte somit strategische, ideologische wie emotionale Bedeutung.³²² Der Erhalt der DDR wäre außerdem für Gorbatschows politische

³¹⁸ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 72, 326. und Küsters/ Hofmann, Dokumente, Dokument Nr. 174, 801.

³¹⁹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 72, 326.

³²⁰ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 72, 326.

³²¹ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 456-457.

³²² Vgl. Oldenburg, Erneuerung, 9.

Absicherung innerhalb der Sowjetunion wichtig gewesen – ein großer Teil der Mitglieder des Politbüros vertrat eine konservative Linie und war gegen die Vereinigung.³²³ Die sowjetische Deutschlandpolitik war seit Anfang der 50er Jahre drauf ausgelegt die DDR zu erhalten.³²⁴ Besonders die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den beiden Ostblockländern waren sehr eng gewesen.³²⁵ Die Bande zwischen der DDR und der Sowjetunion waren über Jahrzehnte hindurch fest geknüpft worden – die Knoten zu lösen bedurfte großer Überzeugungskraft. Doch die Ereignisse überschlugen sich. Um nicht hinter der Entwicklung herzuhinken, bedurfte es großer Flexibilität,³²⁶ die Gorbatschow im Gespräch mit Helmut Kohl durch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes unter Beweis stellte. Was er den Ländern des Warschauer Paktes durch das Aufheben der Breschnew-Doktrin zuerkannt hatte, gemeint ist das Selbstbestimmungsrecht, konnte er den Deutschen nun nicht länger verweigern.³²⁷

Wann genau Gorbatschow sich entschieden hatte der Wiedervereinigung zuzustimmen – welches der vier beschriebenen Gespräche also den „Schlüssel zur Einheit“ darstellte, beziehungsweise ob sich der Generalsekretär vielleicht schon vorher festgelegt hatte – ist umstritten. So schreibt Lemke, dass die Entscheidung zur Aufgabe der DDR bereits am 26. Jänner, in der hitzigen Gesprächsrunde der engsten Mitarbeiter Gorbatschows gefallen sei, als ein allgemeines Bewusstsein dafür entstanden war, dass der Zerfall der DDR nicht mehr zu vereiteln sei.³²⁸ Alexander von Plato stimmt damit überein.³²⁹ Biermann hingegen sieht die zurückhaltende, eher ablehnende Reaktion auf den Plan Modrows als Beweis dafür, dass Gorbatschow nach dem Gespräch mit diesem und auch vorher noch zu keiner endgültigen Entscheidung gekommen war. Erstens bestanden bei Gorbatschow immer noch Zweifel darüber, dass die deutsche Bevölkerung die Einheit tatsächlich haben wollte. Zweitens wurde Modrows Plan als zu weitreichend und dessen Vorgehen als kaum erfolgsversprechend empfunden. Und drittens hatte die SED-PDS, der Modrow selbst angehörte, dessen Vorschläge sowie die gesamte deutsche Föderation

³²³ Vgl. Plato von, Vereinigung, 180.

³²⁴ Vgl. Oldenburg, Erneuerung, 8.

³²⁵ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 457.

³²⁶ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 472-473.

³²⁷ Vgl. Biermann, Kreml, 407-408.

³²⁸ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 469.

³²⁹ Vgl. Plato von, Vereinigung, 211.

abgelehnt und sich öffentlich von ihm distanziert. Erst das Gespräch mit dem als konservativ geltenden Vorsitzenden der SED-PDS, Gregor Gysis, am 2. Februar 1990 führte laut Biermann zum endgültigen Entschluss Gorbatschows.³³⁰ Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass Gorbatschow die prekäre Lage der DDR, zumindest in Grundzügen, bekannt war. Alexander von Plato ist sogar der Meinung, dass der Generalsekretär die DDR bereits vor seinem Gespräch mit Hans Modrow als nicht mehr lebensfähig einstufte, also sehr genau über deren Zustand informiert war. Dafür spricht laut Plato der Umstand, dass Gorbatschow bereits beim Beratertreffen vom 26. Jänner 1990, als er erstmals Vereinigungsverhandlungen vorschlug, nur fünf potentielle Teilnehmer aufzählte – die Sowjetunion, die USA, England, Frankreich und die Bundesrepublik. Die DDR nannte er überhaupt nicht.³³¹ Aber auch die Tatsache, dass bereits bei diesem Treffen der Zerfall der DDR vorhergesehen wurde, spricht dafür, dass der Generalsekretär sehr wohl über die Lage informiert war. Tschernjajew wies später sogar darauf hin, dass er persönlich die Entwicklung in der DDR bereits vor dem Treffen mit Modrow für entschieden hielt,³³² was ein Indiz für das Bewusstsein der Probleme von Seiten der Sowjetunion, jedoch noch keinen Beweis für den Zeitpunkt der Entscheidungsfindung darstellt. Dennoch legen die genannten Hinweise die Vermutung nahe, dass Gorbatschows persönliche Entscheidung zu diesem Zeitpunkt bereits gefallen war, auch wenn er diese öffentlich noch nicht vertrat.

Laut dem sowjetischen Protokoll wurden im Gespräch mit Helmut Kohl nochmals die Grenzfrage und die wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgegriffen. Wichtigster Problempunkt war immer noch die Statusfrage Deutschlands. Gorbatschow erläuterte seine Gedanken zur Neutralität, welche er auch „Unabhängigkeit“, oder „Blockfreiheit“ nannte. Als unseriös bezeichnete er die Zugehörigkeit des ehemals westdeutschen Teiles zur NATO und jene des ehemals ostdeutschen zum Warschauer Vertrag.³³³ Erstaunlich ist, dass der Generalsekretär nicht auf der Neutralität des künftigen Deutschland als Voraussetzung für dessen Einheit bestand. Das war einerseits ein wichtiger Schritt hin zur Umsetzung der Vereinigung und andererseits zeigte es, dass die Sowjetunion ihre sicherheitspolitischen Forderungen

³³⁰ Vgl. Biermann, Kreml, 400-402.

³³¹ Vgl. Plato von, Vereinigung, 224. und Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 66, 287.

³³² Vgl. Biermann, Kreml, 393-394.

³³³ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 72, 326-329.

noch nicht endgültig festgelegt hatte³³⁴ – meinte Gorbatschow doch weiter, dass die Statusfrage aus verschiedenen Standpunkten beleuchtet werden müsse.³³⁵

So bedeutsam dieses Gespräch für Helmut Kohl war, so sehr versuchte Gorbatschow es in seinen Erinnerungen herunterzuspielen. Er gab an, bestrebt gewesen zu sein Kohls Euphorie zu bremsen, da die Vereinigung nicht nur die „Befriedigung nationaler Sehnsüchte der Deutschen“ (Gorbatschow, Erinnerungen, 717.) bedeute, sondern auch die nachbarstaatlichen Interessen sowie die europäische und die gesamte globale Lage berühre.³³⁶ Damit im Einklang stand die Bedeutung, die die *Pravda* dem Treffen beimaß. Im Vergleich zum Besuch Bakers fiel die Berichterstattung eher schmal aus. Kohls Arbeitsvisite wurde zwar medial angekündigt und seine Intentionen vorgestellt, jedoch nicht in annähernd so umfassender Form, wie dies vor der Ankunft des amerikanischen Außenministers geschehen war. So wurde am 10. Februar 1990 über die Ankunft Kohls unter dem Titel „`Außerplanmäßiger` Besuch“ berichtet. Der Artikel erschien in etwa zur Hälfte auf der Titelseite der Ausgabe und wurde auf Seite vier fortgesetzt. Darin hieß es, dass Kohl gemeinsam mit dem bundesdeutschen Außenminister Genscher angereist sei und Fragen der deutschen Vereinigung, der europäischen Sicherheit sowie des gesamteuropäischen Prozesses und der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen besprechen wolle. Erwähnt wurde außerdem das rücksichtslose Vorgehen der BRD gegenüber der DDR, welche schlicht einverleibt werden sollte. Der Verfasser E. Grigorew³³⁷ veranschaulichte, warum aus der Sicht der BRD rasche Entscheidungen zur Umsetzung der Vereinigung notwendig seien. Gleichzeitig versäumte er es nicht darauf hinzuweisen, dass es auch in der BRD kritische Stimmen zum Vorgehen Kohls gab. Schließlich werfe die deutsche Problematik die Frage nach dem zukünftigen militärpolitischen Status des vereinten Deutschland auf. Die BRD versperre sich gegen die Neutralität, wohingegen aus Sicht des Autors das Beharren auf der Mitgliedschaft in der NATO den Weg zur Einheit versperre. Als Lösung dieses Dilemmas stellt der Artikel eine Möglichkeit vor, nach der der Wirkungsbereich des Nordatlantischen Bündnisses, im Falle eines Beitritts des vereinten Deutschland, nicht auf das Gebiet der ehemaligen DDR übertragen werden

³³⁴ Vgl. Biermann, Kreml, 413.

³³⁵ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 72, 329.

³³⁶ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 717.

³³⁷ Leider sind zu den Auslandskorrespondenten der *Pravda* keine weiteren Informationen zugänglich.

sollte. Des Weiteren werde über eine Übergangszeit verhandelt, innerhalb derer sich die sowjetischen Soldaten noch auf deutschem Boden aufhalten dürften, und über eine Garantie der Nichtausweitung des Gebiets der NATO auf andere Staaten – gemeint waren die des Warschauer Paktes. Diese Kompromissvorschläge würden als Konstruktion großer Rücksichtnahme gehandelt, wovon der Verfasser des Artikels eindeutig nicht überzeugt war.³³⁸ E. Grigorew sparte nicht mit Kritik am Vorgehen der Bundesrepublik. Folglich erscheint dieser Artikel in einem weitaus problematischeren Licht als zum Beispiel Berichte über Bakers Besuch.

Ähnlich aufschlussreich ist ein Artikel vom 11. Februar, der über das Gespräch zwischen Gorbatschow und Kohl berichtete. Hier wurde die bahnbrechende Zustimmung Gorbatschows, zwar in sehr förmlicher, aber doch detailgetreuer Art wiedergegeben. Gorbatschow berief sich, so die TASS, auf das erst kürzlich zurückliegende Gespräch mit Hans Modrow. Dennoch sei es unerlässlich darauf zu achten, dass bei der Verwirklichung der deutschen Einheit das schon Erreichte – die friedlichen Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent – nicht gestört würden, sondern, im Gegenteil, der gesamteuropäische Prozess davon profitiere. Es müssten bei allen Entscheidungen die Realitäten und möglichen Folgen berücksichtigt werden. Auch die Themen Abrüstungsverhandlungen, Verbleib der sowjetischen Truppen auf deutschem Gebiet und weitere Zusammenarbeit der BRD mit der Sowjetunion wurden eher sachlich abgehandelt, immer mit Hinweis auf ihre Bedeutung für den Vereinigungsprozess.³³⁹ Es stellt sich nun die Frage, inwieweit Gorbatschow durch die Berufung auf die Unterredung mit Modrow für persönliche Angriffe unantastbar wurde, indem er die Verantwortung für die Zustimmung zur Vereinigung auf diesen gewissermaßen abschob.

Zuletzt sei noch auf eine TASS-Erklärung zur Pressekonferenz Kohls, die am 10. Februar stattfand, hingewiesen. Diese lieferte eine Zusammenfassung der besprochenen Themen.³⁴⁰ Zur deutschen Einheit war zu lesen, dass ...

„[...] es zur Zeit zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten darüber gebe, daß die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und selbst ihre Wahl treffen müssen,

³³⁸ Vgl. Pravda, 10.02.1990, «Внеплановый» визит.

³³⁹ Vgl. Pravda, 11.02.1990, Встреча М. С. Горбачева и Г. Коля.

³⁴⁰ Vgl. Pravda, 12.02.1990, Выступление Г. Коля.

in welchen Staatsformen, zu welchen Zeitpunkten, mit welchem Tempo und zu welchen Bedingungen sie diese Einheit realisieren werden.“³⁴¹

Diese Formel war viel weitgehender, als das Zugeständnis, das dem Gesprächsprotokoll zu entnehmen ist. Dort waren keine Angaben über die freie Wahl der Staatsform, des Zeitpunktes, des Tempos und der Bedingungen gemacht worden. Rafael Biermann gibt an, dass die Formulierung für die Pressekonferenz aus der Feder Tschernjajews, unter der Beteiligung Schewardnadses und des sowjetischen Botschafters in Bonn, Julij Kwizinskijs, stammte – also nicht von Gorbatschow selbst verfasst wurde.³⁴²

Es sind also zwei Tendenzen in der Berichterstattung über den Besuch Kohls erkennbar: Zum einen zeichnete sich ab, die Entscheidung zur deutschen Frage nun endgültig der Öffentlichkeit preisgeben zu wollen. Dahinter konnte freilich der Versuch stehen die Beziehungen zur Bundesrepublik möglichst zu fördern – schließlich war sie einer der wichtigsten Wirtschaftspartner. Die in der Pressekonferenz bekanntgegebene Formel räumte der Bundesrepublik weitläufige Freiheiten ein. Zum anderen ist der Versuch erkennbar, die Entwicklungen rund um die deutsche Einheit möglichst zu „verschleiern“. Diese Tendenz wird vor allem durch eine quantitative Auswertung sichtbar. In Summe waren sechs Artikel zu Kohls Arbeitsbesuch veröffentlicht worden, von denen zwei maximal als Notizen betrachtet werden können³⁴³ und einer ein Treffen des sowjetischen mit dem bundesdeutschen Außenminister behandelte.³⁴⁴ Im Vergleich dazu erschienen zum Besuch Bakers insgesamt zehn Artikel. Es liegt folglich ein Ungleichgewicht vor, das Anlass für Spekulationen bietet. War das Interesse der *Pravda* tatsächlich nicht so groß, obwohl hier erstmals offiziell zur deutschen Frage Stellung genommen wurde? Dies scheint unglaublich, die deutsche Problematik war schließlich für die meisten Beteiligten immer noch mit Emotionen verbunden. Möglich jedoch wäre, dass der Generalsekretär, wohl wissend, dass seine politischen Gegner seine Entscheidung nicht für gut befinden würden, seinen Einfluss auf die Redaktion des Tagesblattes dazu benutzte, sich selbst ins rechte Licht zu rücken – der Vereinigung also keine allzu große Bedeutung zukommen ließ. Stattdessen erschienen

³⁴¹ Zit. nach: Biermann, Kreml, 411-412.

³⁴² Vgl. Biermann, Kreml, 797 und 412. Biermann bezieht sich auf ein Gespräch mit Julij Kwizinskij vom 9. Juni 1994.

³⁴³ Vgl. Pravda, 11.02.1990, Визит в Москву. und Vgl. Pravda, 12.02.1990, Отъезд из Москвы

³⁴⁴ Vgl. Pravda, 11.02.1990, Встреча министров.

ausführliche Artikel über die neu geschlossenen und sehr vorteilhaften Wirtschaftsverträge der Sowjetunion mit den USA und der Bundesrepublik. Diese Annahme wird durch folgenden Umstand gestützt: Gorbatschow hatte sich beim Beratertreffen am 26. Jänner einige Ziele gesteckt, die er Kohl gegenüber erreichen wollte. Wie viele bzw. welche dieser Vorhaben konnte er tatsächlich umsetzen? Das Resümee fällt verheerend aus – keine einzige sowjetische Forderung, die die Verhandlungsposition stärken hätte können, setzte Gorbatschow Kohl gegenüber um, ja er sprach diese zum Teil nicht einmal an. Alexander von Plato vermutet, dass der Generalsekretär das gute Gesprächsklima nicht aufs Spiel setzen wollte und die sowjetischen Interessen erst in späteren Verhandlungen anzusprechen gedachte. Schließlich ging Gorbatschow davon aus, dass der Einigungsprozess mehrere Jahre in Anspruch nehmen werde, ihm also noch genügend Zeit bleiben würde das Beste „heraus zu handeln“. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht.³⁴⁵

In der Bundesrepublik galt das Treffen zwischen Gorbatschow und Kohl als entscheidender Erfolg des Kanzlers. Teltschik bemerkte Journalisten gegenüber, dass der Bundeskanzler hiermit den „Schlüssel zur Einheit“ aus Moskau abgeholt habe³⁴⁶ – ein Erfolg, den auch Modrow und Baker für sich in Anspruch nehmen hätten können.³⁴⁷ Auch ihre Gespräche mit Gorbatschow beeinflussten den Entscheidungsprozess des Generalsekretärs maßgeblich. In diesem Zusammenhang sei nochmals auf Gregor Gysi verwiesen, der zwar ganz andere Ziele als die deutsche Einheit verfolgte, dessen Einschätzung der Lage in der DDR aber auf Gorbatschow großen Einfluss ausgeübt hatte. Darum kann auch sein Gespräch mit dem Generalsekretär als „Schlüssel zur Einheit“ gelten.

6. Die Sowjetunion am Verhandlungstisch

6.1. „2+4“ oder „4+2“? Alles eine Frage der Formel

Aus der neuen Situation ergeben sich zwei Fragen: War das Einlenken der Sowjetunion durch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen

³⁴⁵ Vgl. Plato von, Vereinigung, 277-278.

³⁴⁶ Vgl. Biermann, Kreml, 414.

³⁴⁷ Vgl. Plato von, Vereinigung, 276-277.

schon beschlossen? Und waren damit die Verhandlungen zur Einheit schon schlichte Formsache? Dem war nicht so; Gorbatschow hatte zwar seinen Segen zur Deutschen Einheit per se gegeben, war sich jedoch im Klaren darüber, dass in den Verhandlungen über die Ausgestaltung Gesamtdeutschlands noch vieles auszudiskutieren war, worüber im Westen und Osten kein Einvernehmen herrschte.³⁴⁸ Hier würde sich also noch Spielraum für den Generalsekretär ergeben die Vereinigung wenigstens hinauszuzögern,³⁴⁹ wenn sie schon nicht zu verhindern war. Im Zuge der Verhandlungen traten jene Einflüsse und Umstände zu Tage, welche Gorbatschow dazu brachten seine starre Position, die er trotz seines grundsätzlichen Einverständnisses eingenommen hatte, Schritt für Schritt abzulegen und den Einigungsprozess nicht länger zu blockieren. Eines soll hier vorweggenommen werden: Gorbatschow, der sich als reformfreudlich positionierte³⁵⁰ und dessen Ideen als überdurchschnittlich liberal für sowjetische Verhältnisse einzustufen sind, bezog während der Vereinigungsverhandlungen eine ungewöhnlich konservative Position, hielt am Erhalt der DDR fest.³⁵¹ Von diesem Standpunkt musste er erst wieder abrücken, um, wie er es selbst immer nannte, „Realpolitik“³⁵² betreiben zu können.

Die Zustimmung Gorbatschows zur deutschen Einheit war demnach erst die Grundlage zur Lösung der Deutschlandfrage – und zwar nicht nur, weil die Sowjetunion als einziger Verhandlungspartner bislang noch zwischen den Positionen geschwankt hatte, sondern auch auf Grund der ihr zufallenden Verantwortung als eine der vier Siegermächte³⁵³ des Zweiten Weltkrieges. So meinte auch der amerikanische Außenminister Baker in einem Interview: „Die Wiedervereinigung musste im Zusammenhang mit der Viermächtefrage behandelt werden“.³⁵⁴ Baker verdeutlichte, dass der Prozess der deutsch-deutschen Einigung eng gebunden war an jenen der europäischen Einheit. Beide Prozesse sollten, aus Sicht der Siegermächte, zeitlich parallel verlaufen, um einen Alleingang der Deutschen, ohne

³⁴⁸ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 72, 333.

³⁴⁹ Das war die erklärte Taktik. (Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 66, 289.)

³⁵⁰ Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 11-12. und Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 7-13.

³⁵¹ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 466.

³⁵² Darunter verstand Gorbatschow eine Politik, die sich den neuen Realitäten anpasste. (Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 71, 312.)

³⁵³ USA, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion

³⁵⁴ Zit. nach: Plato von, Vereinigung, 213.

Berücksichtigung der Interessen ihrer Partner und Nachbarn in Ost und West, zu verhindern. Dies war eine der vier Bedingungen, die der amerikanische Präsident in Sachen deutsche Einheit stellte.³⁵⁵ De facto verlief der deutsch-deutsche Einigungsprozess auf Grund der Ereignisse in der DDR aber schneller, als der gesamteuropäische, was vor allem in der Sowjetunion Unbehagen auslöste.³⁵⁶ Gleichzeitig steckte die östlichste ehemalige Siegermacht damals schon in einer solch problematischen Lage, dass sie sich an den Verhandlungen zur deutschen Einheit beteiligen musste, wollte sie für sich noch Vorteile daraus ziehen. Da die eigene Wirtschaft darnieder lag und innenpolitische Probleme das Land erschütterten, war das Territorium der DDR, das dem Einflussbereich des Warschauer Paktes angehörte, das einzige Druckmittel, das der Sowjetunion im Rahmen der Verhandlungen noch zur Verfügung stand. Da aber auch die DDR binnen kürzester Zeit zu zerbrechen drohte, ist es erstaunlich, dass die Verantwortlichen in der sowjetischen Führungsriege nicht schneller handelten, um noch aktiv mit ihrem letzten Faustpfand (DDR) die eigenen Interessen durchzusetzen.³⁵⁷

Die Frage nach der Gestaltung eines geeigneten Verhandlungsrahmens, in dem die äußereren Aspekte der Einheit entschieden werden sollten, war für die Sowjetunion von höchster Wichtigkeit, wollte sie sich doch in einer möglichst günstigen Verhandlungsposition wissen.³⁵⁸ An erster Stelle stand freilich die Frage danach, wer am Verhandlungstisch platznehmen durfte. Mehrere Vorschläge kursierten, darunter auch Verhandlungen im Rahmen der KSZE oder reine Viermächte-Verhandlungen unter Ausschluss der deutschen Staaten. Beide Vorschläge wurden durch die Sowjetunion unterstützt,³⁵⁹ von bundesdeutscher und amerikanischer Seite jedoch

³⁵⁵ Vgl. Stöver, USA, 481-482. Dies berücksichtigte Helmut Kohl auch in seinem Zehn-Punkte-Plan. Punkt sechs sah die Einbettung des innerdeutschen Prozesses in den gesamteuropäischen ausdrücklich vor. (Vgl. Protokoll der Haushaltsdebatte im Bundestag vom 28.11.1989) Auch für den französischen Präsidenten war der deutsch-deutsche Prozess mit Ängsten verbunden. Sollte sich dieser außerhalb der gesamteuropäischen Entwicklung vollziehen, befürchtete er, dass Europa in eine Situation ähnlich der von 1913 geraten würde. (Vgl. Tilo Schabert: Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die Deutsche Einheit, Stuttgart 2002, 154 und 418-422.)

³⁵⁶ Gorbatschow erwähnte diese Befürchtung am 25. Mai 1990 in einem Gespräch mit Mitterrand. (Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 95, 424.)

³⁵⁷ Vgl. Plato von, Vereinigung, 225.

³⁵⁸ Vgl. Plato von, Vereinigung, 282-283.

³⁵⁹ Vgl. Biermann, Kreml, 424. Gorbatschow selbst dementiert dies jedoch in seinen Erinnerungen. (Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 715.)

abgelehnt³⁶⁰ – einerseits sollten beide Teile Deutschlands an den Verhandlungen beteiligt werden und andererseits hätte ein Verhandlungsrahmen aus „33+2“ (33 KSZE-Mitgliedsländer und 2 deutsche Staaten) zu viele Entscheidungsträger auf den Plan gerufen, die das gesamte Unternehmen deutlich verkompliziert hätten.³⁶¹ Einen Friedensvertrag, wie ihn die Sowjetunion forderte,³⁶² der Deutschland große Summen gekostet hätte, da alle Länder, denen Hitlerdeutschland den Krieg erklärt hatte, Reparationsforderungen gestellt hätten, schlossen die BRD und die Vereinigten Staaten von Vornherein aus.³⁶³ Das hätte den gesamten Vereinigungsprozess erheblich erschwert und verzögert.

Wer als Urheber der 2+4-Formel zu gelten hat, die schlussendlich umgesetzt wurde, ist umstritten. In jenem Dokument zur Beratung vom 26. Jänner wurde beschrieben, dass Gorbatschow und Tschernjajew erstmals Gespräche der vier Siegermächte mit Einbezug der BRD und DDR vorgeschlagen hatten. Das entsprach dem Gedanken einer 4+2-Formel (4 Siegermächte und 2 deutsche Staaten), die die Rechte der Siegermächte durch das Voranstellen der „4“ in den Vordergrund rücken sollte. Die Anzahl der Beteiligten entsprach jener der endgültigen Formel „2+4“, welche allerdings eine stärkere Gewichtung der Meinung der beiden deutschen Staaten vorsah. Insofern könnte die Grundidee in der Sowjetunion entstanden sein, wobei die Reihenfolge der Zahlen nachträglich durch die Beteiligten im Westen verändert wurde. Andere Quellen berichten wiederum, dass die 2+4-Formel im amerikanischen Beraterstab ihren Ursprung hätte.³⁶⁴

Nach dem Besuch Kohls am 10. Februar trafen sich die Außenminister der NATO-Mitglieder und der Warschauer Pakt-Staaten im kanadischen Ottawa. Auf der dortigen Open-Sky-Konferenz sollte über Inspektionsflüge und Luftaufnahmen im jeweils gegnerischen Gebiet verhandelt werden. Auf Grund der Aktualität wurde aber am Rande der Konferenz der 2+4-Rahmen für die Verhandlung der äußeren Angelegenheiten des vereinten Deutschlands festgelegt – allerdings nicht ohne Komplikationen. Der sowjetische Außenminister Schewardnadse plädierte im Auftrag Gorbatschows und des Politbüros für die Formel „4+2“. Davon erhoffte sich

³⁶⁰ Vgl. Plato von, Vereinigung, 209-211.

³⁶¹ Vgl. Plato von, Vereinigung, 209.

³⁶² Vgl. Biermann, Kreml, 550-551.

³⁶³ Vgl. Reinhard Müller: Das Ende des Krieges: Der Zwei-plus-vier-Vertrag, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 529.

³⁶⁴ Vgl. Müller, Ende, 528. und Vgl. Stöver, USA, 482.

das Politbüro bessere Chancen für die Durchsetzung der sowjetischen Interessen. Schewardnadse durfte weiteren Vorschlägen unter keinen Umständen zustimmen. Angesichts des Drucks der anderen Konferenzteilnehmer ignorierte er diese Weisung jedoch, was zum Beschluss der 2+4-Formel führte. Die Verhandlungen sollten nach den ersten freien Wahlen in der DDR, die für 18. März 1990 festgesetzt waren, beginnen.³⁶⁵ Moskau, das zunächst eine Hervorhebung der vier Mächte befürwortet hatte, erkannte schließlich, dass dies das deutsche Volk gedemütigt und ferner die DDR als eigenen Bündnispartner komplett ausgeschaltet hätte. Darum entschied Gorbatschow nach längerem Ringen der Sechserformel mit Voranstellung beider deutscher Staaten, ebenso wie Schewardnadse, zuzustimmen.³⁶⁶

Biermann unterteilt den gesamten 2+4-Prozess in fünf Verhandlungsebenen. So wurden Entscheidungen zum Ersten auf Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Bush oder Gorbatschow und Kohl getroffen. Zweitens gab es bilaterale Treffen zwischen Genscher und Schewardnadse oder Schewardnadse und Baker. Die dritte Ebene umfasste die Treffen der Außenminister, bei denen Hans-Dietrich Genscher, Markus Meckel, James Baker, Roland Dumas, Douglas Hurd und Eduard Schewardnadse anwesend waren. Viertens wurden Expertentreffen der 2+4-Teilnehmer abgehalten, welche zur Vorbereitung der Außenministertreffen dienten und die fünfte und letzte Ebene umfasste die bilateralen Treffen auf Expertenebene. Während die Außenministertreffen vor allem atmosphärische Vorarbeit leisteten und so zu einer Annäherung der Positionen führten, fielen die wesentlichen Entscheidungen auf den Gipfeltreffen. Gorbatschow, Bush und Kohl prägten damit den deutschen Einheitsprozess wie sonst keiner der beteiligten Politiker.³⁶⁷

Die Themen der Verhandlungen spannten einen Bogen von der Ablösung der Viermächteverantwortung der ehemaligen Siegermächte und der Festlegung der deutschen Grenzen bis hin zum künftigen außenpolitischen Handlungsrahmen des vereinten Deutschland mit Blick auf seine Bündniszugehörigkeit und die Präsenz ausländischer Truppen. Damit waren Konflikte vorprogrammiert. Die BRD sprach sich von Beginn an für eine uneingeschränkte Mitgliedschaft in der NATO aus; die

³⁶⁵ Vgl. Plato von, Vereinigung, 282-284.

³⁶⁶ Vgl. Biermann, Kreml, 424.

³⁶⁷ Vgl. Biermann, Kreml, 469.

USA stellte diese gar als Bedingung.³⁶⁸ Dafür gab es drei entscheidende Gründe: Erstens sollte das geeinte Deutschland fest in einem westlichen Bündnis verankert werden, um die Ängste der Nachbarstaaten so gering wie möglich zu halten. Zweitens hätte der Austritt der BRD die NATO inhaltslos gemacht, da Deutschland nicht nur geographisches Zentrum, sondern auch zweitgrößte Wirtschafts- und Militärmacht des Bündnisses war. Und drittens wäre es andernfalls für die USA kaum möglich gewesen ihre militärische Präsenz in Europa aufrecht zu erhalten, da die entsprechenden Stützpunkte gefehlt hätten.³⁶⁹

Auf der anderen Seite stand die Sowjetunion, die ein Ausscheiden ihres wichtigsten Partners (DDR) aus dem Warschauer Pakt keinesfalls dulden wollte. Es hätte einen Gesichtsverlust und den Zusammenbruch des ohnehin angeschlagenen Bündnisses bedeutet. Genauso undenkbar war ein einseitiger Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR, der nun dezidiert gefordert wurde. Wenn die Truppen schon abgezogen werden sollten, dann nur unter der Bedingung, dass die Amerikaner gleichzogen und somit das Kräfteverhältnis ausgeglichen blieb. In all diesen Fragen blieb die sowjetische Führung unnachgiebig. Nichtsdestotrotz tauchten immer wieder Anzeichen von Flexibilität auf, die ein Vorankommen der Verhandlungen unter Wahrung der westlichen Forderungen begünstigten. Dennoch wartete der Westen die Reaktionen aus dem Osten mit Spannung ab, war doch nie sicher, wie dieser schlussendlich entscheiden würde. Würde der Bogen überspannt, drohte der Kalte Krieg erneut aufzuflammen.³⁷⁰

Das erste offizielle 2+4-Treffen fand nach den Wahlen in der DDR im März statt, bei denen sich eine Mehrheit der Bevölkerung für die Wiedervereinigung ausgesprochen hatte. Übergeordnetes Ziel der Verhandlungen war die Überwindung der Spaltung Europas, in welche die deutsche Einheit eingebettet war.³⁷¹

6.2. Ungünstige Bedingungen

Seit Beginn der 2+4-Verhandlungen befand sich die sowjetische Seite in einer ungünstigen Position, welche aus mehreren Umständen entstanden war: Die Entwicklung in Europa und speziell in Deutschland ging derartig rasant von stattha-

³⁶⁸ Vgl. Biermann, Kreml, 420.

³⁶⁹ Vgl. Schabert, Weltgeschichte, 440.

³⁷⁰ Vgl. Biermann, Kreml, 420-421.

³⁷¹ Vgl. Müller, Ende, 529-531.

dass die Sowjetunion Mühe hatte Schritt zu halten. Sowjetische Soldaten wurden von allen strategischen Positionen in Ostmitteleuropa zurückgezogen, sofern diese untragbar geworden waren.³⁷²

Die Führungsmitglieder der Sowjetunion hatten dennoch bis zu den Volkskammerwahlen im März damit gerechnet, dass sich die Mehrheit der DDR-Bevölkerung für die weitere Existenz ihres Staates aussprechen würde.³⁷³ Das Ergebnis der Wahl war daher ein Schock und schuf die denkbar ungünstigsten Bedingungen.³⁷⁴

Zusätzlichen Druck verübt die Tatsache, dass die Bundesregierung und die Mehrheit der DDR-Bürger auf einen Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes bestanden. Dieser setzte keine Ausarbeitung einer neuen deutschen Verfassung voraus, was den Einigungsprozess erheblich beschleunigte und die Möglichkeiten der Mitwirkung Moskaus weiter einschränkte.³⁷⁵

Hinzu kam die Erosion des Warschauer Paktes. Dieser war bislang das wichtigste Element der sowjetischen Sicherheit und stellte den militärischen Gegenpol zur NATO dar. Durch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, also die Aufhebung der Breschnew-Doktrin, aber auch durch die von der Perestroika motivierten Demokratisierungsbewegungen in den Mitgliedsstaaten und deren Annäherung an den Westen, drohte der Pakt auseinanderzufallen. Das wiederum hätte die sowjetische Verhandlungsposition bedeutend geschwächt, machte es doch keinen Sinn das vereinte Deutschland in ein System einzugliedern, das im Begriff war sich aufzulösen.³⁷⁶ Die Eingliederung Deutschlands in den Warschauer Pakt war jedoch einer der wenigen sowjetischen Gegenvorschläge im Rahmen der Bündnisfrage.³⁷⁷ Daneben existierten noch drei weitere Alternativen: Die Neutralität Gesamtdeutschlands, welche jedoch von deutscher Seite vehement abgelehnt wurde. Ein NATO-Beitritt nach französischem Vorbild – also unabhängig von der militärischen Struktur der NATO.³⁷⁸

Und zuletzt die Integration Deutschlands in ein neues gesamteuropäisches Sicherheitssystem im Rahmen der KSZE, welches die bisherigen Militärblöcke

³⁷² Vgl. Biermann, Kreml, 476.

³⁷³ Vgl. Ritter, Volk, 26.

³⁷⁴ Vgl. Biermann, Kreml, 433-436.

³⁷⁵ Vgl. Biermann, Kreml, 437-439.

³⁷⁶ Vgl. Biermann, Kreml, 448-452.

³⁷⁷ Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 91, 406-407.

³⁷⁸ Vgl. Biermann, Kreml, 527-529.

ersetzen sollte. Da jedoch der deutsche Einigungsprozess schneller voranschritt als der europäische, war daran nicht zu denken. Als zeitlich befristete Übergangslösung bot sich schließlich noch die Doppelmitgliedschaft Deutschlands als Teil der NATO und des Warschauer Paktes an. Da dies die Teilung Deutschlands aber nur weiter verfestigt und seine Souveränität eingeschränkt hätte, kam dieser Vorschlag für alle westlichen Verhandlungsteilnehmer nicht in Frage. Keiner der genannten Vorschläge wurde jedoch von Gorbatschow je als offizielle Linie bestätigt. In der Sowjetunion herrschte demnach Uneinigkeit, welche von außen als Ratlosigkeit interpretiert wurde.³⁷⁹

Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des Deutschen Volkes barg allerdings noch ein Problem: 1954 hatte die sowjetische Regierung der DDR offiziell erlaubt ihren Status beziehungsweise ihre Bündnismitgliedschaft frei zu wählen. Die Außenpolitik wurde von diesem Zugeständnis nie explizit ausgeschlossen, was bedeutete, dass die Sowjetunion de facto kein Mitspracherecht in der deutschen Bündnisproblematik hatte. Um die Ost-West-Beziehung in dieser wichtigen Phase nicht zu trüben, wurde die Sowjetunion hier nicht außen vor gelassen, jedoch besonders von amerikanischer Seite immer wieder in ihre Schranken gewiesen.³⁸⁰ Die internen Vorgänge in der Sowjetunion trugen ihren Teil zur Schwächung bei. Im Übergang zur Demokratie wurden die Karten neu gemischt und der Generalsekretär hatte auf eine große Zahl von Interessensgruppen Rücksicht zu nehmen.³⁸¹ Um die konservativen Reihen zu bedienen wurden Mitglieder daraus in die Delegation zu den 2+4-Verhandlungen aufgenommen, welche den Prozess verzögerten.³⁸² Bedeutend geschwächt wurde die Verhandlungsposition außerdem durch das Nicht-Vorhandensein eines gemeinsamen deutschlandpolitischen Kurses. In den Grundsatzfragen bestand kein Konsens.³⁸³ Gorbatschow und Schewardnadse waren zwar bemüht in den wichtigsten Gremien Personalrochaden durchzuführen, welche ihrer liberalen Einstellung gerecht werden sollten, hatten dieses Vorhaben jedoch noch nicht vollends umgesetzt. Vor allem im Außenministerium war die 3. Europäische Abteilung immer noch mit Deutschlandexperten besetzt, welche unzeitgemäßen, dogmatischen Vorstellungen nachhingen und ein Fortkommen in der

³⁷⁹ Vgl. Biermann, Kreml, 528-533.

³⁸⁰ Vgl. Biermann, Kreml, 523-524.

³⁸¹ Vgl. Biermann, Kreml, 467-468.

³⁸² Vgl. Biermann, Kreml, 470-475.

³⁸³ Vgl. Biermann, Kreml, 430 und 479.

deutschen Frage verhinderten.³⁸⁴ Dadurch konnten dem Westen auch keine Forderungen entgegengestellt werden, welche von der Mehrheit der zu berücksichtigenden sowjetischen Entscheidungsträger befürwortet wurden. Geltende Entscheidungen traf daher Gorbatschow selbst. Er stützte sich dabei auf Tschernjajew, seinen Berater, und koordinierte sein Vorgehen mit seinem Außenminister.³⁸⁵ Gorbatschow und Schewardnadse mussten aber schon bald die Begrenztheit ihrer diplomatischen Möglichkeiten feststellen und flexibler auf die Forderungen des Westens eingehen. So nannte Schewardnadse die Neutralität Deutschlands eine Idealvorstellung, schien aber an ihrer Durchführbarkeit mittlerweile zu zweifeln.³⁸⁶ Dabei spielten die guten Beziehungen zur BRD eine entscheidende Rolle, welche Generalsekretär und Außenminister unter keinen Umständen riskieren wollten. Sie waren aus wirtschaftlicher Sicht schier unverzichtbar geworden.³⁸⁷

Gorbatschow, Tschernjajew und Schewardnadse bildeten ein Dreier-Gespann. Sie vertraten ähnliche Ansichten, die dem Bau eines „Gemeinsamen Europäischen Hauses“ dienten. Dieses Konzept wurde während eines Interviews mit dem französischen Fernsehen erstmals von Gorbatschow erwähnt: Westeuropäer wie Osteuropäer, so der Generalsekretär, würden in ein und demselben Europa leben, hätten gemeinsame Traditionen, eine gemeinsame Geschichte und würden gemeinsam Konsequenzen daraus ziehen. Man lebe in einem Haus, welches verschiedene Eingänge besäße, was freilich für Konfliktpotential sorge. Darum sei die künftige Zusammenarbeit und Kommunikation innerhalb dieser Gemeinschaft auch so wesentlich.³⁸⁸ Voraussetzungen zur Umsetzung des „Gemeinsamen Hauses Europas“ waren jedoch die Annäherung zwischen den existierenden Militärblöcken und deren allmähliche Umwandlung, sodass diese nicht länger zum militärischen Spannungsverhältnis, sondern zur Stabilität beitragen würden.³⁸⁹ Die militärische Komponente dieses „Gemeinsamen Europäischen Hauses“ war auf Grund der momentanen Lage in Europa definitiv die wichtigste, wenn auch nur eine von vielen.

³⁸⁴ Vgl. Biermann, Kreml, 477.

³⁸⁵ Vgl. Biermann, Kreml, 478-479.

³⁸⁶ Vgl. Biermann, Kreml, 430.

³⁸⁷ Vgl. Biermann, Kreml, 509-510.

³⁸⁸ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 632.

³⁸⁹ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 634.

Schlussendlich sollte das zur Auflösung der Blockstruktur in Europa und einer Aufwertung der KSZE führen.³⁹⁰

Die Mehrheit im Politbüro stellte jedoch die nationalen sicherheitspolitischen Interessen in den Vordergrund und war bestrebt den Deutschen harte Bedingungen zu diktieren. Die interne Uneinigkeit wirkte nach außen wie Ratlosigkeit. Die Sowjetunion war scheinbar noch immer auf keinen grünen Zweig gekommen.³⁹¹ Im Februar 1990 war der Widerstand innerhalb der sowjetischen politischen Elite gegen den deutschlandpolitischen Kurs des Generalsekretärs aufs Heftigste aufgeflammt. Dabei spiegelte das den Willen der sowjetischen Bevölkerung in keiner Weise wider. Diese sprach sich in einer Umfrage des Instituts für Soziologie der sowjetischen Akademie der Wissenschaften im März zu 60% für die Wiedervereinigung der Deutschen aus. Dennoch wurde Gorbatschow von Seiten der Orthodoxen im Politbüro, in der Internationalen Abteilung des ZK und im Außenministerium sowie von Seiten der Kriegsveteranen der Partei vorgeworfen den Deutschen ihren Freibrief gegeben und damit die sowjetischen Interessen verraten zu haben. Dieser Umstand wirkte sich negativ auf Gorbatschows Handlungsspielraum aus.³⁹²

Bleibt die Frage, warum Gorbatschow seine einzigen Trümpfe nicht zum Einsatz brachte? Warum beharrte er nicht auf seinen Forderungen, wie er es vorgehabt und innerhalb seines Beraterstabes auch verkündet hatte? Alleine wegen des Verhältnisses zur BRD? Das scheint angesichts des großen Drucks von Seiten der konservativen Teile des Politbüros unwahrscheinlich. Plato befragte Tschernjajew nach den Gründen des sowjetischen Einlenkens. Dieser meinte: „Wir mussten uns in diesen Prozess einfügen. Mitterrand hatte Gorbatschow gesagt: Sie bleiben allein [...] Ich werde Sie nicht unterstützen können, denn gegen meine Bündnispartner werde ich nicht stimmen.“³⁹³

Auf die Frage, was passiert wäre, wenn die Sowjetunion in den Verhandlungen geblockt hätte, antwortete Tschernjajew:

„Ich denke der Prozess wäre nur um einige Monate aufgehalten worden, hätte aber letztlich das gleiche Resultat gehabt. Hier muss man auch unsere innere

³⁹⁰ Vgl. Biermann, Kreml, 529.

³⁹¹ Vgl. Biermann, Kreml, 516-517.

³⁹² Vgl. Biermann, Kreml, 514.

³⁹³ Plato von, Vereinigung, 288.

Situation berücksichtigen: eine starke Schwächung der Position Gorbatschows im Land, die Wirtschaftslage in Russland, die Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen, [...] Gorbatschow hatte immer weniger Ressourcen um sich zu behaupten.“³⁹⁴

Tschernjajew unterstreicht besonders die Schwächung der Position des Generalsekretärs, dessen Linie nicht mehr von allen sowjetischen Instanzen mitgetragen wurde und schlussendlich gegen die westlichen Verhandlungsteilnehmer nicht viel ausrichten konnte. Es wirkt, als würde Tschernjajew versuchen dem Prozess an Bedeutung zu nehmen, indem er dessen Unbeeinflussbarkeit von sowjetischer Seite hervorhebt. Gleichzeitig aber spielt er auf Mitterrand an, der sich von dem Vorhaben zusammen an einem neuen Europa unter Einschluss der Sowjetunion, dem „Gemeinsamen Haus Europa“, zu arbeiten plötzlich distanzierte und die eigentlichen französischen Interessen jenen der NATO unterordnete. Es klingt paradox, dass dem Umdenken Mitterrands, der sonst im Schatten der „Großen Drei“ (BRD, USA und UdSSR) agierte,³⁹⁵ hier von sowjetischer Seite so viel Bedeutung zugesprochen wurde. Doch die französisch-sowjetischen Beziehungen waren von besonderer Qualität. Wie es dazu gekommen war zeigt ein Rückblick in der Geschichte der französischen Außenpolitik.

6.3. Frankreich und die Sowjetunion: eine Zweckbeziehung?

Mitterrand hatte sich im Zuge der EG-Ratspräsidentschaft Frankreichs im Jahr 1984 das Ziel gesteckt, Europa neu zu ordnen und den anstehenden finanziellen Kollaps der Organisation abzuwenden. Er hatte erkannt, dass die von ihm angestrebte europäische „Gleichgewichtspolitik“ die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Osteuropa – zur Sowjetunion waren sie von 1981³⁹⁶ bis 1984³⁹⁷ eingestellt worden – voraussetzte. Mit der Zeit begann Mitterrand auch die DDR zu schätzen, welche aus seiner Sicht zur Entspannung der Lage in Europa beitragen konnte. Der französische Präsident hatte die Zeichen der Zeit als einer der ersten richtig gedeutet. Er hielt die deutsch-deutsche Wiedervereinigung keineswegs für utopisch, sondern versuchte

³⁹⁴ Plato von, Vereinigung, 288.

³⁹⁵ Vgl. Praus, Ende, 167.

³⁹⁶ Vgl. Ulrich Lappenküper: Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx, München 2011, 197-203.

³⁹⁷ Vgl. Praus, Ende, 160.

durch die Intensivierung der Kontakte in die DDR eine Art Radarfunktion in der deutschen Sache zu übernehmen. Dabei war weithin bekannt, dass Frankreich ein vereintes Deutschland keinesfalls wünschte und durch diese Einstellung der Sowjetunion ähnelte.³⁹⁸ Die deutsche Frage bezeichnete Mitterrand in zahlreichen Gesprächen als das „deutsche Problem“. Sie hing, so der französische Präsident, mit der Frage des Gleichgewichtes, deren er sich angenommen hatte, zusammen, wobei er nie deutlich machte, worauf er den Begriff „Gleichgewicht“ bezog. Im Sinne der Erhaltung dieses Gleichgewichtes war Mitterrand, obwohl er die deutsche Einheit als einer der ersten hatte kommen sehen, immer bestrebt ihr die nötige Aktualität abzuerkennen. Seine rhetorischen Bekenntnisse zur Überwindung der Nachkriegsordnung konnten darüber nicht hinwegtäuschen.³⁹⁹

Woher kam aber diese Angst vor der Veränderung? Abgesehen von den Kriegserfahrungen⁴⁰⁰ des 20. Jahrhunderts bestand zwischen Frankreich und Deutschland von jeher eine Art Machtkampf. Dieser gründete in jenem Selbstverständnis, das im Frankreich des 17. und 18. Jahrhunderts geprägt worden war. Es handelte sich um die Idee Frankreich eine besondere Rolle in der Welt zu verschaffen. Die Außenpolitik wurde zum wichtigsten Politressort, da sie der Stärkung des Ranges dienlich war. Dieser Gedanke durchzog sämtliche Perioden der Geschichte Frankreichs vom Dreißigjährigen Krieg über die Napoleonischen Kriege und die Kolonialzeit, bis sie Charles de Gaulle schließlich aufgriff.⁴⁰¹ Das Selbstverständnis Frankreichs war das einer großen Nation und der Anspruch darauf war lebendig. Da half es nicht, dass der deutsche Nachbar vor allem wirtschaftlich immer wieder überlegen war. Speziell nach dem Ende des zweiten Weltkrieges sollte von Deutschland nie wieder Gefahr ausgehen – weder für Europa im Ganzen noch für die Stellung Frankreichs im Speziellen. Doch aus rein pragmatischen, zumeist wirtschaftlichen, Gründen wurde die Bundesrepublik zum wichtigsten Partner der Grand Nation. Unter diesen Umständen kam es unter de Gaulle zur deutsch-französischen Aussöhnung, die am 22. Jänner 1963 sogar vertraglich (Elysée-Vertrag) festgehalten wurde. Doch offenbarte der Vertrag auch die unterschiedlichen Zielsetzungen Frankreichs und Deutschlands im Bereich der Außen- und Europapolitik. Die Bundesrepublik war auf eine engere Einbindung der USA in

³⁹⁸ Vgl. Lappenküper, Mitterrand, 203-204.

³⁹⁹ Vgl. Praus, Ende, 199-201.

⁴⁰⁰ Vgl. Praus, Ende, 2.

⁴⁰¹ Vgl. Praus, Ende, 19-24.

Europa aus, während sich Frankreich, um seine Sonderstellung hervorheben zu können, ein Europa erhoffte, das von den USA unabhängiger würde.⁴⁰²

Unter de Gaulle hatte Frankreich noch leichtes Spiel: Da Deutschland geteilt war und Frankreich sowohl zu den Siegermächten als auch zum Klub der Atommächte gehörte, eine Sonderstellung im atlantischen Bündnis einnahm und einen ständigen Sitz im UN Sicherheitsrat besaß, konnte es sich überlegen fühlen.⁴⁰³ Doch die Zeiten änderten sich. Mitterrand fand sich in einem Frankreich wieder, das auf Grund der Globalisierung viele Probleme⁴⁰⁴ nicht mehr alleine regeln konnte, sondern im Verband anderer Staaten agieren musste. Dieser Umstand musste unweigerlich am Jahrhunderte lang eingebüten französischen Selbstverständnis, das auch auf der Eigenständigkeit Frankreichs basierte, nagen.⁴⁰⁵ Eine Sache jedoch änderte sich nicht: Frankreich, das sich keiner anderen Organisation völlig unterordnen wollte, verortete seine Position zwischen den beiden Militärblöcken, die das Europa des Kalten Krieges prägten.⁴⁰⁶ Daraus sollten sich einigermaßen gute Beziehungen zur Sowjetunion entwickeln, die als Ausdruck der französischen Unabhängigkeit (vor allem den USA gegenüber) galten⁴⁰⁷ und unter Mitterrand, nach der genannten Unterbrechung, wieder an Bedeutung zunahmen. Der Abzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland stand für Frankreich dennoch nicht zur Debatte, stellten sie doch eine Art Schutzschild für Frankreich gegen den nicht immer freundlich gesinnten Osten dar.⁴⁰⁸ Das war insofern wichtig, als dass die französische Verteidigung von der NATO unabhängig geblieben war⁴⁰⁹ und damit die Sicherheit des Landes selbst gewährleisten musste. Die Stationierung amerikanischer Truppen im östlichen Nachbarland (BRD) fungierte auch als Schutzschild der unabhängigen französischen Verteidigung.⁴¹⁰

In den 80er Jahren trat Mitterrand immer wieder als Mittler zwischen der Sowjetunion und den USA auf. Mit dem Eintreten der Entspannungsphase zwischen den Supermächten ab 1986 und durch den Umstand, dass die Sowjetunion nun auch mit anderen westlichen Staaten Kontakte zu knüpfen begann, hatte Frankreich seine

⁴⁰² Vgl. Praus, Ende, 67-69.

⁴⁰³ Vgl. Praus, Ende, 72.

⁴⁰⁴ Besonders wirtschaftlicher, aber auch sozialer Art.

⁴⁰⁵ Vgl. Praus, Ende, 81-82.

⁴⁰⁶ Vgl. Praus, Ende, 76.

⁴⁰⁷ Vgl. Praus, Ende, 83. Frankreich war dennoch in der NATO fest verankert.

⁴⁰⁸ Vgl. Praus, Ende, 140-141.

⁴⁰⁹ Vgl. Biermann, Kreml, 488.

⁴¹⁰ Vgl. Praus, Ende, 138-139.

Rolle als Vermittler eingebüßt. Nach seiner Wiederwahl zum französischen Präsidenten war Mitterrand allerdings bestrebt die Beziehungen zum Osten durch zahlreiche Besuche in der Sowjetunion erneut zu beleben. Angesichts des immensen Bedeutungsaufschwunges, den die Bundesrepublik in der Zwischenzeit erfahren hatte – sie war für die USA zum „partner in leadership“ (Heydemann, Großbritanniens Rolle, 486.) und für die Sowjetunion zum wichtigsten Ansprechpartner im Westen geworden – gelang es Mitterrand jedoch nicht dieses Vorhaben umzusetzen. Gegen Ende des Kalten Krieges konnte Frankreich auf die wichtigen Entscheidungen kaum mehr Einfluss nehmen.⁴¹¹

Und dennoch wurden die französisch-sowjetischen Beziehungen immer enger, die Staatsbesuche häufiger. Das lag vor allem daran, dass die Sowjetunion sicher sein konnte mit Frankreich einen Partner zu haben, der die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ebenso ablehnte, wie sie selbst. Mitterrand dachte nicht daran das Bestreben der Deutschen nach staatlicher Einheit zu unterstützen, obwohl er es aus nationalistischen Überlegungen heraus nachvollziehen konnte. Den Vertrauten Gorbatschows jedenfalls bot sich bei ihren Reisen nach Frankreich der Eindruck, dass dieses die deutsche Einheit mit Hilfe der Sowjetunion zu verhindern gedachte – und zwar nicht in einer aktiven, sondern in einer passiven Funktion – frei nach dem Motto: „Die Sowjets werden die Einheit schon nicht zulassen!“⁴¹² Damit ließ sich Mitterrand auf ein Doppelspiel ein, das seine Position zwischen den Blöcken untermauerte – auf der einen Seite das Bekenntnis zu den westlichen Verbündeten, zur NATO, und auf der anderen das Hoffen auf die Standhaftigkeit der Sowjetunion, dass diese dem Drängen nach der deutschen Einheit nicht nachgeben werde.⁴¹³

Des Weiteren war der französische Präsident im Sinne der europäischen Integration, also der europäischen Einigung, zu einem der wichtigsten Europapolitiker geworden. Dies mag angesichts seiner frankreichzentrierten Einstellung, welche er von de Gaulle übernommen hatte,⁴¹⁴ verwundern, jedoch sah er darin keinen Gegensatz. Der Aufschwung Europas würde auch Frankreich zu seiner wirtschaftlichen und politischen Größe zurück verhelfen.⁴¹⁵ Angesichts der Einheitsbestrebungen der

⁴¹¹ Vgl. Praus, Ende, 164-167.

⁴¹² Vgl. Praus, Ende, 187-189.

⁴¹³ Vgl. Praus, Ende, 194.

⁴¹⁴ Damit vertrat er gaullistische Werte, obwohl er seinen Vorgänger de Gaulle einst als seinen größten Gegner bezeichnet hatte. (Vgl. Praus, Ende, 94-95.)

⁴¹⁵ Vgl. Praus, Ende, 122-127 und 204-205.

beiden deutschen Staaten erschien Mitterrand das Bemühen, die europäische Integration voranzutreiben, als geeignetes Mittel das Gleichgewicht zur Bundesrepublik aufrecht zu erhalten.⁴¹⁶ Die Tatsache, dass sich Mitterrand der europäischen Sache annahm, machte ihn wiederum zum perfekten Ansprechpartner für die sowjetische Führung. Gorbatschow, der der Auflösung des Warschauer Paktes mit Sorge entgegensah, plädierte für die Neuordnung Europas bei gleichzeitiger Auflösung der Militärblöcke.⁴¹⁷ Damit hätte er gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen können: Die Auflösung des Warschauer Paktes hätte keine so dramatische Rolle mehr gespielt, da sich die NATO ebenfalls hätte auflösen, zumindest aber verändern müssen. Und die sowjetischen Sicherheitsbedürfnisse hätten im europäischen Rahmen Berücksichtigung gefunden, was die Rüstungsausgaben erheblich gesenkt hätte. Ein nicht unwesentlicher Nebeneffekt: Durch die Auflösung der NATO, die das einzige Organ war, über das die USA in Europa eingreifen konnte,⁴¹⁸ wäre der amerikanische Einfluss deutlich gesunken, was für die Sowjetunion wie auch für Frankreich als wünschenswert galt.⁴¹⁹ Jedenfalls stieß die Idee des „Gemeinsamen Hauses Europa“ bei Mitterrand auf offene Ohren.⁴²⁰

Ein weiteres Faktum ließ den sowjetischen Generalsekretär in den Augen des französischen Präsidenten als ungeheuer wichtig erscheinen: Mitterrand ging davon aus, dass die Zukunft der beiden deutschen Staaten vor allem in den Händen der Sowjetunion lag. Deren Vorgehen würde darüber entscheiden, ob es zur Wiedervereinigung käme oder nicht.⁴²¹ Damit war Gorbatschow, so ist es anzunehmen, jene Person, auf die Mitterrand den meisten Einfluss auszuüben gedachte, um, den Interessen seiner Politik zu Folge, die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern oder zumindest zu verzögern.⁴²² Der sowjetische Generalsekretär hatte zu vielen Aspekten der deutschen Frage noch keinen festgelegten Standpunkt,⁴²³ was ihn von Mitterrands westlichen Verbündeten unterschied. Besonders die Zusammenkunft Mitterrands und Gorbatschows am 6.

⁴¹⁶ Vgl. Praus, Ende, 206.

⁴¹⁷ Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 251.

⁴¹⁸ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 722.

⁴¹⁹ Vgl. Praus, Ende, 241.

⁴²⁰ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 636.

⁴²¹ Vgl. Lappenküper, Mitterrand, 263.

⁴²² Vgl. Lappenküper, Mitterrand, 267.

⁴²³ Selbst Ende Januar 1990 war die sowjetische Führung in vielen Dingen noch uneinig. (Vgl. Galkin/Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 66, 286-291.)

Dezember 1989 in Kiew lieferte Raum für Spekulationen. Auf bundesdeutscher Seite wurde gar gemunkelt, dass sich eine französisch-sowjetische Absprache zur Verhinderung der deutschen Einheit anbahne.⁴²⁴ Hinweise dafür finden sich im sowjetischen Gesprächsprotokoll des Archives der Gorbatschow-Stiftung. Mitterrand betonte wie wichtig es wäre, den gesamteuropäischen Prozess weiter voranzutreiben und dem deutschen Einigungsprozess keinesfalls den Vorzug zu geben. Er hob die Probleme und Befürchtungen hervor, die so gut wie alle europäischen Staaten teilten – insbesondere jene in Bezug auf den Zehn-Punkte-Plan Helmut Kohls und die künstliche Forcierung des Prozesses.⁴²⁵ Damit schien er Gorbatschows Ängste vor einer deutsch-deutschen Vereinigung geradewegs zu bestärken.

Der französische Präsident wies den Verdacht, er habe versucht die Einheit zu verhindern, aber stets scharf zurück. Der Besuch in Kiew reihe sich in die Kontinuität der wieder aufgenommenen Beziehung zur Sowjetunion ein, so der Präsident.⁴²⁶ So ist es auch bei Tilo Schabert zu lesen, der Mitterrand als Getriebenen seines europäischen Patriotismus beschreibt, welcher die Rolle Europas in dieser von Umwandlungen gezeichneten Zeit zwischen den beiden Supermächten hervorzuheben versuchte.⁴²⁷ Angelika Praus wiederum verortet bei ihm sowohl rein nationale Interessen als auch das grundsätzliche Verständnis für das Streben der Deutschen nach der Vereinigung. Demnach wäre er mal Franzose, mal Europäer gewesen – eine klare Linie sei nicht erkennbar.⁴²⁸ Insofern bleibt die Frage nach den Hintergründen seiner Reise nach Kiew offen, zumal die Befürchtung einer konkreten Absprache zur Verhinderung der Vereinigung, laut Hudemann, nicht bestätigt werden konnte.⁴²⁹

Generell waren die französische und die sowjetische Einstellung zur deutschen Frage sehr ähnlich. Beide Staatschefs hatten sich schon im Zuge eines Telefonates am 14. November 1989 zu „Freunden der DDR“ erklärt.⁴³⁰ Ihre Motive waren allerdings unterschiedlich: Die Sowjetunion fürchtete um den wichtigsten ihrer Partner im Wirkungsbereich des Warschauer Paktes und Frankreich wollte unter allen

⁴²⁴ Vgl. Hudemann, Stereotypen, 506.

⁴²⁵ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 62, 267-271.

⁴²⁶ Vgl. Lappenküper, Mitterrand, 267.

⁴²⁷ Vgl. Schabert, Weltgeschichte, 433.

⁴²⁸ Vgl. Praus, Ende, 4-5.

⁴²⁹ Vgl. Hudemann, Stereotypen, 506.

⁴³⁰ Vgl. Praus, Ende, 209-210.

Umständen verhindern, dass Deutschlands Größe und Macht weiter anwachsen und die französische noch mehr in den Schatten stellen würde.

Als Gorbatschow seine grundsätzliche Zustimmung zur deutschen Einheit im Februar 1990 schließlich gegeben hatte und erste Verhandlungen („2+4“) zu den äußersten Begebenheiten des künftigen deutschen Staates geführt wurden, trat Frankreich als „Anwalt“ der Sowjetunion auf, indem es die eigenen Verbündeten davor mahnte bei der Sowjetunion ein Gefühl der Isolation herbeizuführen. Dies wäre dem Fortkommen der Verhandlungen nicht dienlich.⁴³¹ Er suchte damit einen Umsturz in der Sowjetunion zu verhindern.⁴³² Ein solcher hätte schwere Folgen für den deutschen Einheits-, aber auch für den europäischen Prozess gehabt, da dieser konservative Kräfte an die Spitze der Sowjetunion katapultiert hätte.⁴³³ Andererseits sprach Mitterrand aber auch in eigener Sache, favorisierte er doch wie die Sowjetunion, eine Neugestaltung Europas, in Form einer gesamteuropäischen Konföderation,⁴³⁴ und sah in Gorbatschow eine Art Interessenspartner.

Am 25. Mai 1990 kam es zu einem wichtigen Treffen zwischen dem französischen Präsidenten und dem sowjetischen Generalsekretär. Vorrangig wurde das Problem der Bündniszugehörigkeit Deutschlands diskutiert, da als Ergebnis der deutschen Einheit und der Eingliederung Gesamtdeutschlands in die NATO die Isolation der Sowjetunion befürchtet wurde. Diese wollte Mitterrand unter keinen Umständen dulden und schlug die Auflösung der Militärblöcke vor.⁴³⁵ In der zweiten Unterredung im Zuge dieses Besuches wurde der französische Präsident konkreter, was seine Vorstellungen bezüglich der Sicherheit in Europa betraf. Er beteuerte zu wissen, dass die Vereinigung Deutschlands und dessen Mitgliedschaft in der NATO für Gorbatschow, genauso wie für ihn selbst, mit großen Schwierigkeiten verbunden sei.⁴³⁶ Dem sowjetischen Protokoll nach fuhr Mitterrand so fort:

„Deshalb betone ich die Notwendigkeit, Bedingungen für Ihre [die der Sowjetunion] Sicherheit zu schaffen, aber auch für die europäische Sicherheit

⁴³¹ Vgl. Frédéric Bozo: Mitterrand, the End of the Cold War and German Unification, New-York, Oxford 2009, 217.

⁴³² Vgl. Lappenküper, Mitterrand, 260.

⁴³³ Gorbatschow äußerte schon zu seiner Amtszeit berechtigte Ängste davor, welche Kräfte nach ihm das Ruder der Sowjetunion in die Hand nehmen würden. (Vgl. Dalos, Gorbatschow, 218.)

⁴³⁴ Vgl. Lappenküper, Mitterrand, 277.

⁴³⁵ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 94, 418-420.

⁴³⁶ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 95, 422-423.

insgesamt. Von diesem Ziel habe ich mich leiten lassen, als ich unter anderem meine Idee zur Schaffung einer europäischen Konföderation vorgebracht habe. Sie gleicht Ihrer Konzeption vom Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses.“⁴³⁷

Leider folgt daraufhin eine Auslassung im Protokoll, wodurch auf diese gemeinsame Idee einer neuen Konzeption für die Sicherheit Europas nicht näher eingegangen wird. Interessant allerdings scheint, dass Gorbatschow in seiner Reaktion auf die Ausführungen Mitterrands die Wichtigkeit der amerikanischen Präsenz in Europa unterstreicht. Sie wäre für ihn, so Gorbatschow, unverzichtbar, da sonst auf amerikanischer Seite Befürchtungen heraufbeschworen werden könnten, welche negative Auswirkungen auf die momentanen Prozesse hätten.⁴³⁸ Gorbatschow war demnach bestrebt bei den Verhandlungspartnern im Westen keinerlei Argwohn aufkommen zu lassen, sondern das günstige Gesprächs- und Verhandlungsklima möglichst aufrecht zu erhalten. Folglich war er auch bereit Kompromisse einzugehen.

Im weiteren Gesprächsverlauf wird deutlich, dass für Mitterrand wie für Gorbatschow der Prozess der deutschen Einheit eng gekoppelt war an die, für Mitterrand so wichtige, Neugestaltung Europas. So schlug Gorbatschow die Gründung einer neuen Institution vor, welche die militärischen Komponenten der NATO und des Warschauer Paktes zu Gunsten der politischen in den Hintergrund rücken und den Weg zu engeren Beziehungen frei machen solle. Erstes Feld der politischen Zusammenarbeit sollte das vereinte Deutschland sein, das von beiden Seiten „überwölbt“ würde.⁴³⁹

Nachdem noch andere Vorschläge bezüglich der Bündniszugehörigkeit Deutschlands gefallen waren, eröffnet das Protokoll doch noch Einsichten in Mitterrands Vorhaben, Europa durch eine Konföderation neu zu gestalten. Diese sollte die Sowjetunion einschließen, um deren Sicherheitsbedürfnisse zu stillen.⁴⁴⁰ Gleichzeitig würde dies Frankreich einen Partner innerhalb einer europäischen Organisation verschaffen, der ebenfalls bestrebt war ein deutsches Übergewicht in Europa zu

⁴³⁷ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, 423.

⁴³⁸ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 95, 423.

⁴³⁹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 95, 424-425.

⁴⁴⁰ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 95, 429.

verhindern. In diesem Sinne gestand Mitterrand: „Ich fühle mich mit Ihnen [Sowjetunion] ruhiger, als mit den Deutschen.“⁴⁴¹

Zum Schluss jedoch eröffnete Mitterrand dem sowjetischen Generalsekretär seine persönliche durchaus bittere Einschätzung. Er selbst sei durch seinen Vorschlag sehr bemüht gewesen auf die Situation einzuwirken und ein engeres Verhältnis zwischen Europa und der Sowjetunion in Sachen Sicherheit zu schaffen. Jedoch werde er, um eine Isolation Frankreichs zu verhindern, in der Frage der Bündniszugehörigkeit Deutschlands, nicht gegen seine Verbündeten stimmen. Mitterrand sehe keine Möglichkeit für Gorbatschow seine Vorstellungen gegenüber dem Wunsch der Deutschen und der Amerikaner (Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO) durchsetzen zu können.⁴⁴²

Tilo Schabert geht in seiner Darstellung davon aus, dass Mitterrand zu diesem Zeitpunkt bereits mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums rechnete.⁴⁴³ Dem französischen Präsidenten war die Ausgangslage der Sowjetunion in den 2+4-Verhandlungen offensichtlich vollkommen klar und er ließ von dem aussichtslosen Vorhaben einer Neugestaltung der europäischen Sicherheit ab. Er reihte die Beziehung zur Sowjetunion und die gemeinsamen Vorstellungen einem sicheren Platz Frankreichs innerhalb der bedeutendsten NATO-Länder hintan – ganz im Zeichen de Gaulles‘ und der Vorstellung Frankreichs Sonderstellung zu erhalten. Gorbatschow hatte somit einen wichtigen Partner in der Bündnisfrage verloren.

6.4. Der „abfahrende Zug“ und die sowjetische Kompromissbereitschaft

An der Meinung der Sowjetunion zur Bündniszugehörigkeit Deutschlands änderte sich jedoch noch längere Zeit nichts. Besonders im Politbüro und im Zentralkomitee standen die Barometer auf Konfrontation mit dem Ziel den Status quo so lange als möglich aufrecht zu erhalten.⁴⁴⁴ Dennoch waren immer wieder Stimmen sowjetischer Wissenschaftler zu vernehmen, die einer NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands den Vorzug gaben. Allen voran sorgte Wjatscheslaw Daschitschew unmittelbar nach den Volkskammerwahlen in der DDR durch zwei Interviews, welche in der Bundesrepublik publiziert wurden, für Furore. Er vertrat die Meinung, dass von

⁴⁴¹ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 95, 430.

⁴⁴² Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 95, 430-431.

⁴⁴³ Vgl. Schabert, Weltgeschichte, 463.

⁴⁴⁴ Vgl. Biermann, Kreml, 561.

einem neutralen deutschen Staat mehr Gefahrenpotenzial ausgege, als von einem Deutschland, das in einem System verankert wäre. Allerdings sei nur eine Mitgliedschaft in der NATO realistisch. Alexander Bowin gab ebenfalls an, dass eine Neutralisierung Deutschlands „keine Quelle der Stabilität“ sein könne. Eine Mitgliedschaft in der NATO hingegen würde einerseits zwar die Niederlage der Sowjetunion hervorheben, stünde allerdings für den gesunden Menschenverstand, für vernünftige Politik und den Sieg der Demokratie. In der Sowjetunion stießen die Stimmen dieser beiden Querdenker vorerst noch auf erbitterten Widerstand.⁴⁴⁵ Eine Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO stellte vor allem ein psychologisches Problem dar – sie würde die Niederlage der Sowjetunion im Kalten Krieg bedeuten.⁴⁴⁶ Folglich erlebten die konservativen Reihen in der Sowjetunion im Mai 1990 noch einmal einen Aufwärtstrend. Die Rufe nach Ordnung und Disziplin wurden lauter. Besonders der sowjetische Außenminister geriet durch seine liberale Haltung weiter in Bedrängnis. Gorbatschow, der ansonsten mit Schewardnadse auf einer Wellenlänge war, stand unter maßgeblichem Einfluss Falins, der als „Germanist“ der „alten Schule“ jegliches Entgegenkommen gegenüber dem Westen ablehnte.⁴⁴⁷

Außenminister Schewardnadse griff den Gedanken, eine deutsche NATO-Mitgliedschaft nicht länger zu verweigern, schließlich doch auf. Am 3. Mai 1990 legte er dem Politbüro ein entsprechendes Papier vor. Gorbatschow soll dieses lautstark abgelehnt haben.⁴⁴⁸ Diese scharfe Reaktion leitete sich aus der momentanen Stärke und dem Einfluss der Konservativen sowie der Tatsache, dass Gorbatschow im Gegensatz zu Schewardnadse, welcher nur die Interessen seines Ressorts zu vertreten hatte, auch Rücksicht nehmen musste auf die zahlreichen gegnerischen Stimmen, die im Falle eines Aufbegehrens seine eigene Stellung gefährden konnten, ab.⁴⁴⁹ Erst Tschernjajew, der die europäische Situation ebenfalls erfasst hatte, gelang es mit Hilfe eines Memorandums zur Deutschlandpolitik vom 4. Mai 1990, in welchem er eine NATO-Mitgliedschaft als unumgänglich bezeichnete, den Generalsekretär umzustimmen.⁴⁵⁰ In diesem Memorandum stellte er die Tatsachen in

⁴⁴⁵ Vgl. Biermann, Kreml, 555-556.

⁴⁴⁶ Vgl. Biermann, Kreml, 558.

⁴⁴⁷ Vgl. Biermann, Kreml, 585-587.

⁴⁴⁸ Vgl. Biermann, Kreml, 562-565. und Vgl. Plato von, Vereinigung, 337.

⁴⁴⁹ Vgl. Biermann, Kreml, 564-565.

⁴⁵⁰ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 89, 393-395.

Form eines bildlichen Vergleichs dar, der Eingang in die Geschichtsbücher finden sollte: „Und wozu sollen wir auch in diesem Fall einen abfahrenden Zug einholen, zumal es schon offensichtlich ist, dass wir keine Möglichkeit haben, auf die Lokomotive aufzuspringen, aber geb's Gott, irgendwo auf die Mitte des Zuges?“⁴⁵¹ Besonders interessant aber ist das Argument, welches Tschernjajew am Ende seiner Ausführungen darlegt. Er geht auf die Politik des Neuen Denkens, den europäischen Prozess und das Ende von Aggression, Ängsten und Überfällen ein, welche abgelöst wurden durch ein neues Vertrauensverhältnis zwischen Ost und West. Er verstehe nicht, wieso die Sowjetunion ausgerechnet in einem so wichtigen Moment der europäischen Einigung⁴⁵² „eiserne Unversöhnlichkeit“ demonstriere und damit nicht nur die Politik des Neuen Denkens, sondern auch die Doktrin der Abrüstung in Europa auf ein beträchtlich schwankendes Postament stellen wollte. Des Weiteren würden die Beziehungen zur Bundesrepublik unter der sowjetischen Haltung leiden, und das ausgerechnet jetzt, da die Perestroika ohnehin in Schwierigkeiten stecke. Ein weiteres Beharren auf der Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands würde daher zu Verdächtigungen und Spekulationen führen, die der Sowjetunion schlussendlich nicht zum Vorteil gereichen würden.⁴⁵³

Die innenpolitischen Krisenherde hatten sich inzwischen ausgeweitet. Der Generalsekretär war auf eine Entspannungspolitik in Europa angewiesen, um sich den Problemen im eigenen Land widmen zu können. Dazu brauchte er des Weiteren finanzielle Unterstützung, welche zumeist von der Bundesrepublik gestellt wurde. Jede Aktion, die den Fortgang des Einigungsprozesses bremsen würde, stellte ein Risiko dar, könnte sie doch das Verhältnis zum Westen belasten und die Sowjetunion isolieren.⁴⁵⁴

Erste Anzeichen des Umdenkens signalisierte Gorbatschow beim Treffen mit Mitterrand am 25. Mai.⁴⁵⁵ Dabei wurde neben den Diskussionen zum neuen gemeinsamen Sicherheitssystem in Europa auch die Möglichkeit einer beschränkten NATO-Mitgliedschaft aufgezeigt, so wie Frankreich diese praktizierte. Das geeinte

⁴⁵¹ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 89, 393.

⁴⁵² Das Ende der Teilung Deutschlands war Bedingung des europäischen Einheitsprozesses. Das war auch vehementen „Einheits-Gegnern“ wie Gorbatschow und Mitterrand bewusst. (Vgl. Lemke, Sowjetunion, 468. und Vgl. Praus, Ende, 239.)

⁴⁵³ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 89, 394-395.

⁴⁵⁴ Vgl. Biermann, Kreml, 566.

⁴⁵⁵ Vgl. Biermann, Kreml, 590.

Deutschland könne politisch der NATO angehören, militärisch jedoch nicht. Dieser Vorschlag kam überraschenderweise von Gorbatschow, der hiermit erstmals den Beitritt Deutschlands zur NATO, wenn auch in abgewandelter Form, als Variante vorschlug.⁴⁵⁶ Damit war ein großer Schritt getan. Der sowjetische Generalsekretär schien sich nun endlich selbst ein Bild der Lage der sowjetischen Verhandlungsteilnehmer im 2+4-Prozess gemacht zu haben. Bislang erhielt er in der Regel Informationen von Schewardnadse, dessen Ausführungen er offenbar nicht immer Glauben schenkte. Im Gespräch mit Mitterrand schien er die starre Haltung des Westens erstmals selbst erkannt zu haben.⁴⁵⁷

Außenminister Schewardnadse, der schließlich zu der Überzeugung gelangt war, dass eine gänzliche Abschaffung der NATO zu Gunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems momentan nicht realisierbar war, versuchte das Atlantische Bündnis nun zu umfassenden Reformen zu motivieren.⁴⁵⁸ Er schlug dem bundesdeutschen Außenminister Genscher bei einem bilateralen Treffen am 11. Juni in Brest einen Sammlung von Ideen vor, die die Umwandlung der NATO von einem militärischen zu einem politischen⁴⁵⁹ Bündnis vorsah und bezog diese ebenso auf den Warschauer Pakt. Dadurch sollte die Annäherung der beiden Bündnisse erreicht werden.⁴⁶⁰ Schewardnadses „Wunschliste“ enthielt drei wesentliche Punkte:⁴⁶¹

1. Abbau von Truppen und Rüstung in Europa sowie die Reduzierung der Streitkräfte Deutschlands
2. Institutionalisierung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
3. NATO und Warschauer Pakt sollten in einer gegenseitigen Absichtserklärung die Prinzipien ihrer künftigen Beziehung festlegen.

Das sollte der Sowjetunion die Zustimmung zum NATO-Beitritt Deutschlands erleichtern. Damit war der Grundstein für den Weg zum Konsens in der Bündnisfrage gelegt.⁴⁶² Es folgten die Londoner Verhandlungen zur Umgestaltung

⁴⁵⁶ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 95, 427.

⁴⁵⁷ Vgl. Biermann, Kreml, 590.

⁴⁵⁸ Vgl. Biermann, Kreml, 595.

⁴⁵⁹ Die friedenserhaltende Funktion wurde gestärkt, was dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis entgegen kam. (Vgl. Robert Grünbaum: Deutsche Einheit, Opladen 2000, 120.)

⁴⁶⁰ Vgl. Hilger, Diplomatie, Dokument Nr. 35, 176-177.

⁴⁶¹ Vgl. Christoph Bertram: Signale an den Kreml, In: Zeit Online/Politik, 06.07.1990, 1-2.

⁴⁶² Vgl. Biermann, Kreml, 595-596.

des Atlantikbündnisses, die Moskau großteils mit Wohlwollen aufnahm.⁴⁶³ Seitens des Westens, insbesondere der Bundesrepublik, wurden weitere Maßnahmen forciert, die der Sowjetunion das Einlenken im deutsch-deutschen Einigungsprozess erleichtern sollten.

7. Was Gorbatschows Entscheidung beeinflusste

Nachdem der Boden nun bereitet worden war, kam es darauf an, die endgültige Zustimmung des sowjetischen Generalsekretärs zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zu erlangen. Dies schien dem amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1990 bei einem Gipfeltreffen auf seinem Landsitz in Camp David gelungen zu sein. Zunächst präsentierte sich der Generalsekretär noch von seiner unnachgiebigen Seite, forderte die Neutralität oder zumindest die Doppelmitgliedschaft Deutschlands in beiden Bündnissen.⁴⁶⁴ Dann aber redete sich Gorbatschow in Rage und hielt dem US-Präsidenten vor, dass dieser den Deutschen ihre Wahlfreiheit des Bündnisses absprechen würde, wich er doch nicht von einer NATO-Mitgliedschaft ab. Die Deutschen sollten, so der Generalsekretär, selbst ihre Wahl treffen können.⁴⁶⁵ Damit hatte er sich erstmals offiziell für die Freiheit der Bündniswahl ausgesprochen. Mit dieser Option war der US-Präsident sehr einverstanden – die Deutschen sollten selbst entscheiden!⁴⁶⁶

In der nachfolgenden Pressekonferenz jedoch betonte Gorbatschow die bestehenden Differenzen in der Bündnisfrage; er kehrte also wieder zu seiner ursprünglichen Meinung zurück.⁴⁶⁷ Dieser Vorfall zeigte, wie unentschlossen Gorbatschow zu diesem Zeitpunkt noch war – er machte Konzessionen, die er anschließend wieder zurücknahm oder zumindest nicht offiziell bestätigte. Laut Biermann hatte Bush nämlich in seinem Eingangsstatement zu dieser Pressekonferenz eine Erklärung abgegeben, welche dem Generalsekretär zuvor vorgelegt worden war und welche dieser bestätigte. Darin eröffnete Bush, dass Gorbatschow sich mit der freien Wahl der Deutschen einverstanden erklärt hatte. Letzterer ging darauf aber überhaupt nicht

⁴⁶³ Vgl. Ritter, Volk, 36.

⁴⁶⁴ Vgl. Biermann, Kreml, 601.

⁴⁶⁵ Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 96, 440-442.

⁴⁶⁶ Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 96, 440.

⁴⁶⁷ Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 97, 442-443.

ein. In den sowjetischen Medien wurde Bushs Statement zudem mit keiner Silbe erwähnt.⁴⁶⁸

Die endgültige Klärung der Bündnisfrage sowie aller äußerer Angelegenheiten des vereinten Deutschland wurde schlussendlich beim Gipfeltreffen zwischen Bundeskanzler Kohl und dem Generalsekretär in Moskau und im Kaukasus am 15. und 16. Juli 1990 erzielt.⁴⁶⁹ Neben den beschriebenen Gesprächen und der Umgestaltung des sowjetischen Systems im Ganzen wirkten dabei auch andere Einflüsse auf die Entscheidung Gorbatschows. Diese lassen sich in folgende fünf Kategorien einteilen: Innenpolitik und Wirtschaft, Sicherheitspolitik, Einflüsse aus der DDR, Handelnde Persönlichkeiten und zuletzt der Aktualitätsverlust. Die Reihenfolge, in der die gewählten Kategorien angeführt werden, entspricht der Gewichtung, wie sie die Autorin dieser Arbeit vorzunehmen versuchte. Das erstgenannte Thema übte demnach den größten Einfluss aus. Dabei wurde auch berücksichtigt, welche Bedeutung diesen Untergruppen in der Literatur sowie in den Gesprächsprotokollen und Artikeln der *Pravda* zugesprochen wird.

7.1. Das Hemd ist uns näher als der Rock: Innenpolitik und Wirtschaft

Die innenpolitischen und wirtschaftlichen Einflüsse lassen sich in zwei weitere untergeordnete Kategorien aufteilen – jene, die die Entscheidung Gorbatschows hinauszögerten und jene, die zur Beschleunigung beitrugen.

Zu ersterer Kategorie zählte der Einfluss der politischen Gegner Gorbatschows. Dazu gehörten einerseits die immer stärker werdenden Liberalen unter Jelzin, welche in Verdacht standen sich von den kommunistischen Werten abzuwenden und die KPdSU in eine Sozialdemokratie umwandeln zu wollen. Ihnen gegenüber standen die konservativen orthodoxen Deutschlandexperten und die militärische Führung, welche Schewardnadse, Gorbatschow und Jakowlew beschuldigten den Zerfall der Sowjetunion herbeigeführt zu haben. Die Situation geriet ihrer Ansicht nach vollkommen außer Kontrolle.⁴⁷⁰ Sie bevorzugten eine Politik nach veralteten Maßstäben, lehnten den Kurs des Generalsekretärs, der von demokratischen

⁴⁶⁸ Vgl. Biermann, Kreml, 605.

⁴⁶⁹ Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokumente Nr. 102, 103 und 104, 458-488.

⁴⁷⁰ Vgl. Biermann, Kreml, 458-465.

Wertvorstellungen geprägt war, ab und setzten stattdessen auf das sture Beharren auf sowjetischen Forderungen. Diese Linie ließ aber jedweden Realitätsbezug vermissen, da die Probleme, die sich im Inneren der Sowjetunion anbahnten, unbeachtet blieben.⁴⁷¹ Sie setzten sich zusammen aus der immer verheerenderen Versorgungsknappheit, dem technischen Rückstand gegenüber dem Westen, ökologischen Problemen,⁴⁷² der zunehmenden Unglaubwürdigkeit und dem Erstarken der Opposition gegenüber der Perestroika,⁴⁷³ dem immer akuteren Nationalitätenproblem⁴⁷⁴ sowie der massiv ansteigenden Verschuldung des sowjetischen Staates.⁴⁷⁵ Sie bilden die zweite, beschleunigende Unterkategorie. Beschleunigend, weil sie alle auf eine möglichst rasche Lösung drängten. Der Generalsekretär musste 1989/90 die außenpolitischen Angelegenheiten so bald als möglich abwickeln, um die inneren Probleme der Sowjetunion in Angriff nehmen zu können.⁴⁷⁶ Letztere trieben den Entscheidungsprozess in der deutschen Frage folglich indirekt voran.

Besonders die stagnierende Wirtschaft musste angekurbelt werden. Der Eiserne Vorhang und die westliche Embargopolitik waren Voraussetzungen für den scheinbaren Erfolg des Rates Gegenseitiger Wirtschaftshilfe, welcher das wirtschaftliche Integrationsorgan des Ostblocks darstellte. Mit ihrem Wegfall trat das Ausmaß der wirtschaftlichen Katastrophe erst vollends zu Tage.⁴⁷⁷

Die ökonomischen Verflechtungen zwischen der UdSSR und der DDR waren bis dahin sehr eng gewesen. Die Lieferung ostdeutscher maschineller Erzeugnisse war für die Sowjetunion von besonderer Wichtigkeit, da mit diesen, durch den innerdeutschen Handel, westdeutsche technische Neuerungen in die Sowjetunion gebracht wurden. Umgekehrt lieferte die Sowjetunion, so lange dies möglich war, große Mengen an Erdöl und anderen Energieträgern in die DDR. In den 70er Jahren wurde außerdem die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit weiter ausgebaut. Der Umstand, dass sich die anderen Länder des Ostblocks auf Grund dramatischer

⁴⁷¹ Vgl. Biermann, Kreml, 632.

⁴⁷² Vgl. Gorbatschow, Perestroika, 19-25.

⁴⁷³ Vgl. Biermann, Kreml, 417 und 419.

⁴⁷⁴ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 222-223.

⁴⁷⁵ Letztere war entstanden durch die geringe Produktivität der sowjetischen Planwirtschaft und die exorbitanten Kosten der militärischen Rüstung im Zuge des Kalten Krieges. (Vgl. Lemke, Sowjetunion, 459.) Diese Kosten beliefen sich auf 25 bis 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. (Vgl. Gorbatschow/ Sagadin/ Tschernjajew, Denken, 13.)

⁴⁷⁶ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 472.

⁴⁷⁷ Vgl. György Dalos: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009, 13.

Veränderungen immer wieder als unzuverlässige Partner herausgestellt hatten, führte dazu, dass die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR noch enger wurden – ja letztere sogar als „Juniorpartner“ der Sowjetunion angesehen wurde. Doch die Begebenheiten forderten alternatives Denken. Seit 1955 entfaltete sich ein Interaktionsdreieck zwischen der Sowjetunion, der DDR und der BRD – und zwar auf Grundlage der wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik. Aus diesem Interaktionsraum wurde rasch ein Konkurrenzfeld. Die aufstrebende Wirtschaft der Bundesrepublik wirkte mit einer ungeheuren Anziehungskraft auf die beiden desolaten Staaten, sodass für die Sowjetunion die Partnerschaft zur BRD bald wichtiger wurde als jene zur ebenfalls gebrechlichen DDR. Gleichzeitig war auch die DDR dem wirtschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Einfluss der BRD ausgesetzt und wurde von dieser zusehends abhängiger. Dieser Trend entsprach freilich nicht den Vorstellungen der SED, welche versuchte das Land Richtung Westen abzuschotten – eine Taktik, die auch die Sowjetunion aus internationalen Gründen im Rahmen des Ost-West-Konflikts unterstützte. Gleichzeitig hoffte die SED auf wirtschaftliche Hilfe aus Moskau, die die Abhängigkeit von Westdeutschland unterbinden sollte, deren Gewährleistung aus sowjetischer Sicht mit den Jahren aber immer schwieriger und in gleichem Maße uninteressanter zu werden schien. Hier spielte auch die Fehleinschätzung Gorbatschows bezüglich der ostdeutschen Wirtschaftslage eine entscheidende Rolle. Noch Beginn des Jahres 1989 schien der sowjetische Generalsekretär die Wirtschaft der DDR für stabil zu halten, was fernab jeder Realität war. Hierdurch wurde der mangelnde oder verspätete Informationsaustausch zwischen den beiden ehemals so eng verbundenen Bruderländern nicht zum ersten Mal offenbar.⁴⁷⁸

Gleichermaßen waren ohne die finanzielle Hilfe der BRD die Reformen Gorbatschows in der Sowjetunion, an deren Umsetzung der Westen im Sinne der Entspannungspolitik sehr interessiert war, nicht mehr durchführbar.⁴⁷⁹ Um den bedeutendsten Milliardenkredit bat der sowjetische Außenminister am 4. Mai 1990. Es galt die bevorstehende Zahlungsunfähigkeit der Sowjetunion abzuwehren, welche unter anderem negative Folgen auf die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen gehabt hätte. Kohl reagierte mit dem Angebot eines ungebundenen Kredites über fünf Milliarden DM. Sowohl das bundesdeutsche Kabinett als auch der

⁴⁷⁸ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 457-461.

⁴⁷⁹ Vgl. Küsters/ Hofmann, Dokumente, 37.

Haushaltsausschuss willigten im Juni in den sogenannten „Jumbo-Kredit“ ein, für den die Bundesregierung ein Entgegenkommen der Sowjetunion in der deutschen Frage erwartete.⁴⁸⁰ „Und das konnte ich nicht deutlich sagen. Ich meine, [...] dem Partner zu verstehen zu geben, dass wir einen solchen Kredit als Teil der Gesamtlösung ansehen, ohne dass es verärgert [...]“⁴⁸¹, so Horst Teltschik, der zu den Kreditverhandlungen nach Moskau geschickt wurde.⁴⁸² Es war der Bundesrepublik offensichtlich daran gelegen in Moskau keine Missstimmung zu verbreiten. Dass der Kredit jedoch keinesfalls aus reiner Nachbarschaftsliebe vergeben wurde, machte Teltschik hier deutlich. Der BRD-Botschafter in Moskau Joachim von Arnim hatte ihm im Jänner 1990 mitgeteilt, dass die Sowjetunion in den Vereinigungsverhandlungen ökonomisch und nicht so sehr politisch orientiert sei. Nur über wirtschaftliche Beziehungen würde langfristig Einfluss auf die sowjetische Politik geübt werden können.⁴⁸³

Der Erhalt der DDR hätte für die Sowjetunion aus ökonomischer Sicht tatsächlich nur Nachteile gebracht. Die Kosten dafür standen in keinem Verhältnis zur Sinnhaftigkeit der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen den Blöcken, der bisherigen Aufgabe der DDR. Die desolate DDR-Wirtschaft stellte eine Belastung dar, welche die Sowjetunion nicht tragen konnte. Ökonomische Hilfeleistungen und Bestandsgarantien wurden, wie im Falle aller ehemaligen Bruderländer, zurückgezogen. Michael Lemke geht sogar davon aus, dass die Sowjetunion von der Aufgabe der DDR insofern profitierte, als dass dies dem Bau am „Gemeinsamen Haus Europa“ diente, in welches die Sowjetunion integriert werden sollte.⁴⁸⁴ Somit hätte die deutsche Einheit auch dem grundsätzlichen politischen Kurs Gorbatschows und Schewardnadses entsprechen müssen. Unberücksichtigt bleiben bei Lemkes Einschätzung jedoch die sowjetischen Empfindlichkeiten in Bezug auf einen großen deutschen Staat sowie die Tatsache, dass das „Gemeinsame Haus Europa“ schlussendlich nie „zu Ende gebaut“ wurde. Jedenfalls wird an diesem Beispiel deutlich, dass ein Übergang im Denken der Sowjetunion entstanden war – vom Festhalten an der Existenz der DDR hin zu der Überzeugung, dass dies nicht um jeden Preis zu verwirklichen war.⁴⁸⁵

⁴⁸⁰ Vgl. Biermann, Kreml, 647-649.

⁴⁸¹ Zit. nach: Plato von, Vereinigung, 339.

⁴⁸² Vgl. Plato von, Vereinigung, 339.

⁴⁸³ Vgl. Karner, Kreml und Wiedervereinigung, 56-57.

⁴⁸⁴ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 471-472.

⁴⁸⁵ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 466.

Eine Sonderstellung innerhalb der beschleunigenden Faktoren nimmt eine verfassungspolitische Reform Gorbatschows ein, die dazu diente die Machtposition des Zentralkomitees und des Politbüros zu beschränken und seine eigene zu stärken. De facto bedeutete dies die Einführung des Präsidentenamtes, in das Gorbatschow am 15. März 1990 durch einen außerordentlichen Kongress der Volksdeputierten gewählt wurde. Damit erhielt er mehr Macht als jeder seiner Vorgänger.⁴⁸⁶ In Bezug auf die deutsche Frage erweiterte dieser Schachzug seinen Handlungsspielraum um ein Vielfaches. Die Verlagerung der Beschlussmacht auf ihn gestattete es Gorbatschow alle Entscheidungen persönlich zu treffen, ohne auf andere Gremien Rücksicht nehmen zu müssen.

Einen Platz zwischen bremsenden und beschleunigenden Faktoren nimmt der 28. Parteitag der KPdSU ein. In der Phase vor diesem machtpolitischen Großereignis war nicht klar, ob Gorbatschow die Mehrheit der Stimmen erhalten und somit an der Spitze der Sowjetunion verbleiben würde. Die konservativen Ränge hatten nämlich an Bedeutung gewonnen, was Gorbatschow dazu veranlasste die Zügel zur deutschen Frage beträchtlich anzuziehen und schon in Aussicht gestellte Zugeständnisse wieder zurückzunehmen.⁴⁸⁷ Insofern wirkte der Parteitag entschleunigend. Der überraschend dominante Wahlsieg verschaffte Gorbatschows Deutschlandpolitik jedoch gehörigen Rückenwind. Die Probleme der Innenpolitik standen für seine Gegner derartig im Vordergrund, dass Gorbatschow die deutsche Frage nun unbehelligt lösen konnte.⁴⁸⁸ Somit wirkte der Parteitag, zumindest nach seinem Abschluss, als Katalysator im 2+4-Prozess.

7.2. Eine Frage der Stabilität: Sicherheitspolitik

Einer der wichtigsten Gründe für Gorbatschows Politik des Neuen Denkens war die Reduzierung der Streitkräfte – allen voran der Atomwaffen – auf dem europäischen Kontinent. Dies hing nicht nur mit der Erkenntnis zusammen, dass das atomare Wettrüsten die gesamte Menschheit gefährdete, sondern auch mit den

⁴⁸⁶ Vgl. Biermann, Kreml, 456.

⁴⁸⁷ Vgl. Biermann, Kreml, 468 und 671.

⁴⁸⁸ Vgl. Biermann, Kreml, 674-675.

Rüstungsausgaben der Sowjetunion, die mittlerweile die finanziellen Möglichkeiten um ein Vielfaches überstiegen und so das Land in den Ruin trieben.⁴⁸⁹ Ihr Kontingent musste so rasch wie möglich gesenkt werden. Dieser Gedanke prägte die gesamte Außenpolitik Gorbatschows.

Die Einstellung der übrigen Warschauer-Pakt-Staaten war für die außenpolitische Handlungsfähigkeit Gorbatschows in der Bündnisfrage rund um ein vereintes Deutschland ebenfalls von elementarer Bedeutung. Diesbezüglich kam es in Prag am 17. März 1990 zu einem Treffen der Außenminister der Mitgliedstaaten. Ziel der Sowjetunion war das Erreichen eines Schulterschlusses für die Neutralität Deutschlands. Der Versuch scheiterte jedoch an den mittlerweile weit auseinanderklaffenden Sorgen und Bestrebungen der teilnehmenden Außenminister. Während DDR-Außenminister Oskar Fischer die Neutralität bevorzugte, sprachen sich die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen für eine NATO-Mitgliedschaft aus. Von Seiten der eigenen Verbündeten war diesbezüglich keine Rückendeckung zu erwarten.⁴⁹⁰

Weitaus wichtiger im Rahmen der Sicherheitspolitik waren allerdings die Zugeständnisse der NATO in Form der Londoner Deklaration. Einerseits ging es darum das Bündnis zu modernisieren und an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Konkret bedeutete das ein Abweichen von der bislang praktizierten antisowjetischen Haltung. Da die Sowjetunion keine Bedrohung mehr darstellte, war diese Einstellung überholt. Die Sicherheitspolitik musste vollkommen überarbeitet, das „Politische“ mehr hervorgehoben werden. Andererseits erhofften sich insbesondere Deutsche und Amerikaner mit der Bündnisreform Gorbatschow die Zustimmung zur Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO erleichtern zu können – immerhin wechselte nach altem Blockdenken die DDR in das ehemals feindlich gesinnte System. Dass das für die Sowjetunion mit Schwierigkeiten verbunden war, leuchtete Kohl und Bush ein. Um den gewünschten Effekt jedoch erzielen zu können, war es notwendig den Reformprozess parallel zu den 2+4-Verhandlungen durchzuführen.⁴⁹¹ Die Reform der NATO musste so bald als möglich erfolgen.

⁴⁸⁹ Vgl. Gorbatschow/ Sagladin/ Tschernjajew, Denken, 11-18.

⁴⁹⁰ Vgl. Karner, Kreml und Wiedervereinigung, 87.

⁴⁹¹ Vgl. Biermann, Kreml, 507.

Die Fragen, die auf der Tagesordnung des NATO-Reformgipfels im Juni 1990 standen, wirken geradezu maßgeschneidert auf die sowjetischen Wünsche, welche Schewardnadse formuliert hatte: Neben der neuen „politischen“ Ausrichtung sollte es auch darum gehen, wie viele konventionelle Streitkräfte noch gebraucht würden, welche Rolle Nuklearwaffen in Europa spielen sollten, welche Ziele für die Verhandlungen über den Abbau der atomaren Kurzstreckenwaffen in Europa gesteckt werden sollten und zuletzt, wie die KSZE weiter gestützt werden könnte.⁴⁹² Am 14. Juli 1990 traf Gorbatschow mit dem NATO-Generalsekretär Manfred Wörner zusammen. Zum allerersten Mal saßen sich die Oberhäupter beider Militärblöcke im Gespräch gegenüber. Die Stimmung war, dem sowjetischen Protokoll nach zu urteilen, entspannt, wohlgesonnen und dennoch so, als versuchten beide die neue Situation erst auszuloten. Gesprächsthema waren die Ergebnisse des Londoner NATO-Gipfels. Das Gesprächsprotokoll zeigt, dass die Londoner Deklaration bei Gorbatschow keineswegs auf ungebrochene Begeisterung stieß – im Gegenteil, er war durchaus skeptisch.⁴⁹³ Kohl gegenüber, den er tags darauf ebenfalls in Moskau empfing, hob er aber ausschließlich die positive Entwicklung der NATO hervor, betonte die Akzentverschiebung auf politische Aspekte und beteuerte, dass damit ein großer Schritt getan worden sei, der Auswirkungen auf die Planung der Zukunft habe.⁴⁹⁴ Warum Gorbatschow Wörner gegenüber argwöhnte und Kohl gegenüber positiv zur Londoner Deklaration Stellung nahm, muss leider offenbleiben. Möglicherweise deutete er dem Bundeskanzler damit seine Entscheidung in der Bündnisfrage an. Ab dem Zeitpunkt, an dem Gorbatschow die Londoner Deklaration positiv bewertete, konnte diese die von Kohl und Bush angestrebte Wirkung als beschleunigender Faktor in der Bündnisfrage entwickeln. Ob ihr Einfluss auf Gorbatschows ganz persönliche Entscheidung allerdings so groß war, wie dies den Anschein hat, ist zu hinterfragen, immerhin rief ihr Inhalt bei ihm auch Zweifel hervor.

Die *Pravda* malte ein zwiespältiges Bild von der Londoner Deklaration. In zwei Artikeln wurde über die Ergebnisse berichtet. Zum einen kehrten ihre Autoren, A. Ljutij und T. Kolesnitschenko, die beide Artikel gemeinsam verfasst hatten, die positiven Momente der Deklaration hervor. Dazu zählten sie u.a. die Stärkung der politischen Komponente, die konstruktive Richtung der Verhandlungen und die

⁴⁹² Vgl. Biermann, Kreml, 508.

⁴⁹³ Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 101, 455-456.

⁴⁹⁴ Vgl. Galkin/ Tschernajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 102, 462.

Stärkung der Funktion der KSZE. Hingegen sei das Thema eines künftigen effektiven europäischen Sicherheitssystems nur in seinen Ansätzen berührt worden. Auch in Bezug auf die künftige Rolle der NATO warnten die Autoren vor unangebrachter Euphorie. Die NATO bleibe weiterhin ein Militärblock, der in vereinbartem Ausmaß Kern- und gewöhnliche Waffen besitze. Die Reformen wurden, ebenfalls unter Anführungsstrichen, als „Modifikation“ bezeichnet. Hinsichtlich der deutschen Bündnisfrage wurde auf dem Gipfel keine Antwort gegeben. Die Mitglieder der NATO bestünden weiterhin auf einer Lösung, basierend auf einer reinen NATO-Mitgliedschaft. Alternativen wurden nicht angeführt. Dennoch schlossen beide Artikel mit positiven Statements zu den Ergebnissen des Gipfels: Es handle sich um einen weiteren Schritt auf dem Wege zum Abschluss des Kalten Krieges, im Zuge dessen sich die NATO der Sowjetunion annäherte.⁴⁹⁵

7.3. Was der Wille des Volkes bewirkt: Einflüsse aus der DDR

Gorbatschow verdächtigte Kohl nicht nur einmal den Vereinigungsprozess durch Stimmungsmache in der DDR künstlich voranzutreiben und damit die Stabilität in Europa zu gefährden.⁴⁹⁶ Das mag in gewissem Ausmaß auch zutreffen, schließlich sah Kohl die vielleicht einmalige Chance gekommen den westlichen und den östlichen Teil Deutschlands nach 41-jähriger Trennung wieder zusammenzufügen.⁴⁹⁷ Dennoch ging die Dynamik vor allem von der DDR-Bevölkerung aus. Hak-Sung Kim untersuchte 1992 die Wirkungen der sowjetischen Perestroika auf den deutsch-deutschen Vereinigungsprozess und stellte fest, dass die Reformen Gorbatschows der Protestbewegung in der DDR zusätzliche Antriebskraft verliehen. Seit dem Beginn der Perestroika kriselte es in der Beziehung zwischen der Sowjetunion und ihrem ehemaligen Junior-Partner. Die SED lehnte die umfangreichen sowjetischen Reformen strikt ab,⁴⁹⁸ während viele andere ehemalige Bruderländer auf den Zug der Reformen aufsprangen und Ähnliches wie Gorbatschow umzusetzen versuchten oder sogar, ihre neue staatliche Unabhängigkeit nutzend, darüber hinausgingen.⁴⁹⁹

⁴⁹⁵ Vgl. Pravda, 07.07.1990, Проводы «холодной войны». und Vgl. Pravda, 10.07.1990, Момент истины.

⁴⁹⁶ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 61, 258.

⁴⁹⁷ Vgl. Kohl, Mauerfall, 10.

⁴⁹⁸ Vgl. Hak-Sung Kim: Die Auswirkungen der Perestroika auf die DDR und die deutsche Wiedervereinigung, München 1992, 27.

⁴⁹⁹ Vgl. Kim, Auswirkungen, 32 und 162.

Honeckers Begründung für seine offensive Ablehnung lag in der Auffassung, dass die DDR-Wirtschaft ohnehin kontinuierlich reformiert worden sei und besser dastehne als jene der Sowjetunion, mit der es sich immer noch zu messen galt.⁵⁰⁰ Dabei reduzierte er die Perestroika auf ihre wirtschaftliche Komponente, klammerte Gesellschaftspolitisches und Ideologisches aus, da er Reformen in diesen Bereichen grundsätzlich verweigerte. Die DDR-Bevölkerung aber verfolgte die Reformvorhaben in den Bruderländern aufmerksam und fand naturgemäß Gefallen daran, wodurch die Unzufriedenheit mit dem eigenen System wuchs.⁵⁰¹ Da der hohe Lebensstandard in der DDR im Vergleich zu den anderen Ostblockstaaten augenscheinlich war, war der Blick zu den osteuropäischen Nachbarn bislang ein Garant für die Stabilität gewesen; jetzt wurde er der DDR Führung zum Verhängnis – zu deutlich wurde präsentiert, Welch umfangreiche Änderungen möglich waren.⁵⁰² Die Empfänglichkeit der DDR für äußere Einflüsse war, trotz des Widerstandes der politischen Führung, angestiegen. Durch den ständigen Vergleich mit den Lebensverhältnissen in Westdeutschland wuchs zusätzlich das Bewusstsein dafür, dass der eigene Lebensstandard, obwohl der höchste im gesamten Ostblock, dem Vergleich mit der BRD keinesfalls standhalten konnte. Die daraus resultierende Desillusionierung und die Verdrossenheit angesichts der politischen Erstarrung spiegelten sich in der Begeisterung für die Reformen Gorbatschows.⁵⁰³ Das Honecker-Regime reagierte mit der Abschottung der eigenen Bevölkerung von der Perestroika, beispielsweise durch das Verbot von Zeitschriften, Filmen und sämtlichen Reden Gorbatschows, die Kritik am sozialistischen System und dessen Realitätsverdrängung übten.⁵⁰⁴ De facto half selbst das nicht mehr – die Bevölkerung drängte auf tiefgreifende Veränderungen. Außerdem gab es Mittel und Wege, selbst verbotene Informationen aus der Sowjetunion zu erhalten, immerhin konnte westdeutscher Rundfunk fast in der gesamten DDR empfangen werden.⁵⁰⁵ Daher sind diese Verbotsmaßnahmen als Akt der Verzweiflung zu werten.

Die Frustration der Bevölkerung angesichts der Unbeweglichkeit des Systems manifestierte sich schließlich auf dramatische Weise in den stark anschwellenden

⁵⁰⁰ Vgl. Kim, Auswirkungen, 35 und 29.

⁵⁰¹ Vgl. Kim, Auswirkungen, 162.

⁵⁰² Vgl. Detlef Pollack: »Wir sind das Volk! « Sozialstrukturelle und ereignisgeschichtliche Bedingungen des friedlichen Massenprotests, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 183.

⁵⁰³ Vgl. Kim, Auswirkungen, 24-25.

⁵⁰⁴ Vgl. Kim, Auswirkungen, 36 und 41.

⁵⁰⁵ Vgl. Kim, Auswirkungen, 190-191.

und nicht enden wollenden Flüchtlingsströmen aus der DDR in Richtung Bundesrepublik.⁵⁰⁶ Diese waren besonders schmerhaft, verließen doch vorwiegend junge, hochqualifizierte Arbeitskräfte das Land Richtung Westen.⁵⁰⁷ Diejenigen die daheim blieben, forderten hingegen schon bald die Vereinigung mit der Bundesrepublik – die Bevölkerung der DDR rollte über das autoritäre Regime und seine Nachfolger einfach hinweg. Die ostdeutsche „Revolution“ entwickelte eine Eigendynamik, deren Geschwindigkeit von den politischen Akteuren kaum zu fassen war.⁵⁰⁸ Das Tempo zwang sie jedoch zum Handeln – und zwar nicht irgendwann, sondern sofort. Damit beschleunigte das Volk der DDR auch Gorbatschows Vorgehen, der sich einer Entscheidung nicht länger entziehen konnte.

Gorbatschow selbst trug auch durch andere politische Weichenstellungen zur wachsenden Instabilität der DDR bei. Die Aufgabe der Breschnew-Doktrin beispielsweise bedeutete auch die Aufhebung des bewaffneten Schutzes der SED durch die sowjetischen Truppen.⁵⁰⁹ Das entzog der Partei ihr wichtigstes Abschreckungspotenzial gegenüber der eigenen Bevölkerung.⁵¹⁰ Die traute sich nun gegen das eigene Regime zu protestieren. Ähnliches bewirkten die zahlreichen Fehleinschätzungen des Generalsekretärs – er glaubte tatsächlich an eine Reformierung der DDR aus eigener Kraft. Erst beim Besuch Modrows im November 1989 wurde Gorbatschow das Ausmaß der Katastrophe bewusst.⁵¹¹ Zu spät, um noch effektiv eingreifen zu können. Das betraf auch die wirtschaftliche Lage der DDR. Der Trugschluss des Generalsekretärs bezüglich der Wirtschaftskraft der DDR und das Unvermögen der Sowjetunion ökonomische Hilfe zu leisten, führten zu einer Beschleunigung des Verfallsprozesses der DDR. Dieser wiederum machte die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der BRD und der DDR schon sehr früh unumgänglich.⁵¹²

Es wird also deutlich, dass die DDR sämtliche beschleunigende Faktoren beisteuerte, die durch Gorbatschows Politik indirekt und ungewollt initiiert worden waren.

⁵⁰⁶ Vgl. Kim, Auswirkungen, 192-193.

⁵⁰⁷ Vgl. Pollack, Volk, 189.

⁵⁰⁸ Vgl. Marc-Dietrich Ohse: »Wir sind ein Volk!« Die Wende in der »Wende«, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 269-272.

⁵⁰⁹ Vgl. Schallmoser, Statik, 105.

⁵¹⁰ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 466.

⁵¹¹ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 467.

⁵¹² Vgl. Ulrich Albrecht: Die Abwicklung der DDR. Die „2+4-Verhandlungen“. Ein Insider-Bericht, Opladen 1992, 12.

7.4. Die politischen Akteure: Persönlichkeiten

„Wie hoch man den subjektiven Faktor in der Geschichte auch immer bewertet: Für die deutsche Einheit war die Konstellation Gorbatschow-Kohl geradezu schicksalhaft.“⁵¹³, so Lemke. Das Schicksal als Einflussfaktor hier anzuführen mag unwissenschaftlich anmuten. Ein Blick zurück in die Geschichte des Kalten Krieges zeigt aber, dass die Kommunikation zwischen allen vorherigen Staatsoberhäuptern, Präsidenten und Kanzlern im Westen und den jeweiligen Generalsekretären der Sowjetunion verhalten, gehemmt oder gar auf Grund von Feindseligkeiten unterbrochen worden war. Erst mit dem Amtsantritt Gorbatschows als Generalsekretär kam es zu einem „persönlichen Tauwetter“. Gorbatschow stieß im Westen auf eine Woge der Sympathie. Seine Art zu reden, sein Stil und seine Mimik, die für sowjetische Politiker bislang unüblich waren, zeigten das Menschliche des immer noch als feindlich geltenden Ostblocks.⁵¹⁴ Dennoch war gerade das Verhältnis zwischen Gorbatschow und Kohl nicht immer ungetrübt. Kohl, möglicherweise ängstlich angesichts des für einen Sowjetpolitiker ungewöhnlichen Verhaltens und verärgert darüber, dass der Generalsekretär die halbe Welt bereiste, die Bundesrepublik jedoch zunächst mied, verglich ihn mit Goebbels, der ebenfalls ein Experte in Sachen Öffentlichkeitsarbeit gewesen sei. Das Aufsehen, das diese Aussage erregte, war groß. Gorbatschow reagierte aber gelassen, sodass dieser Affront keine negativen Auswirkungen auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen hatte.⁵¹⁵

Das Verhältnis zwischen Gorbatschow und Kohl wurde im Laufe der Zeit besser: „Nach und nach gelangten Kohl und ich zu einem guten, nicht nur politischen, sondern auch menschlichen, Einvernehmen.“⁵¹⁶ Ohne dieses Einvernehmen, so Gorbatschow in seinen Erinnerungen, hätte sich die Lösung des gesamten Komplexes von Problemen, den die Wiedervereinigung mit sich gebracht hatte, deutlich schwieriger gestaltet. Er war überzeugt davon, dass der persönliche Kontakt zu den Gesprächspartnern und das Bemühen, deren Beweggründe zu verstehen, in der internationalen Politik immer wichtiger würden.⁵¹⁷

⁵¹³ Lemke, Sowjetunion, 468.

⁵¹⁴ Vgl. Dalos, Vorhang, 12.

⁵¹⁵ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 80.

⁵¹⁶ Gorbatschow, Erinnerungen, 704.

⁵¹⁷ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, 704.

Doch auch das gute Verhältnis zu George Bush soll nicht unerwähnt bleiben. Am 31. Mai 1990 sinnierte Gorbatschow im Gespräch mit diesem, wie wichtig es gewesen sei, dass sie sich bereits auf Malta kennengelernt und persönlichen Kontakt aufgebaut hätten.⁵¹⁸ Er spielte auf die dramatisch raschen Veränderungen in Osteuropa an, auf die es möglichst schnell zu reagieren galt. Dass zwischen den USA und der Sowjetunion konstruktive Gespräche geführt werden konnten, war ein großer Fortschritt und eine Voraussetzung für die 2+4-Verhandlungen. Die gesamte sowjetische Deutschlandpolitik wurde bedeutend von den Beziehungen zu den USA bestimmt, so Schallmoser. Die sowjetische Annäherung zur und Distanzierung von der amerikanischen Außenpolitik führten gleichermaßen zur Vermehrung oder Verringerung der sowjetischen Handlungsoptionen.⁵¹⁹

Besonders eng aber war die freundschaftliche Beziehung zwischen dem bundesdeutschen und dem sowjetischen Außenminister. Die Gesprächsprotokolle des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik geben Aufschluss darüber: Genscher versuchte auf die sowjetischen Befindlichkeiten einzugehen, indem er sich für kooperative Strukturen der Sicherheit in Europa und für eine verstärkte politische Funktion der Bündnisse aussprach.⁵²⁰ Seine außenpolitischen Ansätze deckten sich mit der Vorstellung Schewardnadses vom Bau des „Gemeinsamen Europäischen Hauses“ und wirkten vertrauensbildend. Als Genscher am 5. Dezember 1989 in Moskau Kohls Zehn-Punkte-Plan vor Gorbatschow verteidigt hatte, kam es auf der Fahrt zum Flughafen zu einem Gespräch mit Schewardnadse, der ihm offenbarte, dass, angesichts der ultimativen Forderungen Kohls, für die Sowjetunion der Empfang Genschers in Frage gestanden war. Weil Genscher aber auf Grund seiner Aufrichtigkeit großer Respekt entgegengebracht werde, habe das Gespräch, trotz der angespannten Situation, stattgefunden.⁵²¹ Dieses Beispiel zeigt, dass die Qualität der politischen Beziehungen auch von der Persönlichkeit und der Einstellung der Beteiligten abhängig war.

In den weiteren Gesprächsprotokollen zwischen Schewardnadse und Genscher wird immer wieder deutlich, dass letzterer bereit war der Sowjetunion in vielerlei Hinsicht

⁵¹⁸ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 96, 432.

⁵¹⁹ Vgl. Schallmoser, Statik, 91.

⁵²⁰ Vgl. Hilger, Diplomatie, Dokument Nr. 9, 48.

⁵²¹ Vgl. Hilger, Diplomatie, Dokument Nr. 14, 80-82.

entgegenzukommen.⁵²² Aber auch Schewardnadse zeichnete sich durch sein ausgeprägtes Einschätzungs- und Einfühlungsvermögen aus. So meinte er in Bezug auf die Bündnisfrage, dass er verstehe, dass Deutschland die NATO nicht verlassen könne. Ähnlich erginge es der Sowjetunion, die den Zusammenbruch des Warschauer Paktes nicht zulassen würde, um eine Disbalance zwischen den Blöcken zu verhindern.⁵²³

Festzuhalten ist, dass der Kontakt zwischen Genscher und Schewardnadse immer intensiver wurde. Die nun häufiger vereinbarten Gespräche verliefen allesamt in freundschaftlicher Atmosphäre. Beiden Seiten war am Ausbau der Beziehungen gelegen.⁵²⁴ Parallel dazu wurde der Gesprächston direkter – ohne Umschweife machte Schewardnadse Genscher klar, dass die deutsche Vereinigung nur unter Gorbatschow möglich wäre: „Wenn sich die Lage der SU [Sowjetunion] destabilisiere, werde ein Diktator kommen.“⁵²⁵ Hier also wieder ein Hinweis darauf, dass die Persönlichkeit entscheidend war. Im Kreise der sowjetischen Genossen und auf internationalem Parkett hätte der sowjetische Außenminister wohl kaum so drastische Worte gefunden. Genscher gegenüber konnte er die Dinge jedoch beim Namen nennen. Auch in Bezug auf die Bündnisfrage vertrat Schewardnadse die Meinung, dass es am besten wäre, wenn er und Genscher dieses Problem lösten.⁵²⁶ Von bilateralen Gesprächen versprach er sich möglicherweise ein rascheres Fortkommen der Vereinigungsverhandlungen. Das war aus sowjetischer Sicht wünschenswert, da Gorbatschow damit die Auseinandersetzung mit den innenpolitischen Problemen der Sowjetunion rascher ermöglicht würde.

Es liegt nahe, dass das gute Verhältnis zwischen Genscher und Schewardnadse sich auch auf Kohl und Gorbatschow auswirkte, zumal beide mit ihrem jeweiligen Außenminister ein enges Arbeitsverhältnis⁵²⁷ pflegten. Auf der Ebene der Minister wurde ein Grundstock an gegenseitigem Vertrauen geschaffen, auf den der Bundeskanzler und der sowjetische Präsident aufbauen konnten. Das freundschaftliche Gesprächsklima trug seines dazu bei, die gegensätzlichen

⁵²² Vgl. Biermann, Kreml, 495.

⁵²³ Vgl. Hilger, Diplomatie, Dokument Nr. 23, 116.

⁵²⁴ Vgl. Hilger, Diplomatie, Dokument Nr. 20, 104.

⁵²⁵ Hilger, Diplomatie, Dokument Nr. 20, 102.

⁵²⁶ Vgl. Hilger, Diplomatie, Dokument Nr. 23, 116.

⁵²⁷ Schewardnadse war von Beginn an einer der engsten Vertrauten Gorbatschows gewesen. (Vgl. Dalos, Gorbatschow, 56.) Im Falle Kohls und Genschers war die Zusammenarbeit nicht so eng. Sie verfolgten die gleichen Ziele, hatten aber oftmals divergierende Vorstellungen, wie diese zu erreichen wären. (Vgl. Plato von, Vereinigung, 377.)

Positionen anzunähern. Große Zugeständnisse, wie die Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands, setzten das Vertrauen Gorbatschows zu Kohl schlichtweg voraus. Ohne dieses hätte der 2+4-Prozess ohne Frage länger angedauert.

7.5. Aus dem Fokus: Aktualitätsverlust

Die Aktualität der deutschen Frage unterlag einem starken Wandel. Ihren Höhepunkt erreichte sie Beginn des Jahres 1990 auf Grund der rasanten Veränderungen in der DDR.

In der *Pravda*, anhand derer gezeigt werden kann, wie aktuell die deutsche Frage aus Sicht der KPdSU war, wurde darüber regelmäßig berichtet, innenpolitische Themen überwogen aber deutlich. Wichtige Staatsbesuche im Zusammenhang mit der Vereinigung fanden zwar Erwähnung und wurden kommentiert, allerdings hing die Intensität der Berichterstattung stark damit zusammen, wer als Guest erwartet wurde, oder um welches Ereignis es sich handelte. So wurde beispielsweise sehr ausführlich über Gorbatschows Treffen mit Mitterrand am 6. Dezember 1989 in Kiew berichtet, der Abschluss des 2+4-Vertrages wurde im Gegensatz dazu in nur zwei Artikeln behandelt. Dies mag mit den Zugeständnissen zusammenhängen, die die Sowjetunion darin eingehen musste, oder aber mit dem Auftreten neuer, akuter Probleme.

Dass die deutsche Frage nur eines von vielen Problemfeldern Gorbatschows war, ist bekannt. Alles drängte auf eine rasche Lösung in Europa hin, um sich anderen Angelegenheiten widmen zu können.⁵²⁸ Insbesondere einem Problem, das die politische Weltbühne durch seine krisenhafte Entwicklung „erobert“ hatte. Die Welt blickte gespannt in den Nahen Osten; der Zweite Golfkrieg wurde Thema Nummer eins in der internationalen Politik. Besonders anhand der *Pravda* lässt sich dies beobachten: Die Berichte aus dem Irak und Kuwait nahmen seit Ende Juli 1990 rasant zu und dominierten ab August den außenpolitischen Teil der Tageszeitung. Über die deutsche Wiedervereinigung wurde ab dem Zeitpunkt hingegen nur noch selten berichtet. Das Interesse an der Aufhebung der Spaltung Europas schien verlorengegangen zu sein. Die gröbsten Fragen waren geklärt, Deutschland würde

⁵²⁸ Vgl. Lemke, Sowjetunion, 472.

seine Einheit wiedererlangen. Nur die Verträge mussten noch unterzeichnet werden. Damit sich die Beteiligten (vor allem die UdSSR und die USA) der neuesten Problemzone zuwenden konnten, sollte dies möglichst rasch vonstatten gehen. Die Konzentration auf den Zweiten Golfkrieg mag Gorbatschow auch gar nicht ungelegen gekommen sein, immerhin stürzte sich die Presse auf dieses Thema – die vermeintliche Niederlage der Sowjetunion im Kalten Krieg wurde durch ein aktuelleres, brisanteres Thema überdeckt. Der Aktualitätsverlust der deutschen Wiedervereinigung brachte Gorbatschow wie auch alle anderen Beteiligten dazu, rasch zu einer Einigung zu gelangen.

Die angeführten Faktoren bestimmten das Vorgehen Gorbatschows beim Besuch Helmut Kohls im Juli 1990 in Moskau. Bereits vor der Abreise des Bundeskanzlers erreichte diesen eine Einladung des Generalsekretärs, mit ihm seine Heimat Archys im Kaukasus zu besuchen. Das wurde in der Bundesrepublik als positives Signal gewertet.⁵²⁹ Horst Teltschik meinte dazu: „Das ist ein gutes Zeichen. Denn wenn Gorbatschow Streit wollte, dann führte er Sie nicht in seine Heimat.“⁵³⁰ Das erste Vier-Augen-Gespräch fand am 15. Juli statt. Kohl kam gleich nach der Begrüßung auf seinen Vorschlag zu sprechen, einen umfassenden deutsch-sowjetischen Vertrag abzuschließen.⁵³¹ Dieser sollte die Bereiche Politik, Wirtschaft, Finanzen, Wissenschaft, Technik, Kultur und Jugendaustausch umfassen.⁵³² Damit hoffte die Bundesrepublik das sowjetische Vertrauen zu gewinnen und den deutschen Einigungsprozess vorantreiben zu können.⁵³³ Nach einer Diskussion über die Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen brachte Gorbatschow den bilateralen Vertrag selbst mit der deutschen Frage in Verbindung, woraufhin noch auszuhandelnde Probleme genannt und besprochen wurden. Die wichtigsten Fragen waren: die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands, die Aufhebung der Vier-Mächte-Rechte und eine Übergangslösung für den Verbleib der sowjetischen Truppen auf

⁵²⁹ Vgl. Plato von, Vereinigung, 377.

⁵³⁰ Zit. nach: Plato von, Vereinigung, 377.

⁵³¹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 102, 459.

⁵³² Vgl. Christoph-Matthias Brand: Souveränität für Deutschland. Grundlagen, Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990, Köln 1993, 228.

⁵³³ Vgl. Biermann, Kreml, 510.

dem Gebiet der DDR.⁵³⁴ In puncto NATO-Mitgliedschaft kann dieses Gespräch als Meilenstein gelten. Gorbatschow sprach sich erstmals für die Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands zur NATO aus. Bedingung war ihre Nicht-Ausdehnung auf das Gebiet der DDR, nun allerdings beschränkt auf den Zeitraum, in dem dort noch sowjetische Truppen stationiert waren. Diese Übergangsperiode, so einigten sich beide Gesprächspartner, sollte drei bis vier Jahre betragen. Danach sollte über den Abzug verhandelt werden. Auch hier bot Kohl seine Hilfe in Form von Umschulungen für die sowjetischen Armeeangehörigen auf zivile Berufe und des Baus von Wohnungen an.⁵³⁵

Tags darauf wurde in der *Pravda* das besonders freundschaftliche Klima, das der näheren Zusammenarbeit zuträglich gewesen sei, erwähnt. Diese Chance dürfe man sich nicht entgehen lassen. Einerseits ging es in der Theorie um die Zukunft Europas und die Vereinigung Deutschlands, andererseits um das Pragmatische, die Suche nach Lösungen der aktuellen Fragen der deutschen Vereinigung in Hinblick auf die außenpolitischen Angelegenheiten. Auch der allumfassende bilaterale Vertrag und die damit verbundenen Probleme wurden angesprochen. Die konkreten Zusagen Gorbatschows wurden nicht erwähnt.⁵³⁶ Auch in der Pressekonferenz, die Gorbatschow am 15. Juli gab und deren Inhalt in der *Pravda* abgedruckt worden war, sind keine definitiven Aussagen zu finden. Gorbatschow beschrieb den Verlauf der Gespräche und bezeichnete diese als konstruktiv. Der Frage eines Journalisten, ob eine Annäherung der beiden Positionen in der Bündnisfrage gelungen sei, wich er aus.⁵³⁷

Im Kaukasus, genauer gesagt in Archys nahe Stawropol, wurden die Gespräche am 16. Juli fortgesetzt.⁵³⁸ Genscher und Schewardnadse waren ebenfalls beteiligt. Der Bundeskanzler kam auch hier sofort auf den, zwischen der Sowjetunion und dem vereinten Deutschland, geplanten Vertrag zu sprechen, schlug vor, bereits jetzt mit dessen Ausarbeitung zu beginnen und dies auch in der gemeinsamen Pressekonferenz bekannt zu geben. Gorbatschow zeigte sich einverstanden. Ein solcher Vertrag müsse aber langfristig angelegt werden, da er dann dem sowjetischen Volk die Gewissheit gäbe, von beiderseitigem Nutzen zu sein und qualitativ

⁵³⁴ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 102, 462-464.

⁵³⁵ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 102, 464-466.

⁵³⁶ Vgl. Pravda, 16.07.1990, Президент СССР и канцлер ФРГ приступили к переговорам.

⁵³⁷ Vgl. Pravda, 16.07.1990, Встреча с журналистами.

⁵³⁸ Vgl. Plato von, Vereinigung, 383.

neuwertige Verbindungen anzubahnen. Schewardnadse bemerkte, dass die grundlegenden Punkte des Vertrages bis November ausgehandelt werden sollten, da dies dem Obersten Sowjet (zu dt.: Oberster Rat) die Zustimmung zu Dokumenten, die im Zusammenhang mit der Deutschen Vereinigung stehen, erleichtern würde.⁵³⁹ An dieser Stelle wird deutlich, wie viel dieser Vertrag für die sowjetische Seite wirklich bedeutete und, dass er die Wirkung, die Kohl von ihm erwartet hatte, nicht verfehlte.

Danach ging es um die Form des Abschlussdokuments zum 2+4- Mechanismus. Genscher hob das Erreichen der vollkommenen Souveränität Deutschlands als Ziel hervor. Gorbatschow hingegen konzentrierte sich auf die äußeren Aspekte der Vereinigung. Das Dokument müsse, so Gorbatschow, die Grenzen auf das Gebiet der BRD, DDR und Berlin, den Verzicht Deutschlands auf ABC-Waffen (atomare, biologische und chemische Waffen) und die Rechte und Verantwortungen der Vier Mächte festlegen. Ergebnis sei die vollkommene Souveränität Deutschlands. Auf dem Weg dorthin würden sich aber noch Probleme ergeben.⁵⁴⁰ Kohl schlug vor diese Probleme einzeln zu behandeln und begann damit, dass die vollständige Souveränität eines Staates auch die freie Bündniswahl beinhalte. Die Frage der ABC-Waffen würde sich nicht stellen, da der Verzicht Deutschlands darauf bereits fest stehe. Und schließlich schlug Kohl vor, den Verbleib der sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der DDR durch einen gesonderten bilateralen Vertrag zu regeln, der sich am allumfassenden deutsch-sowjetischen Vertrag orientieren sollte. Gorbatschow ergänzte, dass die Problematik des Verbleibens der Truppen mit der Nicht-Ausdehnung der NATO-Strukturen auf den östlichen Teil Deutschlands verbunden sei. Die jeweiligen Vorstellungen dazu sollten gesammelt und zu einem späteren Zeitpunkt gegenseitig vorgestellt werden. Wichtig schien Gorbatschow in diesem Zusammenhang, dass die NATO-Länder mitsamt ihrer Kernwaffen nicht auf das Gebiet der DDR vorrückten. Kohl fragte, ob dies gelten solle, solange sich dort sowjetische Truppen befänden. Diese Frage stellte er bereits zum zweiten Mal, doch Gorbatschow wisch ihm geschickt aus.⁵⁴¹ Damit wolle er sich auseinandersetzen, wenn die sowjetischen Truppen abgezogen würden. Für die sowjetische Seite war eine Vereinbarung darüber, dass das vereinte Deutschland als Mitglied der NATO

⁵³⁹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 104, 470-471.

⁵⁴⁰ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 104, 472-473.

⁵⁴¹ Laut dem deutschen Protokoll definierte Gorbatschow klar, dass es sich um den Zeitraum bis zum Abzug der sowjetischen Truppen handeln sollte. (Vgl. Plato von, Vereinigung, 387.)

nach dem Abzug der sowjetischen Truppen die Sicherheit der Sowjetunion nicht gefährde, zentral. Wohingegen die deutsche Seite betonte, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, Deutschland erlange erst nach dem Abzug der sowjetischen Truppen seine volle Souveränität. In der entsprechenden Vereinbarung würde dies berücksichtigt und bekräftigt werden, so Gorbatschow. Außerdem sei die Entscheidung über die Zugehörigkeit zur NATO das souveräne Recht der Deutschen.⁵⁴² Diese Aussage könnte nicht von größerer Bedeutung sein. So lange hatte sich Gorbatschow gegen die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zur Wehr gesetzt, nun stimmte er ihr zu. An der Bedingung der Aufrechterhaltung der sowjetischen Sicherheit, indem eine Stationierung von Truppen und Atomwaffen der NATO, auch nach dem Abzug der sowjetischen Einheiten, auf dem Gebiet der DDR keine Option darstellen sollte, hielt er allerdings fest.⁵⁴³ Danach wurde über den Zeitraum bis zum Abzug der sowjetischen Soldaten diskutiert. Gorbatschow, der am Vortag noch mit einer Frist von drei bis vier Jahren einverstanden gewesen war, hielt dies nicht mehr für machbar und legte sich quer. Kohl versuchte ihn indes davon zu überzeugen, dass drei Jahre vor allem für die Sowjetunion von Vorteil wären, da sich die wirtschaftlichen Bedingungen in der DDR, und somit auch die Lage der sowjetischen Soldaten, rasant ändern würden.⁵⁴⁴

Genscher eröffnete außerdem die Frage der Reduzierung der Bundeswehr. Diese sollte parallel mit dem Abzug der sowjetischen Truppen verlaufen. Sollten letztere innerhalb von drei Jahren abgezogen sein, würden bis dahin auch die deutschen Kontingente auf eine vereinbarte Maximalzahl reduziert werden. Um diesen Prozess voranzutreiben, wiederholte Kohl sein Angebot zur Unterstützung der sowjetischen Armeeangehörigen durch Wohnungsbau und Umschulungen. Gorbatschow betonte, dass die Lage, auf Grund von zusätzlichen Belastungen beim Unterhalt der Truppen, ab 1991 schwieriger werden würde.⁵⁴⁵ Die Verschuldung der Sowjetunion war schon in den Sommermonaten 1990 rasant angestiegen, sodass westliche Geldinstitute keine Kredite mehr verleihen wollten.⁵⁴⁶ Die Stationierungskosten im Umfang von 2,8 Mrd. Ost-Mark hatte bislang die DDR getragen. Am 1. Juli 1990 war jedoch die Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR in Kraft getreten und die

⁵⁴² Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 104, 473-477.

⁵⁴³ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 104, 477.

⁵⁴⁴ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 104, 479-480 und 483.

⁵⁴⁵ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 104, 483-485.

⁵⁴⁶ Vgl. Dalos, Gorbatschow, 220. 1985 betrug die Verschuldung der Sowjetunion 20 Milliarden Dollar, 1990 bereits 100 Milliarden. (Vgl. Dalos, Gorbatschow, 220.)

Ost-Mark wertlos geworden. Daher mussten rasch Antworten auf die Fragen gefunden werden, ob die Bundesrepublik diese Verpflichtung zu übernehmen hätte und wenn ja, wie hoch die an die Sowjetunion auszubezahlende Summe sein würde. Bonn hatte sich nach Verhandlungen bereit erklärt, den bisherigen Modus beizubehalten.⁵⁴⁷ Dies sollte jedoch keine langfristige Lösung sein. Das Entgegenkommen der BRD, die Stationierungs- und Fortbildungskosten der sowjetischen Soldaten auf dem Gebiet der DDR übernehmen zu wollen, wirkte positiv auf Gorbatschows Einlenken.⁵⁴⁸ Wie in Moskau bereits angekündigt, wurde im Kaukasus endgültig beschlossen einen gesonderten Vertrag für die „Folgen in Zusammenhang mit der Einführung der D-Mark auf dem Territorium der DDR“ zu schließen. Darin würde sich die BRD bereit erklären, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Deren konkrete Verwendung (für die sowjetischen Truppen) sollte aber nicht explizit erwähnt werden, da nicht der Anschein geweckt werden sollte, dass das souveräne Deutschland für Unterhaltskosten sowjetischer Truppen aufkomme.⁵⁴⁹ Mit diesem Paket an Unterstützungsleistungen war Kohl Gorbatschow ein ganzes Stück weit entgegengekommen. Aus reiner Selbstlosigkeit hatte sich Kohl dazu, so ist es anzunehmen, jedoch nicht durchgerungen. Die Finanzspritzen der Bundesrepublik waren, wenn auch nicht als Bestechungsgeld zu verstehen, doch eine Investition in die Lösung der deutschen Frage und förderten obendrein die Stabilität der Sowjetunion und damit die ganz Europas.⁵⁵⁰

Am Ende des Gespräches wurde eine Obergrenze der deutschen Streitkräfte (370 000 Mann) genannt, auf die Gorbatschow jedoch nicht einging.⁵⁵¹

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Gorbatschow der NATO-Mitgliedschaft und der Souveränität Deutschlands zugestimmt hatte. Eine definitive Einigung zur Maximalstärke der Streitkräfte Deutschlands und zur Zeitspanne für den Verbleib der sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der DDR von drei bis vier Jahren fand noch nicht statt.

Bei der anschließenden Pressekonferenz, deren Verlauf am 18. Juli in der *Pravda* abgedruckt wurde,⁵⁵² betonte Gorbatschow die Wichtigkeit der Veränderung der

⁵⁴⁷ Vgl. Biermann, Kreml, 646-647.

⁵⁴⁸ Vgl. Biermann, Kreml, 641.

⁵⁴⁹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 104, 484-486.

⁵⁵⁰ Vgl. Biermann, Kreml, 647.

⁵⁵¹ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 104, 486.

⁵⁵² Vgl. Pravda, 18.07.1990, Пресс-конференция М. С. Горбачева и Г. Коля.

NATO. Dies sei eine Voraussetzung für die Ergebnisse gewesen, welche mit dem Bundeskanzler nun erzielt worden waren.⁵⁵³ „Wahrscheinlich hat die westdeutsche Seite „in Reinform“ nicht das erhalten, was sie sich erhofft hatte. „In Reinform“ haben auch wir nicht das erhalten, was wir uns seinerzeit erhofft hatten. Aber wir waren Realisten, [...]“⁵⁵⁴, so Gorbatschow. Dies war ein Versuch hervorzuheben, dass beide Seiten Abstriche machen mussten, um zu einer Einigung, gemäß der bestehenden Realitäten (z.B.: Eintritt Deutschlands in die NATO), zu kommen. Es wirkt geradewegs so, als wollte Gorbatschow sagen, dass keinesfalls nur er Zugeständnisse gemacht habe. Möglicherweise sollte das Kritiker in Schach halten, die meinten er sei zu nachgiebig gewesen. Gorbatschow betonte in der Pressekonferenz, dass die Souveränität Deutschlands nicht mehr zur Disposition stehe, die Interessen der Sowjetunion aber weiterhin berücksichtigt würden. Bezuglich des Zeitraumes bis zum Abzug der sowjetischen Truppen sprach er von drei bis vier Jahren, diese Frage müsse aber noch abgewogen werden.⁵⁵⁵ War im Gespräch mit Kohl noch keine endgültige Zustimmung erfolgt, so legte sich der Generalsekretär in der Pressekonferenz auf eine Maximalstärke der deutschen Truppen fest: „[...] die Bundesregierung erklärt sich bereit, bereits während der jetzt laufenden Wiener Gespräche [der KSZE] eine Erklärung abzugeben, in der sie sich zur Reduzierung der Streitkräfte des vereinigten Deutschland innerhalb von drei, vier Jahren auf 370 000 Mann verpflichtet.“⁵⁵⁶ Die Frage nach der Stärke der deutschen Truppen enthielt, so ist es anzunehmen, für die sowjetische Seite einen psychologischen Faktor. Je kleiner das Truppenkontingent der Deutschen in Zukunft sein würde, umso leichter könne Gorbatschow der Vereinigung zustimmen. Eine rasche Festlegung in dieser Angelegenheit wirkte sich ebenso positiv auf die deutsche Frage aus.

Unter den anschließenden Fragen der Journalisten waren wirtschaftliche, agrarische sowie solche zum angekündigten allumfassenden bilateralen Vertrag und zum Anwachsen des gegenseitigen Vertrauens (mit Bezug auf die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands).⁵⁵⁷ Sowjetische wie deutsche Journalisten scheinen sehr gefasst auf die Ergebnisse der Gespräche reagiert zu haben. Die von ihnen gestellten Fragen wirken, soweit das in schriftlicher Form nachvollziehbar ist, nüchtern und analytisch,

⁵⁵³ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 105, 491-492.

⁵⁵⁴ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 105, 492.

⁵⁵⁵ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 105, 492-493.

⁵⁵⁶ Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 105, 490.

⁵⁵⁷ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 105, 494-503.

keinesfalls aber euphorisch, oder niedergeschlagen, und das, trotz der unglaublichen Tragweite der Gesprächsergebnisse. In jedem Fall waren die Inhalte der Pressekonferenz deutlich aussagekräftiger als ein Artikel, der tags zuvor in der *Pravda* erschienen war und zu keinem der besprochenen Themen konkrete Ergebnisse preisgab. Es war nur die Rede von einer Annäherung der Sichtweisen.⁵⁵⁸ Es kann also auch in dieser Phase, in der die wichtigsten Entscheidungen gefallen waren, noch vom Schwanken des sowjetischen Präsidenten gesprochen werden. Wie es die Presseartikel vermuten lassen, wurden die Informationen über die Vereinbarungen zur deutschen Einheit nämlich erst langsam und behutsam dosiert an die Öffentlichkeit weitergegeben. Wenn Zugeständnisse Gorbatschows darin zu erkennen waren, so wurden diese durch bedeutende Vorteile, die die Sowjetunion daraus ziehen würde, überdeckt. Meist bezogen sich diese Vorteile auf wirtschaftliche Hilfe, vermehrte Zusammenarbeit oder Gorbatschows Entscheidung war überhaupt den „Realitäten“ geschuldet.

Auf der 2+4-Außenministerkonferenz am 17. Juli erklärte Schewardnadse, dass die Zeit der Blöcke vorbei sei und Moskau keine Einwände gegen die Aufhebung der Vier-Mächte-Rechte mehr habe, was der Umgestaltung der NATO zu schulden sei.⁵⁵⁹ Und dennoch waren noch einige Fragen ungeklärt.⁵⁶⁰ Dazu gehörten die Grundpfeiler des großen deutsch-sowjetischen Vertrags und die Festlegung eines konkreten Zeitpunktes zur Erlangung der Souveränität Deutschlands (gleichzeitig mit dem Vollzug der Einheit oder erst nach der Ratifizierung der Abschlusserklärung der 2+4-Verhandlungspartner durch deren Parlamente). Auch zur Stationierung und zum Abzug der sowjetischen Truppen sowie zu den Stationierungsbedingungen der Sowjets und der Westalliierten in Berlin herrschte noch Klärungsbedarf. Und die Zeit drängte. Bundesaußenminister Genscher traf deshalb immer wieder mit Schewardnadse zusammen.⁵⁶¹ Doch erst zwei Telefonate zwischen Gorbatschow und Kohl am 7. und 10. September konnten die letzten Streitpunkte beseitigen.⁵⁶² Gorbatschow forderte eine Erhöhung der finanziellen Unterstützungsmittel für die in der DDR stationierten sowjetischen Soldaten. Die von Kohl genannte Summe von

⁵⁵⁸ Vgl. *Pravda*, 17.07.1990, С четом всех точек зрения.

⁵⁵⁹ Vgl. Brand, Souveränität, 231.

⁵⁶⁰ Vgl. Albrecht, Abwicklung, 131.

⁵⁶¹ Bei Hilger sind die betreffenden Gesprächsdokumente zu finden. (Vgl. Hilger, Diplomatie, Dokument Nr. 41, 222-227, Dokument Nr. 42, 227-240, Dokument Nr. 45, 250-256.)

⁵⁶² Vgl. Brand, Souveränität, 233-235.

acht Milliarden Mark reiche nicht aus, um Wohnungen zu bauen, die nötige Infrastruktur zu schaffen, die Umschulung zu organisieren und den Unterhalt und Rücktransport der Soldaten zu finanzieren. Kohl merkte sofort an, dass von Rücktransport und Infrastruktur bisher keine Rede war.⁵⁶³ Am 10. September wurde ein Kompromiss geschlossen: Die BRD gewährte der Sowjetunion für einen Zeitraum von vier Jahren 12 Milliarden Mark und zusätzlich einen zinslosen Kredit mit einer Laufzeit von fünf Jahren.⁵⁶⁴ Damit waren die Probleme beseitigt. In der *Pravda* erschien eine kurze Notiz darüber, dass es einen außerplanmäßigen Meinungsaustausch zwischen Gorbatschow und Kohl gegeben habe. Details wurden nicht genannt.⁵⁶⁵

In der Zeit zwischen dem Treffen im Kaukasus und den telefonischen Absprachen zwischen Gorbatschow und Kohl erschienen in der *Pravda* zwei interessante Artikel zur deutschen Vereinigung. Der erste wurde am 22. Juli abgedruckt und enthielt Leserbriefe eines Kriegsveteranen, eines Leiters eines Presse-Zentrums und eines bundesdeutschen Pazifisten, welche Sorgen, Befürchtungen und optimistische Stimmen zum Thema der deutschen Einheit präsentierten.⁵⁶⁶ Hier kam die Bevölkerung zur deutschen Frage erstmals selbst zu Wort. Der zweite Artikel legte ein weiteres Mal die Schlüssepunkte der NATO-Reform dar.⁵⁶⁷ Möglicherweise sollte dieser das Entgegenkommen Gorbatschows in der deutschen Frage rechtfertigen.

Nach dem Gipfel im Kaukasus gewann der gesamte Verhandlungsprozess ungeheuer an Geschwindigkeit. Das war eine Folge der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli, die eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage der DDR mit sich brachte.⁵⁶⁸ Arbeitslosenzahlen und Firmenzusammenbrüche stiegen außerordentlich an, was wiederum zu Streiks führte. Im Umkehrschluss wuchsen Unsicherheit, Orientierungslosigkeit und Nervosität in der Bevölkerung, die Regierungskoalition drohte zu zerbrechen. Der Druck von Seiten der DDR, den Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Vertrag zu den Verhandlungen über die inneren Angelegenheiten) sofort zu schließen, wurde immer

⁵⁶³ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 110, 515-516.

⁵⁶⁴ Vgl. Galkin/ Tschernjajew, Michail Gorbatschow, Dokument Nr. 113, 522-523.

⁵⁶⁵ Vgl. Pravda, 08.09.1990, Разговор по телефону Президента СССР с канцлером ФРГ.

⁵⁶⁶ Vgl. Pravda, 22.07.1990, Объединение Германии.

⁵⁶⁷ Vgl. Pravda, 23.07.1990, Элементы новой стратегии.

⁵⁶⁸ Vgl. Plato von, Vereinigung, 411.

größer. Die innere Einheit sollte aber nicht vor dem nächsten 2+4-Ministertreffen am 12. September vollzogen werden, da die Siegermächte, die ja nur in den äußersten Angelegenheiten mitentscheiden konnten, sonst vor vollendete Tatsachen gestellt würden. Die Volkskammer stimmte schließlich zu, den Beitritt der DDR zur BRD am 3. Oktober zu vollziehen. Damit wurde das Zeitfenster für die 2+4-Verhandlungen sehr eng.⁵⁶⁹ Am 6. August war in der *Pravda* zu lesen, dass die ersten gesamtdeutschen Wahlen auf Grund der schwierigen Lage in der DDR von 2. Dezember auf 14. Oktober vorverlegt würden. Damit hatte, so der Artikel, niemand gerechnet.⁵⁷⁰ Die Sowjetunion wurde, zumindest offiziell, ein weiteres Mal von den rasanten Ereignissen in der DDR überrascht.

Am 31. August 1990 wurde in Berlin der Vertrag zwischen der BRD und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands unterschrieben.⁵⁷¹ Dieser umfasste die inneren Angelegenheiten der Vereinigung.

Auf der 2+4-Außenministerkonferenz am 12. September 1990 in Moskau wurde der 2+4-Vertrag über die abschließende Regelung der äußersten Belange in Bezug auf Deutschland von allen sechs Außenministern unterschrieben. Einen „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ paraphierten Genscher und Schewardnadse tags darauf.⁵⁷²

In der *Pravda* war am 9. September eine kurze, sehr nüchterne Ankündigungsnotiz des 2+4-Vertrages erschienen.⁵⁷³ Nach dessen Unterzeichnung wurde er jedoch nur noch selten erwähnt. Falls doch, so wurden die positiven Veränderungen der NATO und die, für die Sowjetunion äußerst vorteilhaften, Vertragsschlüsse mit dem geeinten Deutschland hervorgehoben. Die Zugeständnisse der Sowjetunion im 2+4-Prozess seien dagegen unausweichlich gewesen, da den historischen Umständen geschuldet.⁵⁷⁴ Der Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit wurde förmlich in den Himmel gehoben. Er zeige, so die *Pravda*, die Entschlossenheit beider Länder zur friedlichen, nutzbringenden Zusammenarbeit, bringe sicherheitspolitische Vorteile und bereite die Möglichkeit zur Bereicherung in

⁵⁶⁹ Vgl. Biermann, Kreml, 708-709.

⁵⁷⁰ Vgl. Pravda, 06.08.1990, Аврал в разгаре лета.

⁵⁷¹ Vgl. Brand, Souveränität, 234. Auch die *Pravda* berichtete darüber in einer kurzen Zeitungsnotiz. (Vgl. Pravda, 01.09.1990, ГДР – ФРГ.) Tags darauf folgte ein längerer Artikel, der die Probleme der Vereinigung für die DDR sowie offene Fragen betonte. (Vgl. Pravda, 02.09.1990, Дом с недоделками.)

⁵⁷² Vgl. Plato von, Vereinigung, 403-406.

⁵⁷³ Vgl. Pravda, 09.09.1990, 12 сентября.

⁵⁷⁴ Vgl. Pravda, 14.09.1990, Итоги и ожидания.

verschiedensten Spaten.⁵⁷⁵ Nicht zum ersten Mal versuchte die *Pravda* die tatsächlichen Verhandlungsergebnisse zu beschönigen.

Am 14. November wurde schlussendlich der Grenzvertrag Deutschlands mit Polen geschlossen,⁵⁷⁶ womit auch die Grenzfrage geklärt war. Am 2. Oktober tagte die Volkskammer in der DDR zum letzten Mal und termingerecht, am 3. Oktober, wurde die Vereinigung vollzogen.⁵⁷⁷ Damit war die Deutsche Einheit, allen Widerständen zum Trotz, Realität geworden.

8. Einschätzung, Gewichtung und Ausblick

Anliegen dieser Arbeit war es eine chronologische Darstellung der wichtigsten Gespräche und Verhandlungen zur deutschen Einheit zu präsentieren und gleichzeitig nach den Umständen zu fragen, die dazu führten, dass Michail Gorbatschow der Vereinigung nach langem Ringen schlussendlich zustimmte. Herauszufinden, welche Bedingungen, Überlegungen und Beziehungen sich auf diesen Entscheidungsprozess auswirkten, war dafür von zentraler Bedeutung.

Die deutsche Problematik war für die Sowjetunion von Beginn an eine Frage der Ehre. Der Status als Siegermacht und die Vier-Mächte-Rechte waren Ausdruck des Sieges über den Faschismus. Deren Aufgabe bedeutete den Abschluss eines der wichtigsten Kapitel in der russischen Geschichte, das mit großen Opfern in Verbindung gebracht wurde. Des Weiteren war die DDR als Teil des Warschauer Paktes für die Sowjetunion nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch von immenser Wichtigkeit. Ihre Annäherung an die Bundesrepublik wurde deshalb mit Sorge betrachtet. Die Reaktion auf Helmut Kohls Zehn-Punkte-Programm, dessen Ziel eine Föderation beider deutscher Staaten war, fiel dementsprechend scharf aus. Wichtigstes offizielles Argument Gorbatschows gegen diesen Plan war die Sorge um die Stabilität in Europa. Ein geeintes Deutschland beschwor in der Sowjetunion immer noch historisch begründete Ängste vor einem Ungleichgewicht auf dem Kontinent herauf und bedeutete gleichzeitig den Verlust der DDR, die über lange Zeit wichtigster Verbündeter war.

⁵⁷⁵ Vgl. *Pravda*, 14.09.1990, Поворотный документ.

⁵⁷⁶ Vgl. *Plato von, Vereinigung*, 406.

⁵⁷⁷ Vgl. *Plato von, Vereinigung*, 411.

Die Analysen der herangezogenen Protokolle der Verhandlungsgespräche haben deutlich gezeigt, dass die Entscheidungsfindung in der deutschen Frage für die sowjetischen Vertreter, besonders aber für Gorbatschow, von Beginn an als schwierig einzustufen war. In einem Beratungsgremium im vertrauten Kreis Gorbatschows, das Ende Jänner 1990 stattfand, waren verschiedenste Lösungsansätze vertreten, darunter auch Vorschläge selbst konkrete Schritte in Richtung Vereinigung zu setzen. Einig waren sich die Mitglieder aber darin, dass eine deutsche Wiedervereinigung kaum zu verhindern sei. Das zeigt, dass sich die Teilnehmer, mit Ausnahme von Falin und Fedorow, die eine sehr konservative Linie vertaten, schon geraume Zeit Gedanken zu einer möglichen deutsch-deutschen Wiedervereinigung gemacht haben mussten. Das Zehn-Punkte-Programm Kohls, das Ende 1989 präsentiert worden war, überraschte vor allem auf Grund der Tatsache, dass Gorbatschow, entgegen einer Vereinbarung, nicht vorab darüber informiert worden war. Die Idee einer Annäherung beider deutscher Staaten wurde von sowjetischer Seite nicht kritisiert, sehr wohl aber die Bedingungen, die Kohl dafür stellte. Die Erkenntnis, dass eine deutsche Einheit nicht zu verhindern sei, widersprach wiederum der Verhandlungstaktik, die Gorbatschow und Schewardnadse im Folgenden vertraten. Die konservativen Strömungen in der KPdSU spielten dabei eine entscheidende Rolle. Sie waren bestrebt die Vereinigung zu verhindern und zwangen den Generalsekretär und seinen Außenminister eine passive Rolle einzunehmen und auf Verzögerung zu setzen.

Von besonders herausragender Bedeutung waren die Gespräche Gorbatschows mit Modrow, Gysi, Baker und Kohl Ende Jänner und Anfang Februar 1990. Diese zeigten einerseits die Unschlüssigkeit des Generalsekretärs. Andererseits wurde mit jedem Gespräch deutlicher, dass die Möglichkeiten der Sowjetunion, die Vereinigung Deutschlands zu verhindern oder auch nur zu verzögern, geringer wurden, sodass Gorbatschow im Meinungsaustausch mit Kohl das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen schlussendlich anerkannte. Damit war der Weg zu den Vereinigungsverhandlungen freigegeben.

Diese gestalteten sich allerdings schwierig. Schon die Frage danach, wer an den Verhandlungen beteiligt und in welcher Form diese abgehalten werden sollten, war problematisch und für die Sowjetunion von großer Bedeutung. Es ging darum möglichst viel Mitspracherecht zu erhalten, um die eigenen Forderungen

wirkungsvoll durchsetzen zu können. Besonders die konservativen Kräfte in der Sowjetunion wollten die Einheit Deutschlands, wenn sie sie schon nicht verhindern konnten, an eine Reihe von Bedingungen geknüpft wissen. Das war das Mindeste, nachdem ein geeintes Deutschland ihrer Meinung nach immer noch eine Bedrohung für die Sowjetunion darstellte. Sie hatten die Veränderungen in Europa und besonders in den beiden Teilen Deutschlands nicht wahrgenommen. Dennoch konnte Gorbatschow ihre Meinungen nicht vollends unberücksichtigt lassen, immerhin war er auch auf ihre Stimmen beim nächsten Parteitag angewiesen, auf dem er sich ein weiteres Mal der Wahl zum Generalsekretär stellte. Der Ausgang war allerdings ungewiss.

Die Voraussetzungen der Sowjetunion für die 2+4-Verhandlungen – auf diese Verhandlungsform hatten sich die vier Siegermächte schlussendlich geeinigt – waren denkbar schlecht. Die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen, bedingt durch die großen gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen der Perestroika, und die Tatsache, dass der sowjetischen Stimme drei westliche (USA, GB und F) sowie mindestens eine deutsche (BRD) entgegenstanden, machten die Situation nicht einfacher. So musste Gorbatschow sich den Veränderungen anpassen und kompromissbereiter zeigen, als dies seine innersowjetischen Gegner wünschten. Diese beiden Pole (Abhängigkeit vom bzw. Annäherung an den Westen und innersowjetische Gegner) bestimmten das Vorgehen des Generalsekretärs, welches symbolisch als Zick-Zack-Kurs beschrieben werden kann. Einer Zusage Gorbatschows im diplomatischen Gespräch folgte in den meisten Fällen ein Rückzieher, wenn es darum ging die Positionen in der Öffentlichkeit bekanntzugeben oder zu bestätigen. Gorbatschow lavierte mit Hilfe allgemeiner Aussagen, die ihn nicht zwangen sich festzulegen, zwischen zwei scheinbar unvereinbaren Positionen und war schließlich doch gezwungen Entscheidungen zu treffen, die er eigentlich noch länger hinauszögern hätte wollen.

Im Laufe des 2+4-Prozesses wurden alle außenpolitischen Angelegenheiten der deutschen Vereinigung, unter Berücksichtigung der Interessen der Nachbarländer, geregelt. Als besonders problematisch entpuppte sich die Frage der Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschland. Sie berührte die sowjetischen Befindlichkeiten insofern, als dass die DDR, ehemals Teil des Warschauer Paktes, nun in den Wirkungsbereich der NATO überführt werden sollte, ginge es nach der Bundesrepublik und den Westmächten. Für die Sowjetunion bedeutete das den

Verlust ihres ehemals wichtigsten Partners, wodurch sie als Verlierer des Kalten Krieges gebrandmarkt würde. Als Helmut Kohl im Juli nach Moskau und in den Kaukasus reiste, sollten wichtige Probleme, vor allem bezüglich der Bündniszugehörigkeit Deutschlands, besprochen werden. Nach zwei intensiven Verhandlungstagen stimmte Gorbatschow dem NATO-Beitritt Deutschlands zu, unter der Bedingung der Nicht-Ausweitung der NATO-Strukturen auf das Gebiet der ehemaligen DDR bis zum Abzug der sowjetischen Truppen nach einer Übergangszeit von drei bis vier Jahren. Mit dem Vollzug der Einheit, so der Generalsekretär, sollte Deutschland seine uneingeschränkte Souveränität erhalten. Die Sowjetunion verzichtete somit auf ihre Rechte als Siegermacht.

Die Unterzeichnung des 2+4-Vertrages bildet den klaren Schlusspunkt dieser Darstellung. Damit waren alle Entscheidungen zur deutschen Einheit, in welche die Sowjetunion eingebunden wurde, getroffen.

Gorbatschows Möglichkeiten auf den deutschen Vereinigungsprozess einzuwirken waren, wie gezeigt wurde, sehr beschränkt. Seine Entscheidungen im deutschen Einheitsprozess waren aus mehreren Gründen dennoch zentral. Die Sowjetunion war eine der Vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und besaß damit Rechte und Pflichten Deutschland gegenüber. Hinzu kam die Tatsache, dass sie, als ehemaliger Feind des Westens, nun im Begriff war auseinanderzufallen. Der ehemalige Ostblock drohte im Chaos zu versinken, was wiederum den Vormarsch konservativer Kräfte begünstigte. Kohl, Bush, Mitterrand und Thatcher waren bemüht Gorbatschows politische Stellung zu unterstützen. Sie hatten erkannt, dass nur unter seiner Führung eine realistische Neuordnung Europas zu gewährleisten war – und dazu gehörte auch die deutsche Frage. Besonders Helmut Kohl versuchte dem Reformprozess in der Sowjetunion finanziell unter die Arme zu greifen, was wiederum das Fortkommen des Einheitsprozesses Deutschlands beeinflusste (wirtschaftliche Gründe). Das soll jedoch nicht bedeuten, dass Kohl und Gorbatschow alleine die Einheit beschlossen hätten. Die endgültige Entscheidung fiel im Rahmen des 2+4-Prozesses. Da jedoch alle westlichen Verhandlungsteilnehmer, zumindest offiziell, eine Vereinigung begrüßten (wenn auch nur aus Gründen der Bündnisräson, siehe Frankreich und Großbritannien), war Gorbatschow der einzige, der von ihrem „Nutzen“ erst überzeugt werden musste.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Stimme der Sowjetunion, und damit die Stimme Gorbatschows, im Rahmen der Verhandlungen zur deutschen Einheit von zentraler Bedeutung war. Die Annäherung zwischen den beiden Militärblöcken und das neue „freundschaftliche“ Klima, das vor allem der Adaption der sowjetischen Außenpolitik und den Bemühungen Gorbatschows um Abrüstungsverhandlungen in Europa geschuldet war, wogen so schwer, dass sie der Westen nicht aufs Spiel setzen konnte. Wäre die Sowjetunion in der deutschen Frage übergegangen worden, wäre der Kalte Krieg erneut aufgeflammt und zwar mit unvorhersehbaren Folgen für den gesamten Erdball.

Die Gründe für Gorbatschows Meinungswandel, der sich im Rahmen der Verhandlungen zur deutschen Einheit abzuzeichnen begann, waren mannigfaltig. Sie wurden in dieser Arbeit in fünf Kategorien eingeteilt, beschrieben und nach dem Grad ihres Einflusses gewichtet. Die angegebene Reihenfolge (sie wurde im vorherigen Kapitel durch die Reihenfolge der Kategorien zum Ausdruck gebracht) erhebt keinen Anspruch auf alleinige Gültigkeit, da Entscheidungen immer einen subjektiven Aspekt enthalten, welcher nur schwer nachvollziehbar bzw. belegbar ist. Darum ist sie als begründete Stellungnahme der Autorin zu den Ergebnissen der vorangegangenen Recherche- und Analysearbeit aufzufassen.

Aus sowjetischer Sicht, so ist es in der Literatur zu lesen, sei die Bündnisfrage die wichtigste im Kontext der deutschen Vereinigungsverhandlungen gewesen.⁵⁷⁸ Sie war eng verbunden mit der Sicherheitspolitik der Sowjetunion. Dennoch wird der Kategorie „Innenpolitik und Wirtschaft“ in dieser Darstellung der größte Einfluss auf Gorbatschows Umdenkprozess zugeschrieben (sie wurde in Kapitel sieben als erste erwähnt). Wie ist dieser vermeintliche Widerspruch zu begründen? Dass die Bündnisfrage aus sowjetischer Sicht den höchsten Stellenwert einnahm wird keineswegs in Zweifel gezogen. Die Verhandlungen zu diesem Thema nahmen, das zeigen sämtliche Protokolle, den Großteil der multilateralen Gespräche im Rahmen des 2+4-Prozesses, aber auch der bilateralen Treffen zwischen sowjetischen und bundesdeutschen Vertretern ein. Die Bündniszugehörigkeit war für die Sowjetunion nicht nur eine Frage des künftigen militärischen Status des vereinigten Deutschland, sondern auch eine Frage der Ehre. Die Bedeutung der DDR als Pufferzone und

⁵⁷⁸ Die Bündnisfrage gilt als der aus sowjetischer Sicht wichtigste Verhandlungspunkt im 2+4-Prozess. (Vgl. Biermann, Kreml, 524. und Vgl. Plato von, Vereinigung, 379.)

Resonanzboden in der Ost-West-Beziehung war nicht zu unterschätzen. Das bedeutet jedoch nicht automatisch, dass die sicherheitspolitischen Aspekte, die mit der Bündnisfrage eng verbunden waren, auch ausschlaggebend für Gorbatschows Entscheidung waren. Im Rahmen der Sicherheitspolitik war der Generalsekretär auf das Entgegenkommen der Westmächte angewiesen. Dazu gehörte die Reduzierung der deutschen Streitkräfte, welche alleine aber kaum Gorbatschows Einlenken herbeigeführt haben kann, zumal er in dieser Frage dem Bundeskanzler ein Stück weit entgegenkam.⁵⁷⁹ Auch im Bereich der Abrüstung waren noch keine bahnbrechenden Erfolge erzielt worden. Folglich bliebe die Umgestaltung der NATO als ausschlaggebendes Faktum im Kontext der Sicherheitspolitik. Schewardnadses Vorschlägen zur Umwandlung der NATO galt es nachzugehen, schließlich sollte die Situation in der Sowjetunion stabilisiert, Gorbatschow in seiner Position gestärkt und ihm gleichzeitig das Einlenken in der Bündnisfrage schmackhaft gemacht werden. Ein Blick auf die Ergebnisse des Gipfels in London jedoch zeigt, dass die Veränderungen mehr kosmetischer Natur waren.⁵⁸⁰

In der Londoner Deklaration wurden nur zwei der Forderungen Schewardnadses berücksichtigt. Erstens wurde der Institutionalisierung der KSZE durch ein ständiges Sekretariat, ein Konfliktverhütungszentrum, regelmäßige Konferenzen usw. zugestimmt. Und zweitens wurde der Vorschlag einer Nichtangriffs-Erklärung gemacht. Darin sollte festgelegt werden, dass sich NATO und Warschauer Pakt nicht länger als Feinde betrachten und künftig von der Androhung und dem Gebrauch von Gewalt Abstand nehmen würden. Die NATO wollte aber weder auf die Stationierung nuklearer Waffen in Europa verzichten, noch legte sie konkrete Schritte zur Abrüstung fest. Zuletzt sei noch erwähnt, dass die Zusicherung zur prinzipiellen Forderung der Sowjetunion – die NATO müsse „politischer“ werden – auffällig unverbindlich formuliert wurde.⁵⁸¹

Ob das wirklich ausreichen konnte, um den politerfahrenen Gorbatschow davon zu überzeugen, dass die NATO grundlegende Änderungen vornahm, die eine

⁵⁷⁹ Im Gespräch zwischen Genscher und Schewardnadse sprach letzterer von 350 000 Mann. Nun einigten sich Kohl und Gorbatschow auf 370 000 als Obergrenze. (Vgl. Plato von, Vereinigung, 391.)

⁵⁸⁰ Vgl. Der Spiegel, 09.07.1990: Nato. New look, 28/1990.

⁵⁸¹ Vgl. Declaration on a Transformed North Atlantic Alliance.

Annäherung der beiden Blöcke begünstigten und die Sicherheit der Sowjetunion gewährleisteten, ist fraglich.⁵⁸²

Viel wahrscheinlicher ist, dass der Generalsekretär seine Entscheidung bereits vorher gefällt hatte und die Ergebnisse aus London nur noch abwartete, um seinen Entschluss, in möglichst günstigem Lichte dem Politbüro präsentieren zu können.

Vor dem NATO-Gipfel wurde immer deutlicher, dass Gorbatschow ein Entgegenkommen des Nordatlantischen Bündnisses brauchte, zumal der Widerstand gegen Schewardnadses und seine Politik größer wurde. Das Misstrauen der Orthodoxen gegenüber der NATO war schlichtweg zu groß, als dass er sein Einlenken glaubhaft begründen hätte können. Gorbatschow brauchte die NATO-Reform als Vorwand für seine Entscheidung.⁵⁸³ Die *Pravda* spielte dabei eine Vermittlerrolle. Die Artikel zur NATO-Umwandlung stellten die positiven Veränderungen des Bündnisses in den Vordergrund, obwohl vor allem an der Rolle der künftigen NATO auch Kritik geübt wurde (siehe die Veröffentlichungen von A. Ljutij und T. Kolesnitschenko).⁵⁸⁴ Die Reformen wurden dennoch als „Abschied vom Kalten Krieg“ (*Pravda*, 07.07.1990, Проводы «холодной войны».) und als „bedeutender Schritt auf die Sowjetunion zu“ (*Pravda*, 10.07.1990, Момент истины.) bezeichnet. Dieses Beispiel ist charakteristisch dafür, was und wie in der *Pravda* über die deutsche Einheit berichtet wurde. Abgesehen davon, dass die Zahl der Artikel, gemessen am Umfang der Zeitung, gering ausfällt – was dafür spricht, dass diesem Thema keinesfalls höchste Priorität eingeräumt wurde – wurden vor allem die positiven Ergebnisse der Verhandlungen in den Vordergrund gestellt.

Wenn es aber nicht möglich schien ein Zugeständnis Gorbatschows oder Schewardnadses als Vorteil für die Sowjetunion zu deuten, wurde angeführt, dass es den Realitäten geschuldet sei und nicht anders verfahren werden konnte. Dieses Vorgehen bestätigt die Annahme, dass Gorbatschow die Presse nutzte, um sein Gesicht in der sowjetischen Öffentlichkeit, vor allem aber vor seinen politischen Widersachern zu wahren. Dass ein Großteil der Artikel über die deutsche Einheit sich außerdem auf die sowjetische Nachrichtenagentur TASS bezieht, welche als

⁵⁸² Dass diese Änderungen ausreichen würden wird sowohl in dem Artikel von Bertram, also auch in einem Artikel des Spiegels vom 09.07.1990 in Zweifel gezogen. (Der Spiegel, 09.07.1990, Nato. New look. und Bertram, 06.07.1990, Signale.)

⁵⁸³ Vgl. Biermann, Kreml, 633.

⁵⁸⁴ Vgl. *Pravda*, 07.07.1990, Проводы «холодной войны». und Vgl. *Pravda*, 10.07.1990, Момент истины.

Sprachrohr für die offizielle Regierungsmeinung diente, räumt auch die letzten Zweifel aus.

In Anbetracht der Krisensituation in der Sowjetunion, ist es naheliegend, dass nicht so sehr die NATO-Reform, sondern viel eher innenpolitische Überlegungen Gorbatschow dazu brachten eine endgültige Entscheidung zu treffen – und endgültig war von einer realistischen Warte aus nur die Einheit Deutschlands. Verhindern konnte er sie nicht und sie hinauszuzögern hätte weitere zeitintensive Verhandlungsrunden ohne Aussicht auf Einigung bedeutet. Angesichts der unbeugsamen westlichen Haltung blieb nichts anderes übrig, als hier zurückzustecken, um zu Hause (in der Sowjetunion) nicht alles zu verlieren. Dort wurde die Lage zunehmend kritischer. Eine schwere wirtschaftliche Krise, dramatische Knappheit von Gütern des täglichen Bedarfs, die zunehmenden Konflikte mit den Minderheiten, Probleme der Perestroika und das verstärkte Auftreten politischer Gegner Gorbatschows waren nur einige wenige Krisenherde, die es zu löschen galt. Die Kredithilfen aus der Bundesrepublik, die mittlerweile zum wichtigsten und auch finanzstärksten Partner der Sowjetunion im Westen geworden war, sowie das Entgegenkommen Kohls in Form von deutsch-sowjetischen Verträgen zur vermehrten Zusammenarbeit in sämtlichen Bereichen, versprachen Erleichterung. Die Autorin dieser Arbeit ist folglich der Meinung, dass die wichtigste Frage im 2+4-Prozess die der Bündniszugehörigkeit Deutschlands war. Den größten Einfluss auf Gorbatschows Entscheidung übten jedoch die Dringlichkeit innenpolitischer Veränderungen und die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Aufschwunges zur Rettung der Sowjetunion.

Somit nimmt die Sicherheitspolitik, mit der die Bündnisfrage eng verbunden war, Platz zwei dieser Gewichtung ein.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig festzuhalten, dass die deutsche Frage zu Beginn keineswegs ein solch drängendes Problem darstellte – im Gegenteil, sie stand noch im Spätherbst 1989 für die Sowjetunion nicht auf der Tagesordnung. Erst die Entwicklungen in der DDR führten dazu, dass die Möglichkeit einer Vereinigung nicht mehr ignoriert werden konnte. Deshalb wurden die Einflüsse aus der DDR an dritte Stelle gereiht. Besonders die Ausreisewelle und die Forderung der Bevölkerung nach einer deutschen Einheit waren der eigentliche Motor des Einheitsprozesses, ohne den Gorbatschow die Dringlichkeit der Veränderungen wahrscheinlich erst später erkannt hätte.

Die handelnden Persönlichkeiten, gemeint sind die Charaktere der Beteiligten, stehen an vierter Stelle, weil ihr Einfluss nicht zu vernachlässigen und gleichzeitig nicht zu überschätzen ist. Als Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU gewählt wurde, änderte sich die Sachlage im Kalten Krieg. Gorbatschow hatte die Gefahr des atomaren Wettrüstens auf dem europäischen Kontinent erkannt. Das führte zu ersten Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West, die auch für die deutsche Frage von Bedeutung waren. Dass sich besonders Gorbatschow und Kohl auch persönlich nahe standen, mag die Gesprächsführung vereinfacht haben, konnte den Kontext der Gesamtsituation jedoch nicht verändern. Die Probleme, Befindlichkeiten und Erwartungen blieben dieselben. Die Gespräche zwischen Gorbatschow und westlichen bzw. ostdeutschen Verhandlungsführern zwischen Dezember 1989 und September 1990 stellen wichtige Etappen auf dem Weg zur deutschen Einheit dar. Inwieweit die genannten Gespräche wirklich als Denkanstöße für Gorbatschows Meinungswandel wirkten, kann jedoch nur schwer bestimmt werden. In ihnen zeichnete sich jedenfalls ab, dass Gorbatschows Handlungsspielraum weiter schrumpfte. Dennoch wollte sich der Generalsekretär nicht festlegen und appellierte an den Westen weiter nach alternativen Lösungen für die deutsche Problematik, vordergründig die Bündnisfrage, zu suchen. Modrow, Gysi, Baker, Kohl und auch Mitterrand schätzten ihre Handlungsfähigkeit und damit ihre Rolle in der deutschen Frage unterschiedlich ein. Während die Besuche Gysis und Modrows zeigten, dass die DDR auf die Hilfe bzw. das Engagement der Sowjetunion hoffte, griffen Baker und Kohl aktiv in den Prozess ein. Baker versuchte Überzeugungsarbeit zu leisten und Kohl zeigte Bereitschaft zu Unterstützungsleistungen. Gleichzeitig aber beharrten Baker und Kohl auf ihren Grundsätzen (NATO-Mitgliedschaft Deutschlands). Sie reichten Gorbatschow eine Hand, damit dieser ihnen näher kommen konnte, hielten aber an ihren Positionen fest.

Zum Schluss, deshalb aber keineswegs unwichtig, wurde der Aktualitätsverlust beschrieben. Dieses Phänomen wird in der Literatur bislang kaum behandelt, lässt sich aber anhand der sowjetischen *Pravda* gut nachvollziehen. Dort wurde die deutsche Frage im Sommer 1990 von der Zuspritzung der Situation im Zweiten Golfkrieg deutlich überlagert.

Vor dem Hintergrund dieser Gewichtung kann nun auch die Frage beantwortet werden, ob das Einlenken Gorbatschows auf sein Streben nach friedlichen Strukturen

in Europa zurückgeführt werden kann, oder ob eher politisches, vor allem aber ökonomisches Kalkül dafür verantwortlich zu machen sind. Auf Grund der krisenhaften Situation in der Sowjetunion waren drängende innenpolitische Reformen sowohl struktureller, gesellschaftlicher als auch wirtschaftlicher Art unumgänglich geworden. Dass Bundeskanzler Kohl wirtschaftliche Hilfestellungen zur Reformierung der Sowjetunion anbot, war einer raschen Lösung der deutschen Frage zuträglich und erleichterte dem Generalsekretär das Zustimmen in sämtlichen Bereichen. Doch die Wirtschaftshilfen alleine waren nicht ausreichend. Das Einlenken Gorbatschows in der deutschen Frage versprach den Frieden in Europa zu sichern, die langwierigen Verhandlungen zur deutschen Einheit zu beenden und ein erneutes Wettrüsten, bei dem die Sowjetunion auf Grund ihrer wirtschaftlichen Schwäche dem Westen keine Paroli mehr bieten hätte können, zu verhindern. Die Bemühungen um ein friedliches Europa waren somit aus sowjetischer Sicht zweckgebunden. Das bedeutet, dass die Errichtung neuer europäischer Strukturen nicht das primäre Ziel Gorbatschows war, sondern vielmehr Voraussetzung zur Lösung der innenpolitischen Probleme. Gorbatschow war eher daran gelegen den Konflikt in Europa zu beenden, damit er sich der dringenden Reformierung der Sowjetunion zuwenden konnte.⁵⁸⁵

Die hier präsentierte Aufzählung der Einflüsse auf Gorbatschows Entscheidungswandel in der deutschen Frage kann als Ausgangspunkt für nachfolgende, umfassendere Untersuchungen genutzt werden, zumal hierzu noch wenig bekannt ist. Es würde sich anbieten ein weiteres Spektrum an sowjetischen Printmedien in den Blick zu nehmen, um Darstellungen der deutschen Frage, wie sie eine breitere sowjetische Leserschaft präsentierte bekam, berücksichtigen zu können. Auch eine Betrachtung der sowjetischen Deutschlandpolitik in den Jahren 1945 bis 1989 kann weitere Einblicke in die Entscheidungsstrukturen und Voraussetzungen gewähren. Und nicht zuletzt sind die innerparteilichen Strukturen der KPdSU hier nur in Ansätzen gestreift worden. Sie können Auskunft darüber geben, inwieweit Gorbatschow im Alleingang Entscheidungen treffen konnte bzw. auf wessen Meinung er tatsächlich Rücksicht zu nehmen hatte. Die jüngst erschienene Forschungsarbeit von Karner zeigt zudem, dass die Aktenbestände in der Sowjetunion zum Thema der deutschen Wiedervereinigung noch einige Schätze

⁵⁸⁵ Vgl. Plato von, Vereinigung, 173. und Vgl. Lemke, Sowjetunion, 472.

bergen, deren Bearbeitung neue Erkenntnisse hervorzubringen verspricht. Diese Erkenntnisse haben zum Teil allerhöchsten Aktualitätsbezug, wie das nachfolgende Beispiel der Ukraine beweist.

Die Regelungen, die im Rahmen der deutschen Vereinigung zur NATO-Osterweiterung getroffen worden waren, so waren sich viele einig, wurden durch die NATO immer wieder übergangen. Das Beispiel der Ukraine, die ins Kreuzfeuer zwischen NATO und Russland geriet, ist mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Neuorientierung ihrer ehemaligen Satellitenstaaten Richtung Westen verbunden.⁵⁸⁶ Diese suchten Schutz vor möglichen Interventionen der Sowjetunion, von der sie sich im Zuge der Umwälzungen von 1989 befreit hatten. Aber auch Nationalismus, ethnische Konflikte, Migrationsbewegungen, atomare und ökologische Krisen, der drohende Zusammenbruch der Ordnung in und zwischen den Nachbarstaaten waren Gründe über einen NATO-Beitritt nachzudenken.⁵⁸⁷ Russland indes fürchtete die Folgen dieser Entwicklung: die eigene militärische und politische Isolierung, die Stärkung antiwestlicher und militärischer Trends, einen neuerlichen Rüstungswettlauf sowie eine neue Teilung Europas. Das Baltikum und die Ukraine würden außerdem zu einer „Zone bitterer strategischer Rivalität“ (Pradetto, Ostmitteleuropa, 29.) werden.⁵⁸⁸ Schon bald bestätigten sich diese Befürchtungen. Die sprachliche (ukrainisch – russisch), religiöse und politische Spaltung der Ukraine in einen westlich und einen östlich orientierten Teil führte dazu, dass diese zwischen dem Westen und dem Osten stand, die jeweils eine definitive Entscheidung für eine der beiden Seite verlangten. Eine solche hätte das Land buchstäblich zerreißen können.⁵⁸⁹ Die Lage wurde immer gefährlicher, bis sie 2014 eskalierte.⁵⁹⁰ Die Folge war ein neuerlicher Krieg mitten in Europa. Die NATO spielte dabei eine nicht un wesentliche Rolle. Ihre Ausweitung Richtung Osten (Polen, Tschechische Republik, Ungarn) hat die spannungsgeladene Situation der Ukraine verschärft. Auf Grund der zweiten Osterweiterung um die baltischen Staaten und den südöstlichen Balkan im Jahr 2004 verflog die Westorientierung der russischen Außenpolitik und

⁵⁸⁶ Vgl. August Pradetto [Hrsg.]: Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, Opladen 1997, 6.

⁵⁸⁷ Vgl. Pradetto, Ostmitteleuropa, 12.

⁵⁸⁸ Vgl. Pradetto, Ostmitteleuropa, 29.

⁵⁸⁹ Vgl. Christian Wipperfürth: Die Ukraine im westlich-russischen Spannungsfeld. Die Kries, der Krieg und die Aussichten, Opladen, Berlin, Toronto 2015, 16-18.

⁵⁹⁰ Vgl. Wipperfürth, Ukraine, 23.

mit ihr die Hoffnung auf den Bau eines „Gemeinsamen Europäischen Hauses“, wie Gorbatschow es schon angedacht hatte. Resignation und „anti-westliche“ Stimmung waren die Folgen.⁵⁹¹ Im Februar 2007 machte der russische Präsident Wladimir Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz unmissverständlich klar, dass die NATO-Osterweiterung von Russland als Bedrohung der eigenen Sicherheit wahrgenommen werde.⁵⁹² Daraus ergibt sich die Frage, ob und wenn ja welche Rolle die Vereinbarungen zur NATO-Osterweiterung im Zuge der Verhandlungen zur deutschen Einheit in der aktuellen Ukraine-Krise spielen. Gab es eine Übereinkunft, die besagte, dass sich die NATO nicht weiter Richtung Osten, also auf andere einstige Ostblockstaaten, ausdehnen durfte? Als 1997 erstmals Vorbereitungen zum Beitritt ehemaliger Warschauer-Pakt-Staaten zur NATO anstanden, behaupteten russische Politiker, dass die NATO mit der Aufnahme dieser Länder ihr Versprechen von 1990 brechen würde. Damals sei vereinbart worden, dass es keine Ausweitung der NATO weiter ostwärts geben würde, wenn das vereinigte Deutschland in der NATO bliebe. Auch westliche Diplomaten, wie Jack F. Matlock, ehemals amerikanischer Botschafter in Moskau, oder der Verteidigungsminister der vereinigten Staaten Robert McNamara, hatten die Zusage zur Nicht-Ausweitung damals so verstanden. Präsident Bush und Außenminister Baker wiesen die Vorwürfe, sie hätten das Versprechen zur Nicht-Ausweitung der NATO auf ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten gebrochen, zurück. 2008 beschuldigte der russische Außenminister Sergej Lawrow die USA gegen die Verpflichtung der Nicht-Ausweitung der NATO mehrmals verstoßen zu haben. Laut Karner ist dem nicht so. Es habe von Seiten des Westens nie eine Zusicherung gegeben, dass die NATO-Strukturen nicht auf Länder östlich der Grenzen Deutschlands ausgeweitet würden. Dies sei durch die Einsicht in neue Aktenbestände bewiesen worden. Alle Verpflichtungen des Westens bezogen sich auf die DDR, den östlichen Teil Deutschlands (den Osten), der nicht den NATO-Strukturen unterstellt werden sollte, und wurden im „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ festgehalten. Die Warschauer-Pakt-Staaten waren in diesem Zusammenhang, so Karner, kein Thema.⁵⁹³ Leider legt Karner nicht dar, auf welche Akten er diese Aussage stützt. In der *Pravda* wurde die Nicht-Ausweitung auf andere

⁵⁹¹ Vgl. Winfried Schneider-Deters: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berlin 2014, 104.

⁵⁹² Vgl. Schneider-Deters, Ukraine, 127-128.

⁵⁹³ Vgl. Karner, Kreml und Wiedervereinigung, 62-64.

Warschauer-Pakt-Staaten in einem Artikel vom 10. Februar 1990 jedenfalls als Thema der Verhandlungen angeführt.⁵⁹⁴ Ob nun eine Nicht-Ausweitung auf ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten versprochen wurde oder nicht, die Regelungen zur deutschen Einheit sorgen auch über zwanzig Jahre nach ihrer Vereinbarung noch für Kontroversen und sind damit weiterhin aktuelles Thema der europäischen Politik und Diplomatie.

⁵⁹⁴ Vgl. Pravda, 10.02.1990, «Внеплановый» визит.

9. Literatur- und Quellenverzeichnis

9.1. Literatur

Ulrich *Albrecht*: Die Abwicklung der DDR. Die „2+4-Verhandlungen“. Ein Insider-Bericht, Opladen 1992.

Helmut *Altrichter*, Hermann *Wentker* [Hrsg.]: Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011.

Sabine R. *Arnold*: Stalingrad im Sowjetischen Gedächtnis. Kriegserinnerung und Geschichtsbild im totalitären Staat, Bochum 1998.

Klaus *Bednarz*: Michail Gorbatschow. Sein Leben, seine Ideen, seine Visionen, Hamburg 1990.

Christoph *Bertram*: Signale an den Kreml, In: Zeit Online/Politik, 06.07.1990, zit. nach: <http://www.zeit.de/1990/28/signale-an-den-kreml> (letzter Zugriff: 01.10.2015)

Rafael *Biermann*: Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Paderborn 1997.

Frédéric *Bozzo*: Mitterrand, the End of the Cold War and German Unification, New-York, Oxford 2009.

Christoph-Matthias *Brand*: Souveränität für Deutschland. Grundlagen, Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990, Köln 1993.

Uwe *Brodersen*: Das wechselseitige Bild der Außen- und Sicherheitspolitik der USA und der UdSSR in den Zeitungen „Pravda“, „Izvestija“, „Washington Post“ und „New York Times“ der Jahre 1985 und 1989, Frankfurt am Main, Wien [u.a.] 1996.

Archie *Brown*: Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin 2009.

György *Dalos*: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009.

György *Dalos*: Gorbatschow. Mensch und Macht, München 2011.

Valentin *Falin*: Konflikte im Kreml. Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion, München 1997.

Michail *Gorbatschow*: Glasnost. Das Neue Denken, Berlin 1989.

Michail *Gorbatschow*: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1989.

Michail *Gorbatschow*: Erinnerungen, Berlin 1995.

Michail *Gorbatschow*, Vadim *Sagladin*, Anatoli *Tschernjajew*: Das Neue Denken. Politik im Zeitalter der Globalisierung, München 1997.

Robert *Grünbaum*: Deutsche Einheit, Opladen 2000.

Nikolaus *Heidorn*: Das Westdeutschlandbild in der Pravda. Die Darstellung der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins in der sowjetischen Presse, Hamburg 1993.

Günther *Heydemann*: Großbritanniens Rolle und Politik unter Margaret Thatcher während der Wiedervereinigung Deutschlands, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 485-496.

Rainer *Hudemann*: Von alten Stereotypen zum neuen Europa: Frankreich und die deutsche Vereinigung, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München: 2009, 497-508.

Josef *Joffe*: Amerikas Rolle bei der Vereinigung Deutschlands – Deutschlands Rolle in der Welt, In: Josef Becker [Hrsg.]: Wiedervereinigung in Mitteleuropa. Außen- und Innenansichten zur staatlichen Einheit Deutschlands, München 1992, 15-25.

Stefan *Karner* [Hrsg.]: Der Kreml und die „Wende“ 1989, Innsbruck 2014.

Stefan *Karner* [Hrsg.]: Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990, Berlin 2015.

Hak-Sung *Kim*: Die Auswirkungen der Perestroika auf die DDR und die deutsche Wiedervereinigung, München 1992.

Helmut *Kohl*: Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung, 2. Aufl., München 2014.

Karl-Rudolf *Korte*: Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl seit Herbst 1989, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 419-440.

Ilko-Sascha *Kowalcuk*: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.

Ulrich *Lappenküper*: Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx, München 2011.

Michael *Lemke*: Die Sowjetunion und die deutsche Einheit. Warum Moskau die DDR aufgab, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 456-473.

Reinhard *Müller*: Das Ende des Krieges: Der Zwei-plus-vier-Vertrag, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 525-536.

Marc-Dietrich *Ohse*: »Wir sind ein Volk!« Die Wende in der »Wende«, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 269-283.

Fred *Oldenburg*: Die Erneuerung der sowjetischen Deutschlandpolitik in der Phase der Wiedervereinigung, Köln 1998.

Alexander von *Plato*: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die internen Gesprächsprotokolle, 3. Aufl., Berlin 2009.

Detlef *Pollack*: »Wir sind das Volk! « Sozialstrukturelle und ereignisgeschichtliche Bedingungen des friedlichen Massenprotests, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 178-197.

August *Pradetto* [Hrsg.]: Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, Opladen 1997.

Angelika *Praus*: Das Ende einer Ausnahme. Frankreich und die Zeitenwende 1989/90, Marburg 2014.

Gerhard A. *Ritter*: Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen Einigung, München 2009.

Tilo *Schabert*: Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die Deutsche Einheit, Stuttgart 2002.

Ulrich *Schallmoser*: Statik und Dynamik der deutschen Frage, Marburg 1994.

Winfried *Schneider-Deters*: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berlin 2014.

Der Spiegel, 09.07.1990: Nato. New look, 28/1990, zit. nach:
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500270.html>, (letzter Zugriff: 01.10.2015.)

Bernd Stöver: »Einigermaßen überrascht«. Die USA und der Einigungsprozess, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 474-484.

Hannes Tretter [Red.]: KSZE. Die Abschlussdokumente der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa Helsinki 1975 und der Nachfolgekonferenzen Belgrad 1978 und Madrid 1983, Wien 1984.

Christian Wipperfürth: Die Ukraine im westlich-russischen Spannungsfeld. Die Kries, der Krieg und die Aussichten, Opladen, Berlin, Toronto 2015.

Klaus Ziemer: Zwischen Misstrauen und Hoffnung: Polen und die deutsche Vereinigung, 514-515, In: Klaus-Dietmar Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, 509-524.

9.2. Quellen

Declaration on a Transformed North Atlantic Alliance, zit. nach:
http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23693.htm (letzter Zugriff: 01.10.2015)

Aleksandr Galkin, Anatolij Tschernjajew [Hrsg.]: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986-1991, München 2011.

Andreas Hilger [Hrsg.]: Diplomatie für die deutsche Einheit: Dokumente des Auswärtigen Amts zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90, München 2011.

Hanns J. Küsters, Daniel Hofmann: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998.

Pravda, Organ des Zentralkomitees der KPdSU: Ausgaben 30.11.1989 – 14.09.1990.

Protokoll der Haushaltsdebatte im Bundestag vom 28.11.1989, zit. nach:
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/11/11177.pdf>, 36 (letzter Zugriff: 20.05.2015).

10. Anhang

10.1. Zusammenfassung

Die deutsch-deutsche Wiedervereinigung ist eines der wichtigsten und jüngsten Themen der deutschen und europäischen Geschichte. Sie markiert nicht nur das Ende des Kalten Krieges und der Nachkriegszeit, sondern auch den Beginn des Zerfalls der Sowjetunion. Obwohl das Interesse an der Erforschung der Wiedervereinigung ungebrochen ist, wurde die sowjetische Perspektive darauf bislang nur oberflächlich behandelt.

Diese Arbeit nimmt die Rolle, das Vorgehen und die Ziele der Sowjetunion in den Verhandlungen der äußeren Angelegenheiten eines zukünftig vereinten Deutschland in den Blick. Michail Gorbatschow vollführte im Rahmen der Verhandlungsgespräche eine Wende von der initialen Ablehnung einer deutschen Einheit hin zu deren Akzeptanz. Im Besonderen wird deshalb nach den Bedingungen und Einflüssen auf die Entscheidungsfindung des sowjetischen Generalsekretärs gefragt.

Eine qualitative Inhaltsanalyse sowjetischer und bundesdeutscher Gesprächsprotokolle sowie sowjetischer Zeitungsartikel aus der *Pravda* zeigt, dass vor allem wirtschaftlicher und innenpolitischer Druck aus der Sowjetunion das Vorgehen des Generalsekretärs beeinflussten. Seine umfassende Reformpolitik des sowjetischen Staates, der Wirtschaft und Gesellschaft war Auslöser der Veränderungen nicht nur in Ost-, sondern auch in Mitteleuropa. Die Annäherung zwischen Ost und West, als Folge der sowjetischen Reformen, war wiederum Voraussetzung für die europäische wie die deutsche Einheit. Schließlich ermöglichte es die Lösung der deutschen Frage, dass Gorbatschow die drängenden innenpolitischen Probleme der Sowjetunion in Angriff nahm – nun, da dieser Krisenherd beseitigt war. Dass sein Land 1990 gleichwohl kurz vor dem Zusammenbruch stand, ahnte er kaum.

10.2. Abstract

The German reunification is one of the most significant events of recent German and European history. It symbolises not only the end of the Cold War and the post-war era, but also the beginning of the Soviet Union's breakup. Although the interest in Cold-War-Research is unabated, the Soviet perspective on the process of German reunification is hardly documented up to now.

This Diploma thesis attempts to answer questions concerning the initial role, tactic and aims of the Soviet Union during the negotiations regarding the foreign affairs of future unified Germany. The circumstances and relations which influenced Michail Gorbatschow's decision to accept the unification of Eastern and Western Germany, although he initial refused it, are of particular interest.

Through an analysis of Soviet and German conversation transcripts and newspaper articles, published by the Soviet *Pravda*, these influences are described. The results of this qualitative content analysis may be astonishing. The evaluation of the findings illustrates that particularly economic and internal political pressure influenced Gorbatschow's approach. The extensive reform policy in the Soviet Union, initiated by Gorbatschow himself, seemed to be the catalyst of the great changes not only in Eastern, but also in Middle Europe. Furthermore, the rapprochement of the East and West, as an effect of these Soviet reforms, was an important requirement for the European as well as for the German unification. Finally, the resolving of the "German question", as this problem was called, enabled Gorbatschow to devote himself to serious problems concerning internal politics of the Soviet Union, which was at the point of breakup in 1990.

10.3. Selbstständigkeitserklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die wissenschaftlichen Vorgaben wurden eingehalten. Die Arbeit wurde bisher weder in Österreich noch im Ausland in irgendeiner Form veröffentlicht oder einer Prüfungsbehörde vorgelegt.

09.03.2016